

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Berichte zu:
Chile
Sri Lanka
Mexico
Neu-Kaledonien
Kurdistan

DEPENDENZTHEORIE AM ENDE?

Nr. 154 Dezember 88 / Januar 89 DM 5,00

Nachruf

Wir kannten Biggi Wolff als engagierte Autorin. Sie hat sich Mitte Oktober das Leben genommen. Biggi Wolff hatte unter anderem für die blätter des iz3w über Indien und Sri Lanka berichtet. Sie recherchierte oftmals vor Ort, und ihre Artikel und Informationen waren für unsere Berichterstattung über diese Region wichtig. Anerkennung fanden auch ihre Reportagen über soziale und politische Mißstände in der südasiatischen Region. Gleichzeitig hat sie auch brisante innenpolitische Themen aufgegriffen, wie z.B. in dem Beitrag über die Asylpraxis in der Bundesrepublik in der Nummer 152 der blätter. Biggi Wolff hat es nicht beim Schreiben bewenden lassen, sondern sie setzte sich sehr in der Solidaritätsarbeit ein. Wir sind von ihrem Tode betroffen. **Die Redaktion**

Berichtigung

In der November Ausgabe der blätter des iz3w Nr. 153 wurde der Name des Fotografen der Bilder zum Artikel „Karfreitag in San Jose" nicht genannt. Wir entschuldigen uns und holen es an dieser Stelle nach. Alle Bilder stammen von José Soliz Castro.

Inhaltsverzeichnis

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Gerhard Braun, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Lucia Koch, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Verena Manek, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Ulrike Stamm, Norbert Stamm, Bernhard Thill, Detlev Vogel, Susanne Vollmer, Jürgen Wengler, Annette Will, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 155:
3. Januar 1989

Anzeigenschluß für Nr. 155:
10. Januar 1989

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

In eigener Sache

EDITORIAL...

eine unbeliebte Aufgabe in unserer selbstverwalteten Redaktion.

Das Thema dieses Editorials soll nun ein Jubiläum sein — das 20-jährige Bestehen der Aktion Dritte Welt, die diese Zeitschrift herausgibt. Alle waren sich einig: die Dienstältesten müssen ran. Die wollten aber nicht, aus welchen Gründen auch immer.

Nun versucht sich hier ein Neuling, der zum Zeitpunkt der Entstehung der „blätter" gerade die ersten Schulaufsätze schrieb. Ich kann also keinen historischen Abriß liefern, kenne die verschiedenen Phasen der Zeitschrift, wenn überhaupt dann von außen, denn immer waren die „blätter" auch ein Teil der Entwicklung der Linken insgesamt. Wenn auch, wie mir scheint, manche „Ältere" besonders stolz sind, gerade die jüngsten Entwicklungen von Teilen der Szene in Richtung „Zeitgeist" nicht mitgemacht zu haben.

Und tatsächlich — wenn, und das soll vorkommen, mal Lob für die „blätter" zu vernehmen ist, dann weil sie sich treu geblieben seien. Sie hätten sich noch nicht den Kriterien der postmodernen Grafik unterworfen, und nach wie vor sei der Anspruch spürbar, den Leser nicht nur mit leicht rezipierbaren Kurz-Spots zu versorgen, sondern auch mal gegen den rot-grünen Strom anzuschwimmen.

Aber das ist auch ein Problem. Die Zeiten steigender Abo-Zahlen sind vorbei, und das führt immer wieder zu internen Diskussionen über die Ursachen dieser Situation, nicht selten entlang der Linie: alte und neue Redaktionsmitglieder. Die Alteingesessenen wissen um die Tradition der „blätter", bangen um das politische Profil der Zeitschrift, was von den „Neuen" zuweilen als mangelnde Aufgeschlossenheit empfunden wird.

Immerhin, das macht die Arbeit spannend, und diese Spannung mag sich auf dem Papier widerspiegeln. Aber es ist ja wohl auch eine Qualität, daß Widersprüche diskutiert werden, daß verschiedene Positionen in den „blättern" ein Forum finden, z.B. Palästina-Debatte, ohne dabei kritiklos liberal zu sein — eben trotzdem Stellung zu beziehen.

Der Charakter des Projekts: Halbprofessionalität, immer noch ehrenamtliche Arbeit, das Eingebundensein in verschiedene politische Zusammenhänge und das relative Chaos eines selbstverwalteten Betriebes — auch all das prägt die Zeitschrift.

Offene Strukturen und mangelnde Professionalität sind leider oft, zumindest was selbstverwaltete Projekte angeht, zwei Seiten einer Medaille. Nichtsdestotrotz geloben wir Besserung, und unsere Profis führen darum eh einen ständigen Kampf, denn wir wollen auch neue Leser, und da können wir uns nicht auf solidarisches „ein Auge zudrücken" verlassen. Es soll also einiges anders werden, aber davon mehr im nächsten Heft.

D.V.

Nein zu Pinochet –
Was nun?

Das Sendungsbewußtsein von General Augusto Pinochet ist drei Wochen nach seiner Abstimmungsniederlage im Plebiszit ungebrochen. Doch er wird seine Überzeugungskraft erheblich steigern müssen, um seine frühere Machtposition wieder einnehmen oder gar seine ehrgeizigen Pläne zur Dauerherrschaft verwirklichen zu können. Pinochet hat verloren, 53,31 % der Chilenen stimmten gegen ihn. Sein Junta-Kollege, Fernando Matthei, seines Zeichens Oberbefehlshaber der Luftwaffe, verkündete dieses Ergebnis zu einem Zeitpunkt, als der Diktator noch darüber grübelte, wie er die Niederlage noch abwenden könnte. Damit war ihm gänzlich der Wind aus den Segeln genommen; der wie ein Damoklesschwert über den Chilenen hängende „Selbstputsch" löste sich in Luft auf.

So weit, so gut. Doch was nun? Die Opposition ist gespalten wie eh und je, und die Linke hat dem christdemokratischen Weg eines „geordneten" Übergangs zu demokratischeren Verhältnissen kein eigenes Konzept entgegenzusetzen. Pinochet wird bis zum 11. März 1990 im Amt bleiben, und bis dahin müssen Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Dadurch sind für 1989 die Inhalte der politischen Auseinandersetzungen in Chile festgelegt: der Wahlkampf wird für die „elektoralistischen", Chilenen ganz im Vordergrund stehen, nicht etwa der Kampf gegen die Diktatur.

Das Großereignis Plebiszit ist vorüber. Die Scheinwerfer der großen Massenmedien sind auf andere Brennpunkte gerichtet, das Interesse der Weltöffentlichkeit an Chile war schnell verebbt. Und geändert hat sich erst einmal nicht viel: Pinochet ist weiter an der Macht, mit einer neuen Regierungsmannschaft, aber ansonsten unangefochten. Unmittelbar nach seiner Niederlage aufgekommene Gerüchte, er habe das Land verlassen, entpuppten sich allzu schnell als Wunschdenken der ganz Optimistischen, die gedacht hatten, mit dem Sieg des NEIN zu Pinochet wäre das Problem der Militärdiktatur praktisch beseitigt. Weit gefehlt. Der Generalkapitän gehörte sicherlich zu den ganz Wenigen, die bis zum Schluß an seinen Sieg glaubten, und damit hat er sich offensichtlich verkalkuliert. Doch ist seine Machtposition zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht gefährdet, im Gegenteil, er sieht sie im Plebiszit bestätigt: 53,31 % NEIN-Stimmen und immerhin 44,34 % für Pinochet. Mehr Stimmen hätten die früheren Präsidenten auch nicht bekommen, meinte auch gleich der vor kurzem entlassene Innenminister Sergio Fernández, und damit wäre Pinochet eindeutig die stärkste politische Kraft im Lande.

Eine gewagte Schlußfolgerung. Sicherlich sind 44 % erschreckend viel für einen Diktator, der 15 Jahre lang mit brutaler Repression regiert und Chile an den Rand des ökonomischen Abgrunds gebracht hat, wo immer mehr Menschen den Halt verlieren und abstürzen. Und sie sind auch eine ernstzunehmende Hypothek für die Zukunft, zumindest für die Opposition. Bei der Betrachtung des Abstimmungsergebnisses müssen allerdings einige Besonderheiten des Plebiszit berücksichtigt werden. Die hiesigen Medien und verschiedene Wahlbeobachter vermittelten konsequent den Eindruck, die Volksabstimmung in Chile sei völlig normal und demokratisch verlaufen. Der SPD-Abgeordnete und Plebiszit-Beobachter Freimut Duve hat sicherlich nicht unrecht, wenn er feststellt: „Der Abstimmungsvorgang war korrekt, geheim, die Auszählung öffentlich und peinlich genau." Der Wahlakt als solcher lief im großen und ganzen korrekt ab, die verschiedenen Manipulationen, Einschüchterungsversuche und Verstöße gegen das Wahlgesetz, die es durchaus gab, haben das Endergebnis bestimmt nicht nennenswert verändert. Sicherlich auch nicht die mehrfache Stimmabgabe einiger Pinochet-Anhänger und Geheimdienstler. Was aber, teilweise bedingt durch das nur kurzfristige Interesse der Weltöffentlichkeit, in der Berichterstattung viel zu wenig Erwähnung fand, war die Tatsache, daß dieses Plebiszit unter den Bedingungen einer Diktatur stattfand, und Pinochet schon Monate vorher begonnen hatte, alle ihm zur Verfügung stehenden Macht- und Manipulationsmittel einzusetzen.

Pinochets lange Kampagne

Im August des vergangenen Jahres lief die Kampagne von und für Pinochet an. Immer wieder wurden die Leistungen und Erfolge des Militärregimes betont, intelligent gemachte Werbespots flimmerten zu allen Tageszeiten über die Bildschirme. Allein im Oktober des Vorjahres beliefen sich die Propagandakosten auf 99.621.000 Pesos (rd. 420.000 US-$). Zwischen August und November '87 verschlang die Kampagne 302 Mio. Pesos (1,26 Mio. US-$).

Gleichzeitig reiste er höchstpersönlich kreuz und quer durch Chile, versprach hier ein neues Stadion, weihte dort eine Schule ein und eröffnete mit großem propagandistischen Aufwand sein ehrgeiziges Projekt in Südchile, die zu einem knappen Drittel fertiggestellte Carretera Austral, die chilenische Landverbindung nach Feuerland. Nach klassich populistischem Konzept gab es bis heute immer wieder „Geschenke" an die Bevölkerung. So verfügte Pinochet im Juni d.J. eine 15 %ige Lohnerhöhung für den öffentlichen Dienst und die niedrigsten Einkommen. Das Wohnungsproblem ist zu einem besonderen Knüller der Regierung geworden. Überall im Land „verschenkte" der General großzügig Minihäuschen von 18 bis maximal 36 qm, die mit gewisser Verzögerung auf jeden Fall erst nach dem Plebiszit abgezahlt werden müssen. Nachdem die Militärdiktatur jahrelang das Problem der Wohnungsnot und Obdachlosigkeit nicht zugegeben hatte, schämen sich die

Anhänger von Friedmans Wirtschaftstheorie nicht, mehrköpfigen Familien ganze 20 qm als Paradies anzubieten.

In der groß angelegten Wohnbaukampagne von Pinochet spielten die Obdachlosen allenfalls eine Nebenrolle. Hauptdarsteller war das Regime des Generals, dessen Leistungen dem unentschiedenen Wähler nahegebracht werden sollten. So wurden den Chilenen Tag für Tag die Erfolge unter die Nase gehalten, die die Militärregierung für sich in Anspruch nimmt. Und steigende Exporte, zunehmender offensichtlicher Wohlstand in den Stadtzentren und in bestimmten Schichten gaben ihr scheinbar recht. Daß die vielzitierten Wettbewerbsvorteile z.B. beim Holz- und Obstexport auch auf der schlechten Bezahlung und den teilweise üblen Arbeitsbedingungen beruhen, wurde dabei regelmäßig übersehen. Gerne verweisen Regierungsvertreter auf die für Chile relativ guten Löhne für die Arbeiter in bestimmten Weinbergen in Nordchile, wo die Tafeltrauben für den Konsum in Nordamerika, Europa und neuerdings auch Japan produziert werden. Fünf US-$ pro Tag, das ist für chilenische Verhältnisse ein guter Lohn. Er hat allerdings zwei entscheidende Nachteile: man bekommt ihn nur in der Umgebung von Copiapó, in den anderen Weinanbaugebieten gibt es viel weniger, und die Arbeiter erhalten ihn fast alle nur zwei oder drei Monate lang, die übrige Zeit gibt es weder Arbeit noch Geld.

„Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Einkommensverteilung trotz der verbesserten Absatzlage im Ausland zunehmend ungleicher wird," erklärt dazu der ehemalige Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaften, Humberto Vega. „Wenn das Nationaleinkommen steigt, fließt es eher in Profite als in Löhne. Das ist der zentrale Punkt der ökonomischen Situation in Chile, die arbeitende Bevölkerung bleibt bei der Verteilung der wachsenden Exporterlöse außen vor."

Vor diesem Hintergrund läßt sich erahnen, auf welch dünnen Beinen das Propagandagerüst von Augusto Pinochet stand. Während größere Teile der Mittelschicht mehr oder weniger bewußt der Vorstellung nachhingen, sie könnten ein wenig von der Verbesserung der makroökonomischen Bedingungen profitieren, ließ sich die wachsende Zahl der Armen, die am Rande des Existenzminimums leben, immer schwerer etwas vorgaukeln. Sie haben von den wirtschaftlichen Erfolgen gar nichts zu erwarten, ihnen geht es Tag für Tag ums nackte Überleben. Und wenn selbst die intensive politische und soziale Arbeit der Nationalpartei oder der ultrarechten Avanzada Nacional in den Armensiedlungen, den sog. „poblaciones", nicht mehr ausreichte, die mal ein Fußballturnier organisierten oder einen Ausflug an die Küste spendierten, dann mußte das Regime bei den Ärmsten der Armen auf andere „Überzeugungsmittel" zurückgreifen: 5.000 Pesos, umgerechnet etwa 35 DM, gab es für jede JA-Stimme. Pinochet-Anhänger zogen in den armen Stadtvierteln von Haus zu Haus und boten jedem Stimmberechtigten, der sich in die Wahlregister eingetragen hatte, Geld für die Zusage, im Plebiszit für den Kandidaten des Regimes zu stimmen. Die Namen und Daten der Betreffenden wurden genau aufgenommen, und da bei jedem Chilenen bekannt war, in welchem Wahllokal er abzustimmen hatte, war die Kontrolle über die Einhaltung effektiver, als man vielleicht annehmen könnte, besonders weil dem übermächtigen Staatsapparat nahezu alles zugetraut wurde. Als besonderen Knüller hatte sich die Pinochet-Promotion eine Verlosung einfallen lassen: Wer sich für das JA aussprach und einen entsprechenden Coupon ausfüllte, konnte Fernsehgeräte, Heizöfen, Reisen und sogar ein Häuschen gewinnen. In einigen Anzeigen wurde direkt „die Opposition" angesprochen; Nach einer Lektion in Sachen Demokratie gipfelte der Text in dem Satz „Im neuen Chile regiert auch die Opposition."



Pinochet-Werbung in den poblaciones *Foto: Jens Holst*

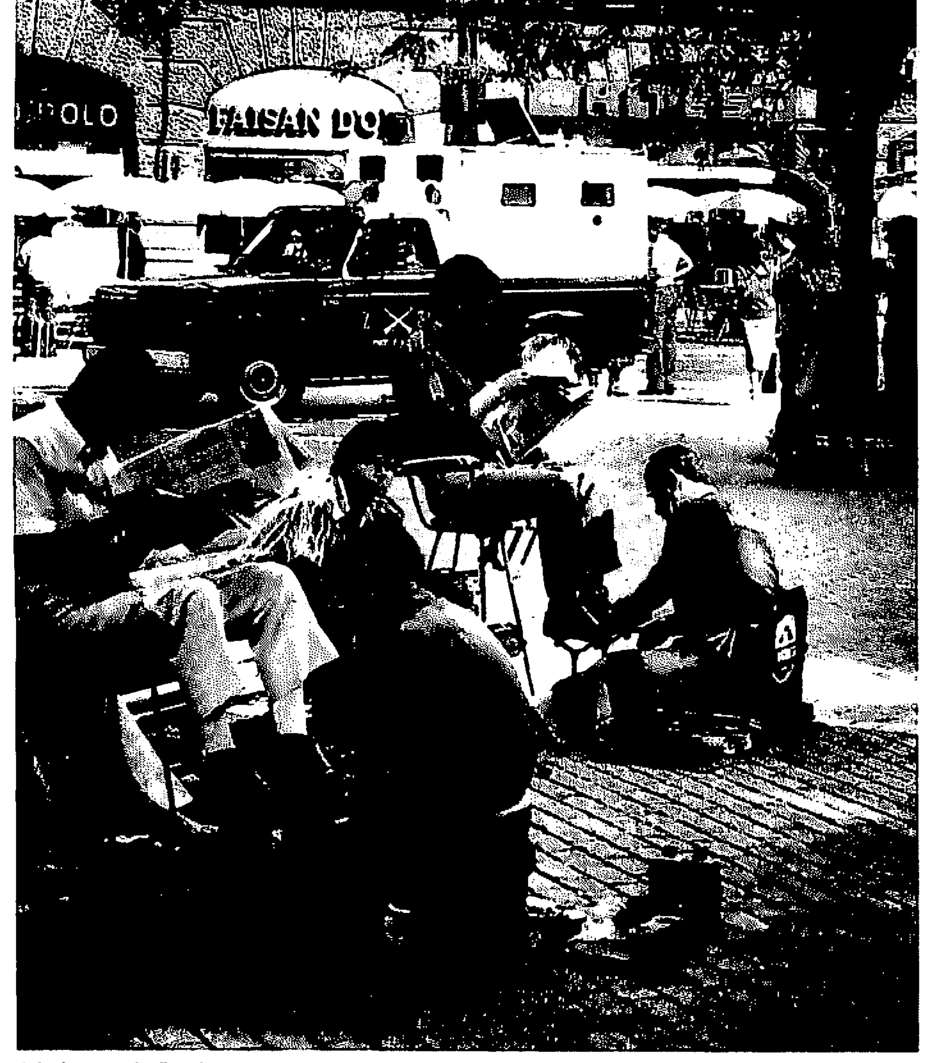
Wie das zu verstehen ist, darauf gab es genau einen Monat vor dem Plebiszit einen Vorgeschmack: Die Opposition oder zumindest das, was Pinochet darunter versteht, bekam im Zuge der so oft versprochenen „Öffnung" täglich 15 Fernsehminuten für Werbung zugesprochen. Eine ganze Viertelstunde, die sich die ins Wahlregister eingetragenen Parteien des NEIN auch noch untereinander teilen mußten, gegenüber vielen Stunden Regierungspropaganda. Von Chancengleichheit war vor dem Plebiszit also nichts zu spüren.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die 44 % für Pinochet in einem etwas anderen Licht. Aber immerhin, Pinochet mußte die erste offene Niederlage seiner 15jährigen Herrschaft einstecken. Es kam nicht zu dem massiven und gewaltsamen Wahlbetrug, den viele linke Kritiker vorausgesagt hatten. Der befürchtete Selbstputsch Pinochets, mit dem er sich über das Abstimmungsergebnis hätte hinwegsetzen können, wurde von seinem Junta-Kollegen Fernando Matthei vereitelt. Noch bevor sich die militärische Führung zusammengesetzt und über das Plebiszit ausgetauscht hatte, preschte der Oberbefehlshaber der Luftwaffe vor und verkündete den Sieg des NEIN. Damit schuf er Fakten, an denen auch Pinochet nicht vorbeikam; seine Niederlage war nicht mehr abzuwenden. Da drängt sich die Frage auf, ob die Gerüchte über eine Verwirklichung der chilenischen Luftwaffe und speziell von General Matthei in den Irangate-Skandal zufällig genau zwei Wochen nach dem Plebiszit lanciert wurden.

Das Vorgehen von Luftwaffenchef Matthei könnte der bisherige Schlußpunkt einer Strategie sein, die sich auf den ersten Blick als widersprüchlich erweisen konnte. Gemeinsam mit dem obersten Dienstherrn der Bereitschaftspolizei Carabineros, Rodolfo Stange, hatte Matthei mehrfach wiederholt, die Armee müsse sich nunmehr nach 1989 aus der Politik zurückziehen; ihre Aufgabe sei erfüllt. Als es um die Nominierung des Regierungskandidaten für das Plebiszit ging, hielten sich beide bewußt bedeckt und deuteten an, sie hätten sich noch gar nicht entschieden. In der entscheidenden Sitzung der Junta, die ihren Entschluß einstimmig treffen mußte, unterstützten sie am 30. April aber die Kandidatur von Augusto Pinochet. Es drängt sich die Frage auf, ob Matthei und Stange in Anbetracht der drohenden Niederlage des Diktators

ihn nicht bewußt nominiert haben, damit er im Plebiszit verliert. Schließlich dürfte beiden Junta-Mitgliedern bei ihren vielen Besuchen in den USA und Westeuropa, wo man sie im Unterschied zu General Pinochet empfängt, klar gemacht worden sein, daß man dort einer Demokratisierung ohne den ungeliebten Diktator den Vorzug geben würde. Das Plebiszit bietet die Möglichkeit, Pinochet mittelfristig und ohne die Gefahr eines Umsturzes loszuwerden, das System als solches bleibt unangetastet. Eine „saubere" Lösung, nach der die US-Regierung ebenso angestrengt gesucht hatte wie die deutsche und die chilenische Christdemokratie.

In welcher Richtung es in Chile weitergehen soll, machte die Kabinettsumbildung zwei Wochen nach dem Plebiszit deutlich.



Schuhputzer in Santiago *Foto: Jens Holst*

Auf den ersten Blick fällt auf, daß weder die Luftwaffe noch die Carabineros einen Ministerposten besetzen, nur Heeresgeneräle sind vertreten. Ob dies eine Reaktion Pinochets auf das abtrünnige Verhalten von Matthei und Stange ist oder eher deren Wünschen nach einem Rückzug ihrer Institutionen aus den Regierungsgeschäften entspricht, ist schwer einzuschätzen. Viel wichtiger ist aber im Moment die Tatsache, daß die berühmten Chicago-Boys im neuen Kabinett wieder erheblich an Einfluß gewonnen haben. Carlos Cáceres (Innenminister), Pablo Baraona (Bergbau) und Hernán Felipe Errázuriz (Außenminister) sind bekannte Anhänger der von Milton Friedman in Chicago entwickelten Ideologie des freien Wettbewerbs, die alles – sogar die Arbeitskräfte – den Marktbedürfnissen und dem Spiel der Wirtschaftskräfte unterordnet. Nachdem in Chile vor über 15 Jahren nicht nur der parlamentarisch-demokratische Weg zum Sozialismus zerschlagen worden war, sondern gleichzeitig der Versuch einer weitgehend unabhängigen ökonomischen Entwicklung in einem Dritt-Welt-Land, wurde der langgestreckte Andenstaat unter der Militärdiktatur zum Experimentierfeld. Quasi unter Idealbedingungen wurde hier das sozialdarwinistische Wirtschaftsmodell des Neoliberalismus vom Reißbrett in die Realität umgesetzt. Dieser Versuch wurde und wird in den Machtzentren der westlichen Welt aufmerksam beobachtet, wobei die Thatchers, Kohls und Reagans bzw. Bushs sicherlich neidvoll auf die guten Startvoraussetzungen in Chile blicken. Für Weltbank, IWF und die großen Gläubigerbanken ist Chile zu einer Art Musterschüler geworden; die Financial Times hat, wie Eduardo Galeano auf dem Lelio-Basso-Tribunal in Berlin treffend sagte, Schwierigkeiten, ihre Begeisterung für General Pinochet zu verbergen, die Frankfurter Allgemeine Zeitung versucht das nicht einmal.

Kurzum, der Neoliberalismus in Chile ist weit über dessen Grenzen von Interesse. Das Wirtschaftsmodell und seine vielgepriesenen Errungenschaften gilt es zu retten, und dafür stehen die Bedingungen nach dem Plebiszit auf jeden Fall nicht schlechter als vorher. Aber mit demokratischer Fassade ist das ja viel schöner, zumal dann erhebliche Teile der Opposition bei diesem Spiel mitmachen würden. Dem stehen momentan zwar noch einige Artikel der Pinochet-Verfassung von 1980 entgegen, über deren Abschaffung die bürgerliche Opposition mit dem Regime verhandeln möchte. Dabei handelt es sich in erster Linie um den Artikel 8, der die politische Betätigung der Linken radikal einschränkt und unliebsame Parteien verbietet, und um das Wahlgesetz, das den Pinochet-Anhängern eine Sperrminorität in beiden Kammern des geplanten Parlaments sichert. Außerdem sollen die Befugnisse von Kongreß und Abgeordnetenhaus erweitert werden. Als Entgegenkommen des Regimes wartet die bürgerliche Opposition weiter auf die Aufhebung der Verbannung der beiden (christdemokratischen) Gewerkschafter Bustos und Martinez, die Einstellung der Verfahren gegen unbequeme Journalisten, die Auflösung des Geheimdienstes CNI und gleichberechtigten Zugang zu den Massenmedien.

Auch wenn Pinochet – im Unterschied zu Luftwaffenchef Matthei – Verhandlungen mit der Opposition für überflüssig erklärt, wird die Ernennung von Carlos Cáceres zum Innenminister als Versuch gewertet, zumindest die Rechtsaußen der Partei der nationalen Erneuerung (Renovación Nacional – RN), die sich vor dem Plebiszit von Pinochet und der Vorherrschaft der Militärs abgewandt hatten, wieder enger an das Regime heranzuziehen. Und dazu muß Cáceres mit seinen früheren Parteifreunden und mit Teilen der Mitte-Rechts-Opposition Gespräche aufnehmen, was er am 12. November nun auch offiziell angeboten hat. In der entsprechenden Fernsehansprache stellte er sogar einige Verfassungsänderungen in Aussicht, selbstverständlich unter Wahrung des herrschenden Rechtssystems und des von Pinochet abgesteckten zeitlichen Rahmens.

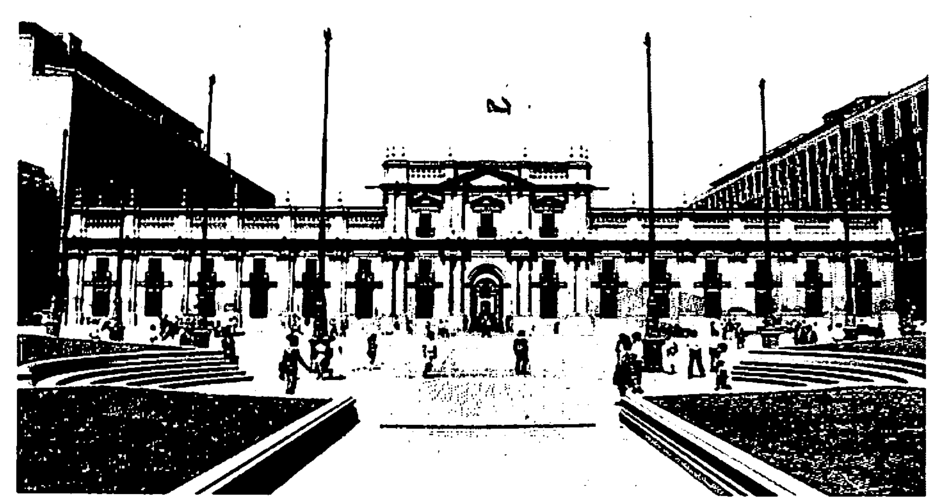
Wer sind die wahren Gewinner?

Die führenden Vertreter der RN, allen voran der ehemalige Außenminister des Regimes, Sergio Onofre Jarpa, zeigen sich nunmehr in trauter Einigkeit mit dem rechtsgestrickten Präsidium der Christdemokratischen Partei Chiles (DC). Nach einer jovial und kameradschaftlich geführten Talkshow noch am Wahlabend, bei der sich RN-Präsident Onofre Jarpa und der DC-Vorsitzende Patricio Aylwin gegenübersaßen, entstand bei vielen Zuschauern der Eindruck, die wahren Sieger des Plebiszits gesehen zu haben. Schließlich können bei-

de auf gemeinsame Erfolge zurückblicken: Sie waren es auch, die das Mitte-Rechts-Bündnis beim Putsch gegen Salvador Allende anführten. Und beide garantieren für den Fortbestand des chilenischen Wirtschaftssystems. Von Sergio Onofre Jarpa und seiner Renovación Nacional war nichts anderes zu erwarten, aber die chilenische Christdemokratie hatte in der Vergangenheit wiederholt heftige Kritik am neoliberalen Modell mit seinen verheerenden sozialen Folgen geübt. Sind nicht gerade die Arbeiter, die zu einem beachtlichen Teil in christdemokratischen Gewerkschaften organisiert sind, von der Arbeitslosigkeit, der schlechten Bezahlung und dem rigiden Arbeitsgesetz betroffen? Hatten nicht auch christdemokratische Funktionäre und Parteimitglieder vor 2 1/2 Jahren entscheidend zum Ausmaß und zur Schlagkraft der Massendemonstrationen und Protesttage beigetragen? Der Diktator konnte die Situation damals nur durch die Verhängung des verschärften Ausnahmezustandes retten.

Doch seither hat sich viel geändert. Der massive Widerstand gegen das Militärregime, der in den Protesttagen vom 2./3. Juli 1986 seinen bisherigen Höhepunkt fand, löste nicht nur im Präsidentenpalast Moneda in Santiago Alarm aus, sondern auch in Washington und in einigen westeuropäischen Ländern. Nacheinander statteten der Oberbefehlshaber für das Südkommando der US-Streitkräfte in Panama, General Galvin, und die US-Staatssekretäre für interamerikanische Angelegenheiten im Außen-, Finanz- und Verteidigungsministerium Chile einen kurzen Besuch ab. Jeder von ihnen machte mit seinem amtsspezifischen Druckmittel das große Interesse der USA an einem „friedlichen", ausgehandelten Übergang in Chile deutlich. Und die bürgerliche Opposition reagierte prompt: Die Zusammenarbeit mit der sog. marxistischen Linken, unter anderem mit der Kommunistischen (PC) und der Sozialistischen Partei (PS) von Clodomiro Almeyda, wurde aufgekündigt, gemeinsame Gremien wie das „Private Politische Komitee" verloren ihre Bedeutung. Die DC begann nunmehr, ihre Fühler nach rechts auszustrecken, die Kontakte mit dem Pinochet-müden Flügel der Nationalpartei (PN), der traditionellen Rechten Chiles, wurden intensiviert und nun auf die rechtsradikale RN ausgeweitet. Einigkeit besteht in dieser Koalition über das Wirtschaftsmodell und die Rolle des Privateigentums. Patricio Aylwin sagt dazu unmißverständlich: „Wie auch unser Programm festlegt, steht für uns fest, daß einige Grundzüge der heutigen Wirtschaftspolitik aufrecht erhalten werden müssen: Respektierung des Privateigentums, die Rolle der Privatunternehmen in der Entwicklung, die Sorge um den Ausbau des Außenhandels und die erforderliche Beibehaltung eines makroökonomischen Gleichgewichts, um inflationäre Prozesse zu vermeiden."

Der chilenischen Christdemokratie kommt nach dem Plebiszit — das ist vor dem Hintergrund solcher Äußerungen kein Zufall — eine Schlüsselrolle zu. Sie ist der Wunschpartner der US-Regierung und auch der deutschen Christdemokratie; Heiner Geißlers freundschaftliche Bande zu Aylwin, Vladés, Frei und Konsorten sind mittlerweile allseits bekannt. Und da die DC in besonderem Maße auf die finanzielle Unterstützung aus Bonn zählt, muß sie sich auch nach den Vorstellungen der europäischen Schwesterpartei richten, die das favorisierte, was in der DC-Führung als „die kleine Sache" gehandelt wird: Die Koalition von sieben Mitte-Rechts-Parteien unter Federführung der Christdemokraten, ein recht getreues Abbild der Allianz, die vor 15 Jahren den friedlichen Weg zum Sozialismus der Unidad Popular mit gänzlich unfriedlichen Mitteln stoppte.



Der Präsidentenpalast La Moneda in Santiago *Foto: Jens Holst*

Noch wird allerdings innerhalb der DC heftig gerungen. Am 27. November steht die Wahl des neuen Parteivorstands an, und dabei geht es um viel mehr als die Verteilung von Posten und Positionen. Das künftige Präsidium hat über einen Kandidaten für die 1990 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu befinden, und die Wahl des neuen Vorsitzenden dürfte eine Vorentscheidung in diesem Sinne sein.

Unmittelbar mit der Bestimmung des Kandidaten ist die zukünftige Politik der DC verbunden. Neben der „kleinen Sache, gibt es eine zweite Option, „die große Sache" einer Koalition aller 16 Parteien, die sich vor dem Plebiszit im „Kommando für das NEIN" zusammengeschlossen hatten. Für eine breitere Beteiligung an der zukünftigen Regierung, in der natürlich die DC die Führungsrolle übernehmen soll, steht der Name Sergio Molina, doch erscheinen seine Chancen im Moment eher gering. Einen parteiinternen Rückschlag mußte auch Patricio Aylwin einstecken, den die Vorsitzende des Landesverbandes Santiago-Ost der DC überfallartig als Präsidentschaftskandidaten durchboxen wollte. Das war wohl der verzweifelte Versuch des Aylwin-Flügels, der wachsenden Konkurrenz um die Präsidentschaftskandidatur zuvorzukommen: In den letzten Wochen ist zunehmend Eduardo Frei Ruiz-Tagle auf den Plan getreten, dessen größtes Verdienst es nach wie vor ist, der Sohn eines ehemaligen Präsidenten zu sein, und der — wie Aylwin — eher dem rechten Parteiflügel zuzuordnen ist. Erstaunlicherweise hat er es nicht nur geschafft, qualifizierte und politisch ausgefuchste Mitarbeiter des jetzigen Parteivorsitzenden zu sich herüberzuziehen, sondern auch in Teilen der Parteilinken Unterstützung gefunden. Ist Frei vielleicht der Joker, den die DC rechtzeitig vor Beginn des Wahlkampfes aus der Tasche zieht? Ob es einem gefällt oder nicht, die chilenische Christdemokratie wird in naher Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Von ihr hängt es unter den gegebenen Umständen ab, ob sich in Chile „die kleine Sache", in die auch die radikale Rechte bis hin zur Renovación Nacional einbezogen werden kann, oder „die große Sache" durchsetzt, die mit Sicherheit RN und wahrscheinlich auch die Nationalpartei außen vor läßt, aber bei der Linken einschließlich der Kommunisten auf Unterstützung stoßen könnte. Ob es noch einen „dritten Weg" zwischen diesen beiden Optionen geben kann, ist reine Spekulation.

Und die Linke guckt zu

Die Initiative liegt also wenige Wochen nach dem Plebiszit eindeutig bei der Mitte-Rechts-Opposition und der Rechten. In Anbetracht der heutigen Kräfteverhältnisse bestehen für die Linke kaum Chancen, ihre politischen Vorstellungen und Wünsche durchzusetzen, zumal es ohnehin problematisch ist, von „der Linken" in Chile zu sprechen. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte, was sich nicht zuletzt an der Frage der Pinochet-Verfassung von 1980 entzündet. Während die größte linke Gruppierung, die Kommunistische Partei (PC), davon ausgeht, daß eine wirkliche Demokratisierung nur durch einen Bruch mit dem faschistischen Grundgesetz möglich ist, lehnt die bürgerliche Linke, allen voran der Núnez-Flügel der Sozialistischen Partei (PS—Núnez) und die Partei für die Demokratie (PPD) unter dem Polit-Profi Ricardo Lagos aus dem Núnez-Lager, jede radikale Lösung rundherum ab. Sie haben auch nie in demselben Maße die repressiven Folgen dieser Verfassung und des Pinochet-Regimes erlebt wie die Kom-

munisten und andere Linksparteien, die in Gewerkschaften, Elendsvierteln und Jugendorganisationen Basisarbeit leisten. Und der radikalste Teil der Linken, jene Fraktionen der Patriotischen Front Manuel Rodrigues (FPMR) und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die sich als Avantgarde des politischen Prozesses in Chile fühlen und im Sinne der Volksmassen zu handeln meinen, haben im Moment auch kein Konzept anzubieten. Der massive Wahlbetrug, den sie vorausgesehen und gegen den sie vor dem Plebiszit mobilisiert hatten, ist nicht eingetreten. Da ihr somit der Wind aus den Segeln genommen war, besetzte die autonome Fraktion der Frente kurzerhand zwei winzige Dörfer südlich von Santiago und überfiel die dortigen Polizeistationen. Dabei gab es auch Tote, was aber nach Zeugenaussagen offenbar nicht beabsichtigt war. Diese Aktionen, die von der Regierungspropaganda weidlich ausgeschlachtet wurden, stießen bei großen Teilen der Linken auf Ablehnung. Die PC distanzierte sich unmißverständlich von den Übergriffen — deutlicher als von der Entführung des Obersten Carreno im vergangenen Jahr, mit der die autonome Frente ihre Schlagkraft und ihre Unabhängigkeit von der ursprünglichen Mutterpartei unter Beweis stellen wollte und konnte. Die jüngsten Überfälle auf Carabineros in ländlichen Gebieten, die sicher nicht als Inbegriff der Repression zu betrachten sind, sondern in vielen Fällen schon vor der Machtübernahme der Militärs in den Polizeidienst eingetreten waren, haben dem Ansehen der „Frente autónomo" zweifellos geschadet. Offenbar fühlten sie sich in Anbetracht des insgesamt korrekten Ablaufs des Plebiszits und des teilweise sehr naiven Demokratie-Rausches in den Tagen danach unter Zugzwang: eine exemplarische Aktion mußte her. In einigen Köpfen scheint immer noch die Vorstellung herumzuspuken, das Pinochet-Regime sei einzig und allein mit militärischen Mitteln zu beseitigen. Auch wenn die Skepsis gegenüber Reformen und von bürgerlichen Politikern ausgehandelten Veränderungen berechtigt erscheint, bedeutet dies eine Verkennung der Tatsachen. Denn die Bedingungen in Chile sind anders. Schon 1986 wähnten sich einige Optimisten kurz vor dem Ziel: Nach der Einfuhr großer Mengen Waffen dachten führende Köpfe der damals noch geeinten FPMR, es bedürfe nur eines Anstoßes wie des Attentats auf Pinochet, um den Funken überspringen zu lassen und das Militärregime zu stürzen. Doch sie hatten sich verrechnet, wobei der Frente keineswegs das Scheitern des Attentats zum Vorwurf gemacht werden soll, sondern eher eine Verkennung der politischen Bedingungen, die sich — wie oben dargestellt — nach dem 2./3. Juli 1986 nachhaltig geändert hatten.

Die Bedeutung der Waffenfunde in Nordchile und des gescheiterten „Tyrannenmordes" für die politische Arbeit der FPMR bewertete Jaime Insunza von der PC-Führung folgendermaßen: „Diese beiden Rückschläge bedeuten eine Schwächung ihrer militärischen Stärke nicht in materieller Hinsicht, sondern im Hinblick auf das Vertrauen der Massen. Die FPMR erlitt ihre erste Niederlage und erscheint nicht mehr als unschlagbar." Folgerichtig erkannte die Parteispitze, daß eine zu starke Forcierung des militärischen Widerstands kaum Erfolg versprechen würde. Bewaffneter Kampf ja, um sich zu wehren und dem Regime seine Grenzen aufzuzeigen, aber der Schwerpunkt der Parteiarbeit sollte auf der Mobilisierung der Bevölkerung zum Widerstand gegen Pinochet liegen. Diese Auffassung, die auch Koalitionen mit anderen politischen Gruppierungen nicht ausschließt, deckte sich allerdings nicht mit der Überzeugung einer Mehrheit in der FPMR, der Diktator sei nur durch gewaltsamen Widerstand zu beseitigen. Überzeugt davon, daß die Opposition in Chile eine entschlossene Avantgarde brauchte, sagten sich der gesamte logistische Apparat und die meisten Comandantes von der PC los. Sie warfen ihr vor, den Weg der „Nationalen Erhebung" und der „Volksrebellion" zu verlassen. Dabei richtete sich die Kritik ausdrücklich gegen die Parteiführung und nicht gegen die Basis, wo die autonome Frente durchaus auf Sympathie zählen kann.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung zeigte sich deutlich bei der Diskussion über das Plebiszit. Als die PC-Führung im März dieses Jahres zum zweiten Mal die Empfehlung aussprach, sich in die Wahlregister einzuschreiben, war das Echo gleich null; die Basis verweigerte sich dem Plebiszit nach wie vor. Die PC-Führung vertagte die Entscheidung seinerzeit mit dem diplomatischen Versprechen, im „geeigneten Moment eine Entscheidung im Sinne des chilenischen Volkes" zu treffen.

Das tat sie schließlich am 15. Juni: Sie rief zum „totalen NEIN" auf. Dieser Entschluß war schon länger erwartet und nach heutiger Erkenntnis auch schon lange vorher im PC-Vorstand getroffen worden. Angesichts der Breite der Parteien, die sich am Volksentscheid beteiligen wollten, und der massiven Einschreibung der Chilenen in die Wahlregister machte ein Aufruf zum Boykott auch wenig Sinn. Die Wahlbeteiligung und das Abstimmungsergebnis machen deutlich, daß sich letztlich doch viele Linke an dem Plebiszit beteiligt haben, die diesem Ergebnis mit sehr großer Skepsis entgegengesehen hatten.

Wo ist die Volksbewegung geblieben?

Für die Kommunisten beinhaltete das NEIN zu Pinochet die umfassende Ablehnung seines Regimes und der von ihm durchgesetzten Gesetze. Die Niederlage des Generalkapitäns mußte nach Auffassung der PC unweigerlich seinen Rücktritt und die Einsetzung einer Übergangsregierung nach sich ziehen. Doch dazu ist es nicht gekommen. Die von der PC geforderte und angekündigte Volksbewegung, die diesen Forderungen Nachdruck verleihen und notfalls das ganze Land lahmlegen sollte, war allenfalls in Ansätzen zu erkennen. In den Tagen nach dem Plebiszit waren Hunderttausende auf den Straßen, die Chilenen waren in Anbetracht des vermeintlich nahenden Endes der Pinochet-Ära in einem wahren Begeisterungstaumel und zum großen Teil gewillt, den Triumph des NEIN in konkrete Veränderungen umzusetzen. Doch diese spontane Volksbewegung verlief eher kreuz und quer denn zielgerichtet, nirgends war eine führende Kraft auszumachen. Von der Christdemokratie oder der bürgerlichen Linken war das auch nicht zu erwarten, aber selbst die Parteiführung der PC war nur vereinzelt bei den Massendemonstrationen präsent und offenbar überhaupt nicht auf die Situation vorbereitet. So konnte das Regime mit relativ wenigen Polizisten und einigen CS-Gas versprühenden Wasserwerfern die Lage je-



derzeit unter Kontrolle halten. Nachdem sich die marxistische Linke einschließlich der Kommunisten in den ersten Tagen nach dem Plebiszit regelmäßig der Strategie des christdemokratisch beherrschten „Kommandos für das NEIN" unterordneten, das alles tat, um ja keinen Vorwand für einen „Selbstputsch" von Pinochet zu liefern, scheint sie nun der DC restlos die Initiative zu überlassen. Überhaupt steht die marxistische Linke heute vor dem Dilemma, daß sie sich entscheiden muß, ob und in welcher Form sie sich den pinochetistischen Rahmenbedingungen unterordnen will. Einen eigenen Präsidentschaftskandidaten wird sie nicht durchsetzen können, es bleibt also für die bevorstehenden Wahlen nur die Einheit mit der bürgerlichen Opposition, d.h. den Christdemokraten. Aber immerhin konnte sich die Linke soeben darauf ei-



Wasserwerfereinsatz auf der Alameda, 8. März 1988 Foto: *Jens Holst*

nigen, zusammen mit den Kommunisten eine eigene instrumentelle Partei zu gründen; um anerkannt werden zu können, müßte sie allerdings in ihren Statuten zumindest formal auf jeglichen marxistischen Inhalt verzichten.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß sie ihre Forderungen im Augenblick gänzlich zurücknimmt, um nicht die sich abzeichnenden Verhandlungen des Regimes mit dem Mitte-Rechts-Block durch „überzogene" Forderungen zu torpedieren. Oder geht sie davon aus, daß ein Oppositionsblock ohne die verhaßten Kommunisten und Sozialisten den verhandlungsbereiten Militärs eher Zugeständnisse abringen kann?

Schließlich weiß auch die PC, daß die Abänderung einzelner Paragraphen vor dem 11. März 1991, dem Amtsantritt des zukünftigen chilenischen Präsidenten, unverhältnismäßig einfacher ist als hinterher – es genügt momentan eine entsprechende Entscheidung der Junta.

Der radikale Bruch mit der Verfassung ist im Augenblick politisch nicht durchsetzbar, das steht fest. Doch wenn sich die Kommunisten darauf verlassen, daß die Christdemokraten den Artikel 8 abschaffen und so für die Wiederzulassung der PC sorgen, lassen sie sich auf ein gefährliches Spiel ein, das leicht zu einer weiteren Isolation der Partei führen kann. Denn es ist nicht zu übersehen, daß die PC aufgrund ihrer internen Auseinandersetzungen und ihrer späten Entscheidung zum Plebiszit an politischem Spielraum verloren hat. Und die Frage von Strategie und Taktik in einer demokratischeren Ära nach Pinochet wird die Kommunisten vor weitere Probleme stellen.

Ihre langjährige engste Verbündete, die Almeyda-Fraktion der Sozialisten (PS-Almeyda), hat mit dem Eintritt in das „Kommando für das NEIN" einen anderen Weg verfolgt. Sie ist als potentielle Bündnispartner der DC für kommende Demokratisierungsversuche hoffähig geworden, erst recht für die bürgerliche Linke um Núnez und Lagos. Immerhin sitzt ihr Vorsitzender, der ehemalige Außenminister Clodomiro Almeyda, auch nicht mehr im Gefängnis, wohin ihn das Regime nach seiner illegalen Rückkehr aus der DDR mit Hilfe des besagten Artikels 8 gesteckt hatte. Die PS-Almeyda macht sich sicherlich keine Illusionen, eine Partei der ersten Runde sein zu können, dafür ist die Vorherrschaft der Rechten zu stark. Aber, so wird man sich dort und besonders auch in der Núnez-Fraktion der Sozialisten denken, es wird ja noch weitere Wahlen geben, und mit dem Abstand zu Pinochet steigen auch die Chancen für linkere Optionen. Der Vergleich mit Spanien ist oft genug angestellt worden, speziell der zwischen Ricardo Lagos von der PPD und dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzáles. Auf jeden Fall weiß Lagos selbst sehr genau, daß er allenfalls ein Kandidat der zweiten Runde werden kann, schließlich darf man die Militärs nicht überfordern. Und um das zu vermeiden, wird man ihnen eine umfassende Amnestie und weitere Sicherheiten garantieren, damit sie sich in die Kasernen zurückziehen und mit den Einnahmen aus ihren in der Zeit der Militärdiktatur aufgebauten Unternehmen bescheiden. Wie ein aalglatter Übergang von einer Diktatur zum Parlamentarismus zu vollziehen ist, dazu brauchen die ansonsten so deutschfreundlichen Chilenen diesmal nicht nach Deutschland zu blicken, ihre lateinamerikanischen Nachbarn haben es ihnen beispielhaft vorgemacht.

Jens Holst

Keine Hoffnung auf Versöhnung

Als vor fast 1 1/2 Jahren Sri Lankas Präsident Jayawardene und Indiens Premier Gandhi einen Vertrag schlossen, sollte mit indischer Hilfe das Ende der seit Jahren andauernden Auseinandersetzungen in den nördlichen und östlichen Landesteilen der Insel erzielt werden. Aber der „historische Friedensvertrag" hat nur neue Probleme gebracht — auf Sri Lanka herrscht jetzt überall Chaos. Mitte der Woche sind ausländische Touristen aufgefordert worden, das Land „wegen anhaltender Spannungen" zu verlassen.



Gandhi und Jayawardene

„In Sri Lanka geht es um den Fortbestand der Zivilisation oder um den Rückfall in die Barbarei". So beginnt der Lagebericht einer Menschenrechtsorganisation in Colombo für den Monat Oktober. Dabei sollte alles anders kommen, als im Juli 1967 ein „historischer Friedensvertrag" Sicherheit, Wohlergehen und Frieden für alle Bevölkerungsgruppen der Inselrepublik versprach. Besonders der tamilischen Minderheit gestand er mehr Rechte zu. Vier Tage nach Unterzeichnung des Abkommens erklärte der indische Premier anläßlich einer Kundgebung seiner „Congress-I"-Partei im südindischen Madras mit bombastischen Worten: „Es handelt sich um eine Vereinbarung, die einzigartig in der Geschichte ist." Einzigartig in den langen, seit 1983 zunehmend strapazierten bilateralen Beziehungen war auch das in einer Zusatzvereinbarung zum Vertrag festgelegte Mitspracherecht Indiens in Sri Lankas innen- und außenpolitische Angelegenheiten.

Mit der Eskalation im Volkskonflikt zwischen den beiden großen Bevölkerungsgruppen Sri Lankas, den Singhalesen und Tamilen, sah sich Indien immer tiefer in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn hineingezogen. Es war vor allem der „Tamil-Nadu-Faktor" der von Rajiv Gandhi und zuvor schon von seiner Mutter ein größeres Engagement in Sachen Sri Lanka abverlangte. Politiker aus dem südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, selber Heimat für 50 Millionen Tamilen, forderten von New Delhi ein Eintreten für die „Brüder und Schwestern" im Nachbarland und ein härteres Vorgehen gegenüber Colombo. Ein weiterer Faktor für die Verstrickung und ein Dorn im Auge Indiens war die Anfang der 80er Jahre zunehmende Anlehnung Sri Lankas an Pakistan. Der indische Erzfeind bildete nicht nur Soldaten aus: Pakistan war einer der Hauptlieferanten von militärischem Gerät für die srilankanischen Streitkräfte.

New Dehli versuchte sich durch einen komplizierten politischen und diplomatischen Drahtseilakt mehrere Optionen für ein Eingreifen auf der Nachbarinsel offenzuhalten. Es unterstützte die zum großen Teil von indischem Territorium aus operierende tamilische Guerilla, ohne dabei deren Ziel, die Etablierung eines Tamilenstaates auf der Insel, zu unterschreiben. Um eine Verhandlungslösung des Konfliktes zu erzielen, forcierte Indien seine Rolle als „honest broker". Als selbsternannter Vermittler versuchte Rajiv Gandhi nach dem Tod seiner Mutter, zwischen der tamilischen Guerilla und der Regierung von Sri Lanka auszugleichen. Alle Bemühungen scheiterten entweder an Colombos Versuchen, auf militärischem Weg das Minderheitenproblem zu lösen, an der unnachgiebigen Haltung der tamilischen Guerilla oder an der diplomatischen Kurzsichtigkeit der regionalen Supermacht.

Szenario

Als im Mai 1987 srilankanische Truppen mit einer Großoffensive die von der Guerilla kontrollierten Teile der nördlichen Tamilenhochburg Jaffna zurückerobern wollten, änderte Indien seine Strategie. Mit einer spektakulären Luftbrücke versorgte es die Bevölkerung der Kampfgebiete mit Lebensmitteln und Medikamenten und machte mit dieser mehr symbolischen Aktion klar, daß nur die sofortige Einstellung der Offensive weitere Schritte Indiens vermeiden konnte. Noch während Tamilen den direkten Eingriff Indiens als humanitäre Hilfe lobten und viele Singhalesen die grobe Verletzung der Souveränität beklagten, kam es am 29. Juli 1987 völlig unerwartet zur Unterzeichnung des „indo-srilanka-

nischen Abkommens", das von der tamilischen Zivilbevölkerung anfangs begrüßt wurde. Als indische Truppen „zur Friedenssicherung" nur wenige Tage später die von Tamilen bewohnten Gebiete der Insel erreichten, wurden sie frenetisch begrüßt: „Indien, wir lieben dich", stand auf Postern geschrieben. Die Euphorie war jedoch nur von kurzer Dauer: Ab dem 10. Oktober ließen sich die „Friedenstruppen" (IPKF) in langwierige und vor allem für Zivilisten verlustreiche Auseinandersetzungen mit den „Liberation Tigers of Tamileelam" (LTTE) hineinziehen. Die stärkste tamilische Guerillaorganisation hatte sich nach anfänglichem Taktieren in einer Orgie von Gewalt, bei der singhalesische Zivilisten und Mitglieder anderer, mit ihr konkurrierender und das Abkommen unterstützender tamilischer militanter Gruppierungen umgebracht wurden, gegen die Vertragsinhalte gestellt und damit den Zorn der „Friedenstruppen" herausgefordert. Obwohl die indischen Truppen durch ihre schier erdrükkende Präsenz (mindestens 50.000 Soldaten sind auf Sri Lanka stationiert) seit Mitte 1988 die militärische Kontrolle über die tamilischen Gebiete im Norden und Osten der Insel haben, ist es bisher nicht zu einem Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Alle Versuche, einen Waffenstillstand zu erreichen und direkte Gespräche zwischen indischen Regierungsvertretern und Mitgliedern der LTTE zu initiieren, schlugen bisher fehl.

Kaum Unterstützung

Die erhofften innenpolitischen Vorteile, die sich Rajiv Gandhi von seiner Friedensmission versprach, konnte er bisher nicht verbuchen. Nach anfänglicher Unterstützung seiner Politik in Sachen Sri Lanka ist der Premier während der letzten Monate, nicht zuletzt wegen der großen Opfer auf Seiten der indischen Truppen, ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Etwa 700 indische Soldaten sind nach offiziellen Verlautbarungen bis Oktober 1988 bei Auseinandersetzungen mit der LTTE und bei der „Friedenssicherung" ums Leben gekommen. Das Engagement Gandhis in Sri Lanka ist so zum militärischen Fiasko für die viertgrößte Armee der Welt geworden.

Die indische Presse – von wenigen Ausnahmen abgesehen – und zahlreiche politische Parteien, vor allem die aus dem Süden des Subkontinents, stehen schon längst nicht mehr auf Seiten des Premiers. Ihre Kritikpunkte betreffen zahlreiche Aspekte des indischen Engagements im Nachbarland. Viele glauben, der schlimmste Fehler der Regierung sei gewesen, daß der Premier selber das Abkommen unterzeichnet habe, obwohl es sich um interne Probleme Sri Lankas handelte.

Der Süden ist nicht mehr regierbar

Während die ethnischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre in einer de facto Trennung der von Tamilen bewohnten nördlichen und östlichen Landesteile von den überwiegend von Singhalesen bewohnten südlichen Gebieten resultierten, war der „Friedensvertrag" Ausgangspunkt für die zunehmende Polarisierung vor allem innerhalb der singhalesischen Bevöl-



Im Kampf um einen autonomen tamilischen Staat: Soldaten von TELO, einer der rivalisierenden Guerillagruppen.

kerung. Einerseits gab es Gruppierungen wie die linken und linksliberalen Parteien, die im Abkommen Fortschritte und Möglichkeiten zur Beendigung des Konfliktes sahen. Andererseits glaubten viele, der große Nachbar habe offen zugunsten der tamilischen Guerilla, die als Grund allen Übels betrachtet wurde, interveniert und Zugeständnisse an Tamilen durchgesetzt, die nicht zu akzeptieren seien. Vor allem aber habe die eigene Regierung durch das Indien eingeräumte Mitspracherecht in innen- und außenpolitische Angelegenheiten den Ausverkauf des Landes zugelassen.

Angeführt wird der Protest im Süden von der wiedererstarkten singhalesisch-chauvinistischen „Janatha Vimukthi Peramuna" (JVP – Volksbefreiungsbewegung). Mit faschistischen Methoden kämpft sie gegen alle, die sich positiv zum Vertrag mit Indien äußern. Ihre Opfer waren vorwiegend Mitglieder der regierenden „United National Party" und deren Repräsentanten auf lokaler Ebene, Angehörige der Streitkräfte und linke Politiker. Über 500 politische Morde gehen schon auf ihr Konto. Mittlerweile geht ohne die Zustimmung der JVP nichts mehr. Ihre Frontorganisationen, in der vermutlich Deserteure der Streitkräfte „Dienst tun", haben mit dem mobilisierenden Slogan „Rettet das Vaterland" immer größeren Zulauf aus der Schüler- und Studentenschaft, von Arbeitslosen, buddhistischen Mönchen sowie der singhalesisch-nationalistisch gesinnten Intelligenz. Sie verbreiteten Terror, der durch Milizen der Regierungspartei und die im Süden stationierten Streitkräfte mit Gegenterror beantwortet wird. So hat sich die Welle der Gewalt gegenseitig verstärkt – aus den einst so friedlichen südlichen Landesteilen mit ihren Touristenressorts ist ein Krisengebiet geworden, in dem die Regierung nicht mehr Herr der Lage ist.

Die Gründe für die zunehmende Militanz im Süden der Insel sind aber nicht ausschließlich in der anti-indischen und anti-tamilischen Haltung vieler Singhalesen zu suchen. Vor allem die Jugend fühlt sich benachteiligt, ein Großteil ist arbeitslos. Das von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds „empfohlene" Wirtschaftsprogramm hat die Armen ärmer und die Reichen reicher gemacht. Zu der wirtschaftlichen Unzufriedenhait kommt, daß es seit 11 Jahren keine Parlamentswahlen mehr gegeben hat. Die Regierung von Präsident Jayawardene hat es verstanden, aufkommende Opposition mit undemokratischen Machenschaften zu bekämpfen. Um von den mannigfaltigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen abzulenken, hat sie während der letzten Jahre den ethnischen Konflikt geschürt und so selber zum Erstarken chauvinistischer Kräfte beigetragen.

Um die Regierung zu Neuwahlen und der Auflösung des Parlaments zu zwingen, ordnet die JVP Streiks an, verfügt die Schließung von Geschäften, Fabriken und Touristenhotels und rechnet mit denen ab, die sich ihren Anordnungen widersetzen. Für gemäßigte, Versöhnung suchende Kräfte bleibt kein Platz mehr.

Wahlen kommen zu spät

Am 19. Dezember sind Präsidentschaftswahlen geplant. Ob diese in der derzeit aufgeheizten Atmosphäre und im allgegenwärtigen Chaos die Situation entschärfen können, bleibt zu bezweifeln. Schon vor Monaten hatten ernstzunehmende srilankanische Journalisten, wie der Herausgeber des „Lanka Guardian", Mervyn de Silva, gewarnt: „Wenn es nicht bald Wahlen gibt, wird die Lage vor allem im Süden weiter eskalieren und schlimmer als ein ausbrechender Vulkan sein."

Für das mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete einflußreichste Exekutivamt der Inselrepublik will der amtierende Präsident, der 82jährige J.R. Jayawardene, nicht mehr kandidieren. Neuer Kandidat der „United National Party" (UNP) ist der jetzige Premierminister, Ranasinghe Premadasa. Er hatte sich während der letzten Jahre durch populistische Programme vor allem bei der marginalisierten singhalesischen Bevölkerung einen Namen gemacht. Da ihm Kontakte zur JVP zugeschrieben werden, verspricht sich die UNP durch ihn am ehesten die Möglichkeit zur Befriedung des Südens. Für die Situation in den tamilischen Landesteilen und das Verhältnis zu Indien wäre ein Wahlsieg Premadasas eine neue Belastung. Er hatte sich während der letzten Jahre als scharfer Kritiker des Nachbarn bei Singhalesen zu profilieren gesucht. Zudem gilt er weiterhin als Gegner des „Friedensabkommens". Premadasa hat bereits betont, im Falle seiner Wahl werde er das Abkommen mit Indien modifizieren und für den Abzug der indischen Truppen aus den Nord- und Ostgebieten sorgen – wohl auch ein Zugeständnis an die JVP, die gleiches fordert.

Hauptkonkurrentin des UNP-Kandidaten ist Sirimavo Bandaranaike von der „Sri Lanka Freedom Party" (SLFP). Auch sie und ihre Partei richten ihre Politik zunehmend an den Forderungen der JVP aus. Beobachter meinen, die einstige Regierungspartei sei bereits stark von Kadern der JVP unterwandert. Auch „Mrs. B.", wie Frau Bandaranaike im Volksmund heißt, hat im Falle ihrer Wahl neue Verhandlungen mit Indien angekündigt, um die volle „Souveränität des Landes wiederherzustellen."

Provinzratswahlen

Vor den Präsidentschaftswahlen soll am 19. November ein weiteres Wahlprozedere stattfinden: Es geht um eine Regionalregierung für die im September durch Proklamation des Präsidenten zusammengelegten ehemaligen Nord- und Ostprovinzen. Für die Schaffung sogenannter „Provinzparlamente" hatte der „Friedensvertrag" die Grundlagen geschaffen und damit eine der Forderungen der tamilischen Minderheit aufgegriffen. In allen anderen sieben Provinzen Sri Lankas konnten bei den vor wenigen Wochen stattfindenden Wahlen Kandidaten der UNP die Mehrheit erringen. Daß dabei nicht alles mit rechten Dingen zuging, hat kürzlich sogar die staatliche Wahlkommission einräumen müssen.

Die beiden Provinzen werden jedoch nur temporär, sozusagen auf Probe, als eine politische und administrative Einheit betrachtet. Nach einem Jahr soll die aus jeweils einem Drittel Tamilen, Singhalesen und Moslems zusammengesetzte Bevölkerung der Ostprovinz durch ein Referendum entscheiden, ob sie eine zusammengelegte „Nord-Ost-Provinz" weiterhin wünscht. Mit dem notwendigen Referendum ist bereits jetzt die Saat für eventuelle neue Spannungen gelegt. Die „Liberation Tigers of Tamileelam" (LTTE) haben trotz der Aufforderung Indiens, sich „in den politischen Prozeß zu integrieren" zum Boykott der Wahlen aufgerufen und allen, die sich an den Wahlen beteiligen, mit Konsequenzen gedroht. „Wir werden diese Leute als Verräter betrachten", hieß es. Deshalb wird die neue Provinzregierung wohl nur ein Schattendasein führen. Ohne eine Beteiligung und Einbeziehung der LTTE – wie immer man zu ihr steht – kann es weder eine Lösung der Probleme der Tamilen geben, noch kann Indien jemals darauf hoffen, die Inhalte des für Gandhi so wichtigen „Friedensvertrages" umzusetzen.

Das Land steckt in der „tiefsten denkbaren Krise", meint die Menschenrechtsorganisation in ihrem Lagebericht. Zu spät kämen Entscheidungen der Regierung – das Land stünde vor dem Zerfall und sei auf dem besten Weg zurück in die Barbarei. Qadri Ismail, Journalist von der in Colombo erscheinenden liberalen „Sunday Times", sieht das Land in einem tiefen Dilemma. Für ihn könnte nur eine Allparteienkonferenz das existierende Chaos beseitigen. Dazu müßten sich außer Regierungsvertretern aus Colombo und New Delhi alle srilankanischen Oppositionsparteien, einschließlich der JVP und die tamilischen Parteien und militanten Gruppierungen an einen Tisch setzen, um ganz neue Rahmenbedingungen auszuarbeiten. „Die Chancen dafür sind jedoch ein wenig geringer, als ein Sonnenaufgang im Westen von Sri Lanka", meint er.

Walter Keller

Das PRI-System gerät ins Wanken

Die mexikanische Staatspartei PRI[1] muß sich nach fast 60 Jahren Hegemonialherrschaft der Frage ihrer politischen Legitimität stellen. Das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen 1988[2] demonstriert eine eindeutige Forderung nach politischem Strukturwandel. Ziehen wir den bis dato ungeklärten Wahlbetrug zugunsten der PRI sowie eine Wahlabstinenz von fast 50% in Betracht, bedeutet dieses Ergebnis erstmalig den Verlust der absoluten Mehrheit für die PRI.

Die breite Oppositionsbewegung, die sich auch für die Opposition selbst überraschend schnell konsolidiert hat, zeugt von einer wachsenden Unzufriedenheit mit der PRI-Politik. Nach fast sechzig Jahren zersplitterter Bewegung findet die linke Opposition 1988 zum ersten Mal einen gemeinsamen Nenner: Demokratie, sowie einen gemeinsamen Kandidaten: Cuauhtémoc Cárdenas[3]. Die Forderungen nach Demokratisierung können nicht mehr durch das traditionell bewährte Prinzip der Kooptation[4] oder aber der Zersplitterung der Opposition entkräftet werden.

Die Brüche im PRI-System lassen sich nicht mehr verdecken. Das „Erbe der Revolution", das die Staatspartei fast 60 Jahre lang für sich proklamierte, wird jetzt von den „rechtmäßigen ErbInnen" beansprucht[5].

Hier soll der Frage nachgegangen werden, warum dieses nicht nur in Lateinamerika einzigartige politische System, das über fast sechs Jahrzehnte hinweg politisch stabil bleiben konnte, plötzlich an seine Grenzen zu geraten scheint. Dabei steht die Entwicklung Mexikos als korporativistisch-autoritärem Staat (vgl. Levi, zitiert nach Lerner 1987:19), eines Staates also, dessen Basis auf der Organisation der Stände beruht, während die Macht der Exekutive und damit dem Präsidenten zukommt, im Vordergrund.



Mahnwache der linken Opposition vor dem Parlament *Foto: A. W.*

Das „Parteiprojekt" und die Institutionalisierung der Revolution

Die Idee eines korporativistisch-autoritären Staates war bereits in dem „Parteiprojekt" Plutarco Elias Calles' (1928) enthalten. (Praktisch umgesetzt wurde diese Idee jedoch erst mit der Institutionalisierung des korporativen Staates durch Lázaro Cárdena (1934-1940)[6]. Aus diesem Projekt entstand 1929 die Partei, die zunächst PRN, dann 1938 PRM und von 1946 bis heute PRI genannt wurde.

Nach der Revolution von 1910 und der Verfassung von 1917 lag die politische Macht zunächst in den Händen der Generäle, die, u.a. begründet durch ihr Charisma, das sie als Caudillos (Anführer) während der Revolution erlangt hatten, in der ersten Phase nach der Revolution (1917-1934) die Präsidenten stellten. Nicht die Postulate der progressiven Verfassung (u.a. Art. 23 Agrarreform; Art. 123 Arbeitsgesetzgebung), sondern der eigene Machtanspruch der im vierjährigen Rhythmus wechselnden Präsidenten diktierte jedoch die Politik (Carrido, 1982:64). Die politische Legitimation des Präsidenten war bereits vor der Parteigründung (1929) nicht verfassungsgemäß durch die Wahlen gewährleistet, da die Wahlen durch Wahlbetrug manipuliert wurden. Die Autorität des Präsidenten stützte sich einerseits auf das Militär und andererseits auf das Nationalgefühl der Bevölkerung, indem eine „Fortführung der Revolution" proklamiert wurde.

Die Nichtbeachtung der Verfassung, insbesondere der Artikel 27 und 123 führten zu einer wachsenden Oppositionsbewegung. BäuerInnen und ArbeiterInnen sahen sich um die Errungenschaften der Revolution betrogen (Garrido, 1982:61). Da diese Oppositionsbewegungen jedoch nicht einheitlich organisiert waren, schien die Machtgrundlage des Präsidenten erst ernsthaft in Frage gestellt, als die Präsident-

Abkürzungen und Parteien
CD: Corriente Democrática (Demokratische Strömung)
CNC: Confederación Nacional de Campesinos (Nationale Bauernkonföderation)
CTM: Confederación de Trabajadores Mexicanos (Konföderation der mexikanischen Arbeiter)
FDN: Frente Democrática Nacional (Nationale Demokratische Front)
PNR: Partido Nacional Revolucionario (Revolutionär Nationale Partei)
PRM: Partido de la Revolución Mexicana (Partei der mexikanischen Revolution)
PRD: Partido Revolucionario Democrático (Demokratisch Revolutionäre Partei), neue linke Oppositionspartei, die nicht durch einen Parteienzusammenschluß entstand, sondern sich auf individueller Mitgliedschaft begründet

* * * * * * * * * * * * *

Bei den Wahlen 1988 registrierte Parteien, gegliedert nach politischer Ausrichtung:
PDM: Partido Demócrata Mexicano (Demokratisch Mexikanische Partei) gegründet 1972, extrem rechts katholisch orientiert, ging aus dem sinarchismo (= ohne Anarchie) der ländlich kleinbäuerlichen Bewegung gegen die als sozialistisch angesehene Reformpolitik von L. Cárdenas in den 30er Jahren hervor.
PAN: Partido de Acción Nacional (Partei der Nationalen Aktion)
PRI: Partido de la Revolución Institucional (Partei der Institutionalisierten Revolution)
PARM: Partido Auténtico de la Revolución Mexicana (Autentische Partei der Mexikanischen Revolution) 1959 von einem pensionierten Militär gegründet, ist die rechteste der Satellitenparteien der PRI.
PFCRN: Partido del Frente Cardenista de la Renovación Internacional (Partei der Cardenistischen Front der Nationalen Erneuerung), seit 1980 neuer Name der PST (Partico Socialista de los Trabajadores), die 1975 als Satellitenpartei der PRI gegründet wurde.
PPS: Partido Popular Socialista (Sozialistisch Populäre Partei), entstand 1948 als Partido Popular auf Initiative von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei (PCM) und von StudentInnen, gibt sich doktrinär marxistisch und ist die linkeste der Satellitenparteien der PRI.
PMS: Partido Mexicano Socialista (Mexikanische Sozialistische Partei), Zusammenschluß verschiedener linker Parteien, u.a. der PSUM, die 1982 als Parteienzusammenschluß kandidierte, die Kommunistische Partei PCM und die PMT (Partido Mexicano de los Trabajadores) gingen in ihr auf.
PRT: Partido Revolucionario de los Trabajadores (Revolutionäre Arbeiterpartei) 1968 von StudentInnen im Anschluß an die StudentInnenbewegung von 1968 mit trotzkistischer Ausrichtung gegründet.

schaftsfolge des Präsidenten Plutarco Elias Calles (1924-1928) bei den Militärs selbst Uneinigkeit hervorrief. Dies hatte weniger politische Gründe, sondern war vielmehr auf individuelle Machtansprüche der Militärs zurückzuführen.

Aus diesem Grund sah Calles gegen Ende seiner Legislaturperiode die Notwendigkeit zur Stabilisierung der Macht des Präsidialamtes. Diese bedeutete gleichzeitig die Etablierung der Macht Calles', der als „Jefe Máximo“[7] die mexikanische Politik von der Revolution bis zu seiner Ausbürgerung (1935) wesentlich bestimmte. Denn auch wenn der Präsident in Mexiko nicht wiederwählbar ist, besteht die Möglichkeit, die Auswahl des folgenden Präsidenten so zu beeinflussen, daß die Macht des Hintermannes (in diesem Fall Calles) einflußreich bleibt. Das Parteiprojekt, das Calles in seiner letzten Regierungsansprache vorstellte, verkörperte dieses Prinzip. Die bestehenden politischen Organisationen (BäuerInnenorganisationen, Gewerkschaften, politische Bürokratie) sollten als „revolutionäre Familie“ innerhalb einer Partei geeint werden. Zugleich sollten die schwer kontrollierbaren lokalen Kaziken (regionale und lokale Machthaber) auf diese Weise ebenfalls in das System eingebunden und der politische Einfluß der Militärs geschwächt werden.[8]

1929 wurde mit der Gründung der Partei, die PRN genannt wurde, der Grundstein für die Institutionalisierung der revolutionären Ideale und die Stabilität des PRI-Staates gelegt. Das Prinzip: Kooptation von Widerstand durch Aufnahme in den Kreis der „revolutionären ErbInnen“ oder Zerschlagung der Opposition ist seither ein elementarer Bestandteil politischer Strategie in Mexiko. Mit der Gründung der Partei wurde ebenfalls die sechsjährige Amtszeit des Präsidenten eingeführt. Zu den GegnerInnen der Partei gehörten zunächst z.B. UnternehmerInnen[9], GroßgrundbesitzerInnen und die USA, so daß es zur Gründung der Partei bereits einer Serie von Kompromissen bedurfte. Die Perspektive politischer Stabilität gewann UnternehmerInnen und die USA für das Parteiprojekt. Mit der Ernennung von Portes Gil (1928-1934) zum Folgepräsidenten nach Calles wurden die Interessen der ob ihrer eigenen Machtansprüche zerstrittenen Militärs berücksichtigt, da Portes Gil weder dem Militär noch dem politisch-bürokratischen Spektrum zuzuordnen war. Schließlich blieben auch die eigenen Machtansprüche Calles', der als Schlüsselfigur weiterhin die Fäden in der Hand behielt, gewahrt.

Die Konstitution der PNR wurde von der Gruppe von Callisten ausgearbeitet, die sich ausnahmsweise erst nach der Revolution als „politicos“ (Parteipolitiker) der „revolutionären“ Bewegung angeschlossen hatten (Garrido, 1982:75). Die „revolutionäre Familie“, die die Basis der Partei bildete, rekrutierte sich aus dem industriellen, dem landwirtschaftlichen und dem öffentlichen Sektor. Finanzoligarchie und UnternehmerInnen blieben als „técnicos“ (Techniker) ausgeschlossen (Basáñez, 1981:67). Das Militär wurde ebenfalls nicht integriert.

Während der Motor des Calles-Projektes dessen eigener Machtanspruch sowie die „Modernisierung“ des Landes unter dem Vorzeichen kapitalistischer Entwicklung war, hat in der Ära Lázaro Cárdenas (1934-1940) die Herstellung des „Sozialen Friedens“ Priorität. Damit wird die Kontinuität korporativistisch-autoritärer Strukturen gewahrt, der Akzent der Politik jedoch insofern verlagert, als die Belange der Bevölkerung in den Vordergrund treten. Erst Cárdenas, der durch die Stimmen der ArbeiterInnen und BäuerInnen, deren Forderungen von Calles nicht berücksichtigt wurden, zum Präsidenten gewählt wird,

beginnt mit der Realisierung der in der Verfassung verankerten Reformen. In dieser Legislaturperiode werden die großen ArbeiterInnen- und BäuerInnenkonföderationen, CTM und CNC, gegründet, die als an die PNR gebundene Sektoren die politische Legitimität der Regierungspartei wieder herstellen sollen. Der Einfluß der Kirche wird gesetzlich auf den Privatbereich reduziert, die Kirche der Exekutive des Staates untergeordnet.

Calles wird, als er die Politik Cárdenas' als arbeiterInnenfreundlich und gegen die Interessen des Kapitals gerichtet bezeichnet, 1935 ausgebürgert. Damit endet endgültig die Ära der Caudillos; das Zeitalter der „politicos" (Parteipolitiker) beginnt.

Die Macht der Politicos ist jedoch durch eine ständig wachsende Opposition, zu der UnternehmerInnen, GroßgrundbesitzerInnen, enteignete Erdölfirmen und die kirchliche Hierarchie zählen, begrenzt. Aus dieser Oppositionsbewegung konsolidiert sich 1939 die PAN, die von UnternehmerInnengruppen und der Kirche unterstützt wird, sich jedoch gegen die Regierungspartei nicht durchsetzen kann. Bereits im Gründungsjahr der PAN werden Teile ihrer potentiellen Mitgliedschaft von der PRI kooptiert, indem diese Avila Camacho (1940-46) als unternehmerInnenfreundlichen Präsidenten einsetzt (Tirado, 1985:106).

Die Kontinuität des politischen Systems kann während der ökonomischen Entwicklung Mexikos bis Anfang der 70er Jahre, die auch als „milagro mexicano" (mexikanisches Wirtschaftswunder) bezeichnet wird, gewahrt werden (1930-1981: durchschnittliches BSP Wachstum pro Jahr: 6,7%; vgl. Rojas, 1987:205).

„Continuidad con Cambio" – Kontinuität mit Wandel

Die rechtliche Grundlage des PRI-Staates basiert auf der fortschrittlichen Verfassung von 1917, deren Inhalte jedoch – abgesehen von Lázaro Cárdenas – bis heute nicht umgesetzt wurden. Machtansprüche und ökonomische Interessen bestimmen die Politik der Staatspartei. Die Hegemonialmacht der Partei stützt sich nicht zuletzt auf ein gut funktionierendes System des Klientelismus und der Korruption (vgl. auch L. Lomnitz 1982).

Die persönliche Verbundenheit mit den Idealen der Revolution und ein Nationalgefühl, das durch das Wirtschaftswachstum in der Periode der importsubstituierenden Industrialisierung (30er bis Ende 70er Jahre) noch verstärkt wird, garantieren die populäre Basis der PRI-Politik[10].

Entscheidend für die Sicherung der Hegemonialherrschaft der PRI sind vier Faktoren: Erstens ist die Mitgliedschaft in den großen ArbeiterInnen- und BäuerInnenkonföderationen CTM und CNC an die PRI-Mitgliedschaft gekoppelt. Zweitens sind die drei Sektoren (der landwirtschaftliche, der industrielle und der öffentliche) zwar jeweils vertikal in den Staat integriert, jedoch – abgesehen von dem CTM-nahen Congreso de Trabajo – nicht horizontal durch einen funktionierenden Dachverband miteinander verbunden, was eine breite populäre Opposition erheblich erschwert. Drittens hat das Militär keine politische Repräsentation und ist der Präsidialmacht untergeordnet. Viertens sind die UnternehmerInnenverbände unabhängig von der Staatspartei organisiert.

Entsprechend der politisch-ökonomischen Konjunktur verlagert sich die politische Legitimationsbasis der PRI auf jeweils unterschiedliche Sektoren. Sind es nach der Revolution vorwiegend die ArbeiterInnen- und BäuerInnenorganisationen und in der Phase forcierten wirtschaftlichen Wachstums (besonders unter Miguel Alemán/ 1946-52) der industrielle Sektor, so verlagert sich mit dem Erdölboom (ab 1977) der Schwerpunkt der PRI-Politik auf den öffentlichen Sektor.

Gegenüber den UnternehmerInnen, die nicht in den Staatsapparat eingebunden, sondern zu Unternehmensgruppen zusammengeschlossen sind (Tirado 1985), besteht zunächst eine Art „gentlemen agreement". Das heißt, der Staat kontrolliert im Interesse der UnternehmerInnen die ArbeiterInnenschaft, während sogenannte Parallelmärkte[11] die politischen Bedingungen für ökonomische Transaktionen diktieren.

Durch die ökonomische Krise steigt jedoch der Einfluß der Unternehmensgruppen. Um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, müssen die Handlungsspielräume der Unternehmen erweitert werden. Die Folge ist ein erster Widerspruch zwischen interner Struktur und externen ökonomischen Faktoren Anfang der 70er Jahre. Echeverria (1970-76), der als populärer Politico eingesetzt wird, „verrät" erstmalig den traditionellen „revolutionären" Diskurs, indem er offiziell die Weichen zu unternehmerInnenfreundlicher, exportorientierter Politik stellt und damit offensichtlich negative sozialpolitische Konsequenzen für den größten Teil der Bevölkerung akzeptiert.

Der Staat steht vor dem Dilemma, einerseits auf die ArbeiterInnen als WählerInnenschaft nicht verzichten zu können, andererseits unternehmerInnenfreundliche Politik betreiben zu müssen. Der wachsende Einfluß externer Faktoren auf die ökonomische Entwicklung des Landes bringt die bislang funktionsfähige interne politische Struktur ins Wanken. Unter López Portillo (1976-82) kommt die Krise nicht zum Ausbruch, da der Erdölboom die wankenden Strukturen durch Deviseneinnahmen noch einmal kurzzeitig auffangen kann.

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise Anfang der 80er Jahre (1982 Zahlungsunfähigkeit und Beginn der Verschuldungskrise) wird zum erstenmal ein offensichtlicher Bruch mit der PRI-Tradition vollzogen, als der Technokrat Miguel De la Madrid (1982-1988) Präsident wird. Damit werden die Grenzen der Kooperationsfähigkeit von PRI-Tradition und UnternehmerInneninteressen deutlich. Dem

Daten:

1910-1917	Revolution
1917	Verfassung
1924-1928	Plutarco Elias Calles
1928	Parteiprojekt
1928-1934	Portes Gil
1929	Gründung der Einheitspartei PNR
1933	Plan zur Importsubstituierenden Industrialisierung für das nächste Sexenium
1934-1940	Lázaro Cárdenas. Gründung von CTM und CNC
1935	Ausbürgerung Calles' in die USA
1938	Verstaatlichung der Erdölindustrie
1938	Gründung der PRM
1939	Gründung der PAN
1940-1946	Avila Camacho
1946	Gründung der PRI
1946-1952	Miguel Alemán
1952-1958	Ruiz Cortines
1958-1964	Adolfo López Mateos
1964-1970	Diaz Ordaz
1968	StudentInnenrevolten, 2.10.: Massaker von Tlatelolco (über 400 Tote)
1970-1976	Luis Echeverria
1976	erste IWF-Verhandlungen
1976-1982	José López Portillo
1977	Erdölfunde, Lösung vom IWF
1982	Verstaatlichung der Banken
1982-1988	Miguel De la Madrid
1982	Zahlungsunfähigkeit
1983	1. Umschuldung
1985	2. Umschuldung
1986	3. Umschuldung
1987	CD wird gebildet
1987	Solidaritätspakt zwischen Unternehmen, Staat und Gewerkschaften wird im Dezember unterschrieben
1988	FDN wird gebildet
1988	5. Juli: Ermordung eines Wahlleiters der PMS
1988	6. Juli: Präsidentschaftswahlen
1988	21.10.: Gründung der PRD
1988	01.12.: Amtsbeginn von Carlos Salinas de Gortari

„gentlemen agreement" sind die Grundlagen entzogen, da die PRI keine Forderung mehr stellen kann, sondern von der Kooperationsbereitschaft der UnternehmerInnen abhängig ist.

Die PRI-Tradition ist damit gebrochen, allein der Name und die politische Struktur verbleiben zunächst.

Der Umbruch im PRI-Staat

Der technokratische Stil von De la Madrid ist in allen Anspekten seiner Politik zu spüren. Er tritt nicht als Populist auf, verspricht weniger und versucht, Mexiko nicht als Politiker, sondern als Manager zu regieren. Einerseits hat dies zur Folge, daß sich zwischen Regierung und Präsident keine positive Beziehung entwickeln kann. In den Reihen der PRI wird De la Madrid keine bedingungslose Unterstützung mehr entgegengebracht. Andererseits verfolgt er eine pragmatische Wirtschaftspolitik, die mehr an Zahlen als an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientiert ist.

De la Madrid übernimmt ein Land, das im wirtschaftlichen Chaos steckt, dessen ökonomische Basis ausgelaugt und dessen politisches System veraltet ist. Da er die Mißwirtschaft seiner Vorgänger auslöffeln muß, und vom politisch erstarkten mexikanischen UnternehmerInnentum sowie von Auslandskapital und GläubigerInnen unter Druck gesetzt wird, beginnt er 1983 unter Anleitung seines engen Mitarbeiters und jetzigen Nachfolgers, Salinas de Gortari, das Projekt der „reconversión industrial" (industrielle Neustrukturierung). Dieses Projekt wird auch als „Chilenisierung der mexikanischen Wirtschaft" (J. Cesar 1988) bezeichnet. „Es besteht lediglich darin, daß veraltete Unternehmen geschlossen werden und nur wenige mit Gewinn produzierende Unternehmen überbleiben. Das wird dann „Reconversion" genannt. Ein wirkliches Projekt hat es nie gegeben." (ders.)

Auch ohne ein konkretes Projekt sind allerding die Folgen des neoliberalen Konzeptes für die Mehrheit der Bevölkerung spürbar. Erstmalig sind nicht nur Erwerbslose, BäuerInnen und ArbeiterInnen, sondern auch der Mittelstand von argen Einbußen des Lebensstandards betroffen. Die Wirtschaftspolitik, die einen strukturellen Wandel erreichen will, geht von folgender Grundüberlegung aus: langfristige Sanierung der Ökonomie soll durch Erwirtschaftung von Devisen erreicht werden, mit denen eine konkurrenzfähige Industrialisierung finanziert werden soll. Konkret bedeutet das die Unterordnung unter das Paradigma der Exportpolitik mit all ihren Konsequenzen.

Fünf Jahre später sind die sozialen Folgen dieser Wirtschaftspolitik offensichtlich. Neben Handelsbilanzüberschüssen, Zins- und Schuldenrückzahlungen, Exportdiversifizierung und seit neuestem auch niedrigen Inflationsraten (1987: 150%, 1988: voraussichtlich zweistellig) stehen folgende Fakten: Demontage der nationalen Produktion mit zahlreichen Betriebsschließungen, ein vernachlässigter Inlandsmarkt und Versorgungsschwierigkeiten, reale Lohneinbußen von 50% seit 1973, offene und verdeckte Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der produktiven Investitionen.



Mexiko Stadt am 1. Tag der Mahnwache — *Foto: A. W.*

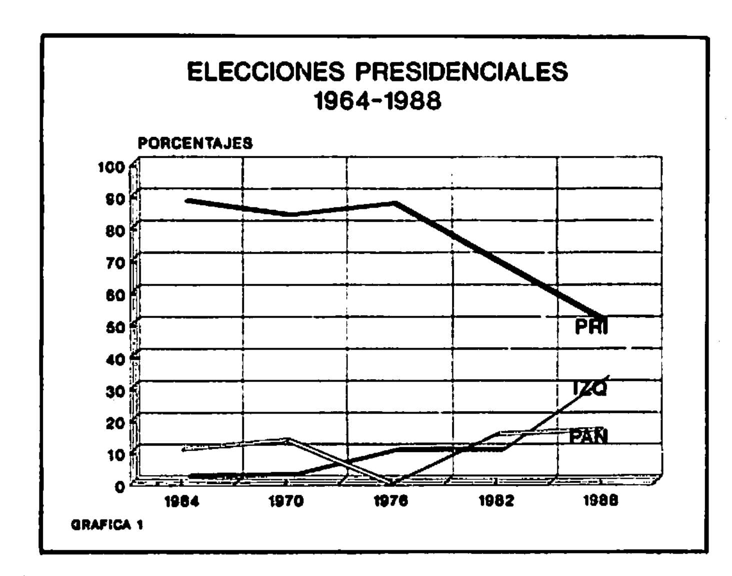
Nach sechs Jahren Regierungszeit steht es schlecht um das Image von De la Madrid. Von allen Seiten wird der „Solidaritätspakt" kritisiert, der Ende 1987 zwischen Regierung, Gewerkschaften und erstmals auch den Unternehmensverbänden abgeschlossen wurde. Nachdem im Dezember der kontrollierte Wechselkurs dem freien angeglichen wurde, was einen generellen Preisschub von durchschnittlich 80% auslöste, wurden nach einer 30%igen Lohnerhöhung die Grundnahrungsmittelpreise, Löhne und der Wechselkurs fixiert, um die Inflation einzudämmen.

Die Schuldenrückzahlungen und der US-freundliche Akzent seiner Wirtschafts- und Außenpolitik stärken den oppositionellen Nationalismus, und viele PRIistas versagen ihm und auch seinem Nachfolger Salinas (ebenfalls ein Technokrat) die Unterstützung. Und obwohl De la Madrid von vielen als der ehrlichste und am wenigsten korrupte Präsident der letzten Jahrzehnte angesehen wird, ist 1988 eine Oppositionsbewegung von sensationeller Breite und politischer Durchsetzungskraft herangewachsen.

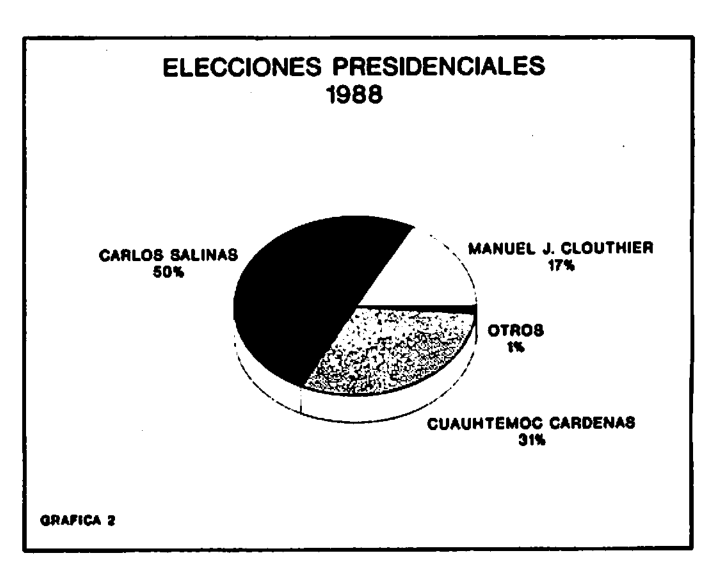
Die neue politische Ära

Schlüsselfigur der heutigen Opposition ist Cuauhtémoc Cárdenas, Sohn des legendären und populärsten Präsidenten, Lázaro Cárdenas. C. Cárdenas ist es zum erstenmal gelungen, die zerstrittene linke Opposition in einer Bewegung weitgehend zu einigen. Am 21.10.88 wurde mit der Gründung der PRD ein neues Organ der linken Opposition ins Leben gerufen.

Noch als PRI-Mitglied gründete Cárdenas 1987 die „Corriente Democrática" (Demokratische Strömung), die die mangelnde Demokratie innerhalb der Partei kritisierte. Als Carlos Salinas de Gortari zum Präsidentschaftskandidaten der PRI ernannt wird, läßt Cárdenas sich, ohne aus der PRI auszutreten, von der PARM zum Präsidentschaftskandidaten aufstellen. Aus PARM, PPS und PST, die sich in PFCRN umbenennt, wird die FDN gebildet, der sich nach langem Hin und Her auch



GRAFICA 1



GRAFICA 2

die sozialistische PMS anschließt. Von den linken Parteien trägt nur die trotzkistische PRT die Kandidatur von Cárdenas nicht mit, beteiligt sich jedoch nach den Wahlen an dessen Kampagne gegen den Wahlbetrug. Durch die Kooperation fast aller unabhängiger Basisbewegungen, die besonders seit den Erdbeben von 1985 in Mexiko sehr stark geworden sind, entwickelt sich der „Neocardenismus" zu einer enthusiastischen, landesweiten Oppositionsbewegung, die erstmals in der Lage ist, der PRI die Stirn zu bieten.

Gegenüber der FDN rutscht die bisher zweitstärkste Partei, die konservative PAN, auf den dritten Platz ab. In der Vergangenheit war die PAN am ehesten in der Lage, die Unzufriedenheit mit der PRI-Regierung zu kanalisieren. Insbesondere im Norden Mexikos, stellt die PAN seit Jahren die traditionell stärkste Opposition.

Erfolg und Mißerfolg der PAN liegen bei der Analyse recht nah beieinander. Basis der PAN sind seit jeher die Sektoren, die im PRI-System zumindest offiziell nicht integriert sind: die katholische Kirche, das nationale UnternehmerInnentum und die GroßgrundbesitzerInnen, die sich bei der Landreform schadlos halten konnten. Die Ideologie der PAN greift neben der Religion vor allem traditionell bürgerliche Familienstrukturen auf, die nicht zuletzt den Frauen ein selbstbestimmtes Leben außerhalb des Haushalts absprechen. Die nationalistische Ideologie der PAN wird besonders durch den Aufschwung des Neopanismus, der mit einem pragmatischen radikalliberalen Wirtschaftsprogramm die Allianz der GroßunternehmerInnen mit den USA propagiert, konterkariert. Der konservative und – im Gegensatz zum nahezu gesamten mexikanischen Parteienspektrum – nicht revolutionäre Anstrich und die nicht zu verbergende US-Freundlichkeit verhindern weithin, daß die PAN den Sprung zu einer führenden politischen Position schafft.

Um die cardenistische Bewegung als Konsequenz der Krise des PRI-Systems zu analysieren, müssen zwei zentrale Fragen beantwortet werden. Erstens, wie ist ihr überraschender Erfolg zu erklären, und zweitens, wie ist dieser im Hinblick auf eine mögliche politische Perspektive einzuschätzen?

Zur ersten Frage: a) Cárdenas taucht in einem Moment auf, da das Volk angesichts der Wirtschaftslage sehr unzufrieden ist und ungewohnt laut nach Veränderungen verlangt. b) Nach Jahren unpopulärer PRI-Politik oder deutlicher, nach Jahren der PRI-Diktatur, greift Cárdenas die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf. Er entwickelt einen moralisch-populistischen Diskurs, setzt seine politischen Forderungen bei den Grundbedürfnissen des Volkes an. Die nahezu mystische Popularität Cárdenas' ist allerdings zusätzlich darauf zurückzuführen, daß Cárdenas nicht nur Sohn des beliebtesten Präsidenten, Lászaro Cárdenas, sondern auch den Namen des Aztekenkönigs Cuauhtémoc trägt, der im Gegensatz zu seinem Antagonisten Moctezuma gegen die Spanier kämpfte und so als nationaler Held in die Geschichte einging. c) Mit der Ernennung von Salinas zum Präsidentschaftskandidaten zeigt sich die Dekadenz der PRI. Dekadenz deswegen, da zuviele tragende Elemente der PRI-Stabilität außer acht gelassen werden: u.a. wird die progressive Außenpolitik abgebrochen, die bisher dazu diente, mangelnde innere Reformen zu neutralisieren und KritikerInnen eine Identifikationsmöglichkeit mit dem Regime zu bieten (vgl. Nohlen/Lehr 198.: 148). Das ohnehin schon recht wacklige Gleichgewicht des mexikanischen politischen Systems gerät erheblich ins Wanken.

Als Technokrat kann Salinas selbst innerhalb der PRI nicht mit uneingeschränkter Unterstützung rechnen. Nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung in die Partei ist stark angeschlagen, auch traditionell PRI-orientierte Unternehmensgruppen, wie die „Grupo del Valle de México"[12] kritisieren den wirtschaftspolitischen Kurs der Technokraten. Zudem sind die großen einst staatstragenden Gewerkschaftsverbände obsolet geworden. Sie stehen der Neustrukturierung der Industrie im Wege, die bestrebt ist, die ArbeiterInnen nach dem japanischen Modell in die Betriebsführung einzubinden.[13]

Kurz, es sieht so aus, als weiche die PRI von ihrer eigenen Linie ab. Politische Unglaubwürdigkeit schafft, gekoppelt mit der Unfruchtbarkeit ökonomischer Maßnahmen, die das Gros der Bevölkerung schon lange nicht mehr erreichen, die Basis für die Entwicklung einer breiten Oppositionsbewegung.

Hier rückt als zweite die Frage nach der Interpretation der cardenistischen Bewegung in den Mittelpunkt. Viele Umstände deuten darauf hin, daß Cárdenas nicht der – sicherlich von einigen erhoffte – neue Revolutionsführer ist. Die Hauptstütze von Cárdenas, sind die PARM, PPS und PFCRN, die der PRI bisher nur dazu dienten, die „Demokratie" zu legitimieren. Sie haben immer den PRI-Kandidaten gestützt, immer PRI-Politik getragen und ihre Mitglieder sind schon Teil des PRI-Apparates geworden. Cárdenas selbst ist PRIista reinster Tradition. Im Bundesstaat Michoacán, wo er früher als PRI-Gouverneur regierte, ist er bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen von der Mehrheit derselben Bevölkerung als Oppositionskandidat gewählt worden – ein Plädoyer für die Fortführung alter PRI-Ideologie im Sinne der Politicos?

Deuten das Auftreten von Cárdenas, der populäre, nationalistische Diskurs, seine Mobilisierungsfähigkeit und leicht errungene Beliebtheit einerseits darauf hin, daß er eine ernste Gefahr für die PRI-Hegemonie darstellt, sind andererseits jedoch seine Politik und Ideologie recht verwandt mit der alten PRI-Tradition.

Interessant wird die politische Perspektive Mexikos vor dem Hintergrund des Umbruchs im PRI-System und der Konsolidierung einer breiten Opposition. Die Meinungen gehen in Mexiko zu dieser Frage weit auseinander.

Einerseits wird vermutet, daß Cárdenas sich wieder der PRI zuwendet und über kurz oder lang als populistischer Präsident gewählt wird, um dann ein PRI-ähnliches

Projekt mit neu kooptierter Opposition und weißer Weste (bezüglich der unpopulären wirtschaftspolitischen Maßnahmen der 80er Jahre) zu initiieren. Das wirtschaftspolitische Konzept Cárdenas, das sich hauptsächlich auf Protektionismus stützt, ist zwar ungleich populärer, jedoch gegenwärtig kaum empfehlenswert.

Verbreiteter ist jedoch die Auffassung, daß Cárdenas ein wirklicher Oppositioneller ist. Es wird davon ausgegangen, daß die Regierung von Salinas genügend Anlaß zum Protest geben wird, was die Einheit und Entwicklung der Oppositionsbewegung begünstigt. Diesem Gedanken schließt sich die Hoffnung an, daß die Opposition über regionale Wahlerfolge während des kommenden Sexeniums derart an Einfluß gewinnt, daß die autoritären PRI-Strukturen sozusagen von unten aufgelöst werden. Oder aber, daß die Vielfalt der Oppositionsparteien den Beginn einer Demokratie nach europäischem Vorbild darstellt. Vieles weist darauf hin, daß die Opposition gestärkt aus dem kommenden Sexenium hervorgehen wird und auf der Basis der neuen Partei (PRD) in der Lage wäre, die nächsten Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Ein möglicher (anderer) Anwärter zum ersten Nicht-PRI-Präsidenten ist Porfirio Muñoz Ledo (FDN), neben Ifigenia Martinez (FDN) einer der beiden SenatorInnen im Distrito Federal (Hauptstadtstaat). Im Gegensatz zu Cárdenas ist er ein international erfahrener Politiker und hat nun ein sehr pressewirksames Amt inne. Darauf weisen bereits seine lautstarken sowie zahlreich kommentierten Unterbrechungen bei der VI. Regierungserklärung De la Madrids am 1. September 1988 hin. Zum ersten Mal seit 1928 (Calles) wird eine der jährlichen Regierungserklärungen von mehreren Oppositionellen durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen. Dies zeigt gleichzeitig die Stärke der Opposition in Mexiko 1988 und deren Entschlossenheit, die PRI-Diktatur zu beenden und ein demokratisches System einzuführen.

Eines steht nach der endgültigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses (PRI: 261 Sitze; Opposition: 239 Sitze) und des Senats (PRI: 60 Sitze; Opposition: 4 Sitze), sowie nach der letzten Regierungserklärung fest: Der Wahlbetrug ist legitimiert und Carlos Salinas wird am 1. Dezember die Präsidentschaft antreten. Ihm steht eine anstrengende Regierungsperiode bevor, da die notwendige Machtbasis nicht existiert und er auf Verhandlungen mit der Opposition angewiesen ist, will er seine Macht nicht ausschließlich auf Repression stützen.

Andererseits wird Salinas als Repräsentant einflußreicher wenn auch nicht traditioneller Sektoren sein technokratisches Konzept durchsetzen. Er hat beizeiten den Schwerpunkt ökonomischer Entwicklung auf das Pazifische Becken ausgerichtet. Die Strategie heißt Modernisierung. In der Maquiladoraindustrie[14] im Norden Mexikos sind bereits steigende japanische Investitionen zu beobachten. Auch die Arbeitsverhältnisse werden nach japanischem Muster



ausgerichtet. Zudem hat Salinas zur Zeit als einziger ein konkretes wirtschaftspolitisches Programm vorzuweisen, was ihn momentan aus ökonomischer und nicht zuletzt US-amerikanischer Sicht zum einzigen tragbaren Präsidenten macht — kein Salinas, keine Investitionen! Ausländische InvestorInnen haben bereits angekündigt, daß bis zum 1. Dezember dieses Jahres, dem Amtsantritt des neuen Präsidenten, die Investitionen ruhen werden.

Antje Wiener

Anmerkungen:

1 Sämtliche Abkürzungen werden im Anhang erläutert.
2 Der PRI-Kandidat Carlos Salinas de Gortari erhielt 50,4%, der Kandidat der Corriente Democrática, Cuauhtémoc Cárdenas, erhielt 31,1% und der Kandidat der konservativen PAN, Manuel Clouther, erhielt 17,1% der abgegebenen Stimmen.
3 Aus dem Spektrum linker Parteien und Organisationen der Volksbewegung hat lediglich die trotzkistische PRT ihre Präsidentschaftskandidatin Rosario Ibarra de Piedra nicht zugunsten Cárdenas' zurückgezogen. Dennoch wurde Cárdenas in seiner Kampagne gegen den Wahlbetrug auch von der PRT solidarisch unterstützt.
4 Dies ist eine bewährte Taktik der PRI: Die oppositionellen Gruppen werden entweder korrumpiert oder ausgelöscht.
5 Wie der folgende Text zeigen wird, war das zentrale Argument der PRI-Politik bisher der revolutionäre Anspruch der Partei als Fortführerin der Revolution von 1910 („Erben der Revolution"). Die politische Realität hat jedoch gezeigt, daß die Bevölkerung, deren Vorfahren in der Revolution gekämpft hatten, von diesem „Erbe" offensichtlich ausgeschlossen blieb, daher die Verwendung des Begriffs „rechtmäßige ErbInnen".
6 Vater von Cuauhtémoc Cárdena's
7 jefe máximo: oberster Chef
8 Die ideologische Grundlage des Parteiprojektes enthält Elemente des italienischen Faschismus u. des sowjetischen Kommunismus (vgl. Garrido 1982: FZ).
9 Nach Diskussion haben wir uns entschieden, grundsätzlich männliche und weibliche Form zu verwenden, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, daß Personen beider Geschlechter betroffen sind.
10 1968 wird jedoch u.a. durch die StudentInnenrevolten, die während der Olympiade mit dem Massaker von Tlatelolco vom Staat blutig unterdrückt wurden, eine beginnende politische Destabilisierung deutlich.
11 Parallelmärkte sichern die Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft. Hier werden politische Konzessionen für wirtschaftliche Transaktionen gehandelt. Ohne diese Zwischenverhandlungen laufen keine Geschäfte. Derartige Mechanismen sind übrigens nicht nur im Unternehmensbereich, sondern vom gewerkschaftlichen über den juristischen bis hin zum sozialen Bereich die Basis einer erfolgreichen Transaktion.
12 Zu der Gruppe zählen vor allem binnenmarktorientierte Unternehmen, die sich in der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung konsolidieren konnten.
13 In den größeren Werken der Autoindustrie (General Motors, Ford, Chrysler) operieren bereits Qualitätszirkel (flexible Kleingruppen, die den Betriebsablauf in Hinblick auf Gewinnmaximierung diskutieren).
14 Maquiladores = Lohnveredelungsbetriebe

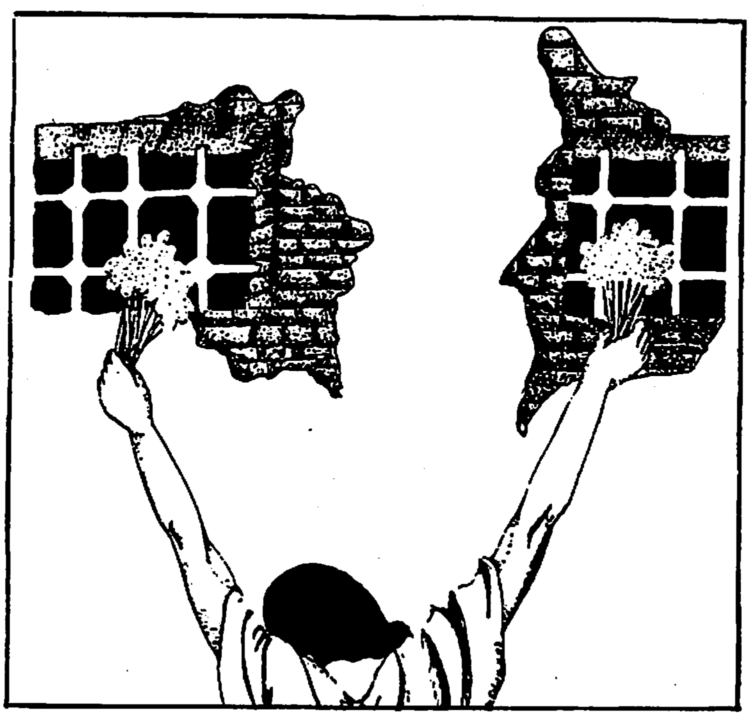
Bibliographie:

Basáñez, Miguel: La lucha por la hegemonia en México, 1968-1980. México 1981, siglo XXI
Garrido, Luis Javier: El partido de la revolución institucionalizada. México 1982, siglo XXI
Lehr, Volker; Nohlen, Dieter: Mexico, in: Handbuch der Dritten Welt, No. 3, Hamburg 1982: 119-151
Lerner, Victoria: El plan sexenal de diciembre de 1933, in: Estudios Politicos, Vol. 6, No. 1/2, México 1987: 14-26
Lomnitz, Larissa: Horizontal and vertical relations and the social structure of urban Mexico, in: Latin American research Review Vol. 17, No. 2, 1982: 51-74
Rojas, Raúl: Fünf Jahre Verschuldungskrise, in: Altvater et al.: Die Armut der Nationen, Berlin 1987: 204-219
Scheffler, Gerhard: Die kleinen politischen Parteien Mexikos, in: Verfassung und Recht in Übersee, Vol. 14, Baden-Baden 1981: 429-441
Tirado, Ricardo: Los empresarios y la derecha en México, in: Revista Mexicana de Sociologia, No. 1, México 1985: 105-124

Interview mit José Casar (ILET) vom 11.10.1988, Mexico-Stadt

Zeitungen und Zeitschriften:

El Cotidiano, August 1988
Nueva Patria, April 1988
verschiedene Ausgaben 1988:
La Jornada, Excelsior, Proceso, Nexos



Gezeichnet von den PKK-Kriegsgefangenen und gewidmet an die Freiheitskämpfer des kurdischen Volkes.

Zwischen allen Fronten

Zur aktuellen Lage in Kurdistan

Seit dem 20. August 1988 halten die Kriegsparteien im irakisch-iranischen Krieg einen Waffenstillstand ein. Einer der schrecklichsten Kriege der Gegenwart hat damit ein vorläufiges Ende gefunden. Zugleich begann im Irak und Iran mit dem Waffenstillstand jedoch die Suche nach Sündenböcken, da beide Länder wesentliche Kriegsziele nicht erreicht haben. In Iran setzte eine neue Hinrichtungswelle ein, während Irak einen Rachefeldzug gegen die irakischen Kurden startete. Ungefähr 60000 irakische Kurden flohen seitdem in die Türkei, eine kleinere Zahl auch in den Iran. Die Flüchtlinge berichteten von massiven Giftgaseinsätzen der irakischen Streitkräfte gegen kurdische Gebiete. Irak selbst dementiert jeden Einsatz von Giftgas. Die folgende Darstellung behandelt die Hintergründe der irakischen Kurdenverfolgung und die türkische Politik gegenüber den kurdischen Flüchtlingen.

Giftgas als Waffe

Die ersten nachgewiesenen Einsätze von Giftgas durch Irak im Golfkrieg fanden in den Jahren 1984 und 1985 statt, also vier Jahre nach Beginn des Golfkrieges. Zu jenem Zeitpunkt verfügte Irak offenkundig bereits über umfangreiche Produktionsmöglichkeiten für chemische Waffen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß dies nur möglich war dank technologischer Unterstützung durch bundesrepublikanische Firmen. Selbst eine zweifelsohne konservative Zeitschrift wie die ,Europäische Wehrkunde' sieht sich diesbezüglich zu der Feststellung genötigt: „Westliche Nachrichtendienste gehen davon aus, daß die irakische Giftgasproduktion in den chemischen Fabriken von Samarrah angesiedelt ist. Dort werden wohl auch aus westdeutscher Produktion stammende Pflanzenschutzmittel ,veredelt'.[1] Die irakische Giftgaspalette umfaßt dabei mehrere Substanzen, die von der militärischen Führung des Irak differenziert eingesetzt werden. Nachgewiesenermaßen verfügt Irak über Senfgas, Mycotoxine und Tabun, chemische Kampfstoffe, die in ihrer schrecklichen Wirkung mehrheitlich bereits aus dem Ersten Weltkrieg bekannt sind. Militärtaktisch ist dabei von Bedeutung, daß die verschiedenen Giftgase teilweise ein Gebiet langfristig verseuchen, andere chemische Kampfstoffe jedoch ihre Wirkung nach kurzer Zeit verlieren. Der Militärkorrespondent des ,Corriere della Sera' beschrieb dementsprechend die irakische Taktik des Giftgaseinsatzes: „Zwölf Stunden lang werde auf 30 Kilometer Breite und 20 Kilometer Tiefe Senfgas abgeworfen. Nur in der Mitte dieses Streifens wird Nervengas eingesetzt. Die iranischen Soldaten flüchteten zu den Seiten hin, wenn sie nicht kampfunfähig wurden, und hinterließen in der Mitte einen Korridor. Nach etwa fünf Stunden - wenn die Wirkung des Nervengases verflogen ist - können die irakischen Panzer durch den Korridor in der Mitte durchstoßen."[2] Derartige Berichte verdeutlichen, daß der Irak im Golfkrieg den Einsatz chemischer Waffen nicht nur immer häufiger anwandte, sondern auch ein perfektes System des optimalen Giftgaseinsatzes entwickelt hat. Dies versetzte ihn in die Lage, im Frühjahr 1988 gezielt und bewußt ein Giftgasmassaker gegenüber kurdischen Zivilisten in Halabscha durchzuführen, bei dem ungefähr 5000 Menschen ums Leben kamen. Die Berichte über den jüngsten Giftgaseinsatz gegenüber irakischen Kurden (bzw. die irakischen Dementis) sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Irakischer Zynismus

Irak hat mittlerweile den Einsatz von Giftgas im Golfkrieg vorsichtig eingeräumt. Giftgaseinsätze gegen Kurden nach dem Waffenstillstand werden jedoch dementiert. Der irakische Premierminister Tareq Aziz bedient sich hierbei einer Verschwörungstheorie, in der Iran, die irakischen Kurden und Israel, das in den USA über eine bedeutsame Lobby verfügt, für die Flucht von Kurden aus Irak verantwortlich gemacht werden: „Bei dem Versuch, ihren Verrat und politischen Bankrott zu vertuschen, flohen sie aus dem Land und zwangen eine Anzahl von Zivilisten mitzugehen, um Aufregung zu verursachen und ihre hoffnungslose Situation nicht sichtbar werden zu lassen. Die zionistischen Kreise haben dieses schamlose Szenario inszeniert, um ihre heimtückische und feindselige Kampagne gegen den Irak vom Stapel zu lassen."[3] Gleichzeitig weigert sich der Irak, eine UN-Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe in das Land zu lassen. Die Begründung, die der irakische Verteidigungsminister, General Adnan Khairallah dafür angibt, ist ein Musterbeispiel an Zynismus: „Die Kurden sind Iraker und dies ist eine interne Angelegenheit. Was sollte die Rolle der UN in diesem Fall sein? Ich werde mit einem bestimmten Teil meiner Bevölkerung in der Weise umgehen, wie ich möchte."[4]

Gegen die irakische Darstellung stehen

nicht nur die zahlreichen Aussagen irakischer Kurden in türkischen Flüchtlingslagern, sondern auch der Bericht eines US-amerikanischen Ärzteteams, das in den Flüchtlingslagern bei Diyarbakir und Mardin einen medizinischen Bericht erstellte. Dieser Bericht stellt fest: „Die hauptsächliche Schlußfolgerung ist das erdrückende Beweismaterial, daß chemische Waffen benutzt wurden."[5]

Bagdads Kurdenpolitik

Der Einsatz chemischer Waffen gegen irakische Kurden ist nur der Höhepunkt in einer langen Tradition der Kurdenverfolgung in Irak. Zugleich jedoch erließ der irakische Revolutionsrat am 6. September ein Dekret, das allen Kurden, die innerhalb von 30 Tagen zurückkehren, eine Amnestie zusichert. Die irakische Führung setzt auch hierbei eine Tradition fort, die auf eine verstärkte Einbindung der irakischen Kurden in den Staat abzielt. Irakische Verlautbarungen unterscheiden deshalb stets zwischen den als Terroristen und zionistischen Verschwörern gebrandmarkten Führern kurdischer Befreiungsorganisationen (Barzani von der Demokratischen Partei Kurdistans, bzw. Talabani von der Patriotischen Union Kurdistans) einerseits und dem kurdischen Volk, das als kooperationsbereit dargestellt wird. Dementsprechend heißt es in dem Dekret vom 6. September: "Die irakisch-kurdische Bevölkerung kämpfte Seite an Seite mit der irakischen Armee gegen Barzani und seine Verräter, da sie sich ihrer Interessen bewußt war, die die Interessen des irakischen Volkes sind."[6] Diese Doppelstrategie hat jedoch Irak nie daran gehindert, im Bedarfsfall durch den Einsatz der Armee, Zwangsumsiedlungen und Verschleppung der Zivilbevölkerung für die erwünschte Ruhe in Kurdistan zu sorgen. Ein Sprecher der Demokratischen Partei Kurdistan erklärte dementsprechend, daß die Amnestie zu spät komme. „Wenn die irakischen Behörden es ernst damit meinten, sollten sie zuerst die Kurden freilassen, die sich in ihren Händen befänden, wie zum Beispiel die 8000 Zivilisten des Stammes Barzan, die 1983 aus Lagern bei Erbil wegtransportiert worden seien und über deren Verbleib bis heute nichts bekanntgeworden sei."[7]



Vor den Giftgasangriffen gibt es auch in Höhlen keinen Schutz.

Die Probleme des kurdischen Widerstandes

Die irakische Doppelstrategie stellte für den kurdischen Widerstand stets ein Problem dar. Ein kurzer Blick auf das kurdische Territorium verdeutlicht die Hintergründe: Abgesehen von kleinen kurdischen Gebieten in Nordsyrien und der Armenischen Sowjetrepublik ist Kurdistan auf Irak, Iran und die Türkei aufgeteilt. In jedem dieser Länder werden die Kurden als potentieller Unruheherd verfolgt. Zugleich ist Kurdistan von diesen Ländern so umschlossen, daß Lieferungen an Nahrungsmitteln, Waffen und anderen Gütern durch eines der drei Länder gehen müssen. Der kurdische Widerstandskampf gegen die jeweilige Zentralregierung hatte deshalb keine andere Wahl, als auf die Unterstützung eines Nachbarlandes zu rechnen. Dies war im irakischen Kurdistan vor 1975 der Fall, als der Schah die irakischen Kurden massiv unterstützte, um den Irak zu Zugeständnissen bezüglich des Grenzverlaufes im Schatt-el-Arab zu bewegen. Der Vertrag von Algier, den 1975 Irak und Iran abschlossen, brachte dem Iran die gewünschte Grenzkorrektur. Im Gegenzug stellte der Iran die Unterstützung an die irakischen Kurden ein; der kurdische Widerstand brach innerhalb weniger Tage unter dem Ansturm irakischer Truppen zusammen.

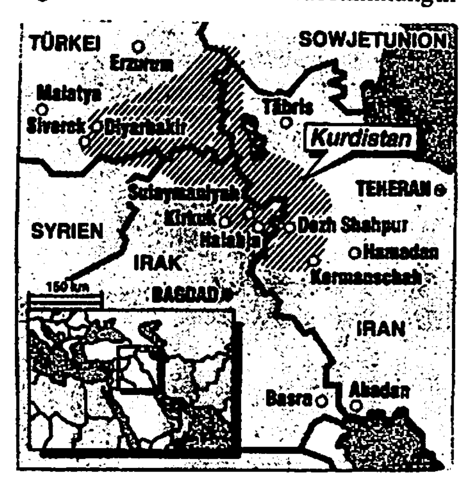
Ein analoges Bild ergab sich im Golfkrieg (vgl. dazu 'Blätter des iz3w, Nr. 134): Während Irak und Iran im eigenen Land jeweils eine Politik der Kurdenverfolgung betrieben, unterstützten sie zugleich die Kurden im gegnerischen Land. Insbesondere den irakischen Kurden ermöglichte diese Unterstützung die Errichtung von befreiten Gebieten. Zugleich jedoch geriet der kurdische Widerstand einmal mehr in massive Abhängigkeit von Außenmächten, denen an einer wirklichen Lösung der kurdischen Frage nicht gelegen war. Die taktische Unterstützung der irakischen Kurden durch Iran fand mit dem Waffenstillstand im Golfkrieg ihr Ende. Wie schon 1975 erfolgte ein irakischer Rachefeldzug gegen die kurdischen 'Vaterlandsverräter', diesmal jedoch nicht nur mit konventionellen Waffen, sondern durch einen gezielten Einsatz von Giftgasen.

Die Flüchtlinge in der Türkei

Auch die Türkei hat eine lange Tradition der Kurdenverfolgung. Selbst das Publizieren in kurdischer Sprache steht unter Strafe. Wenn mehrere zehntausend irakische Kurden dennoch in die Türkei geflohen sind, dann liegt der Grund dafür einzig in dem brutalen Vorgehen der irakischen Armee: „Alle sagen, in den vielen Kriegen, die sie in den letzten 30 Jahren erlebt hätten, sei etwas ähnliches noch nie vorgekommen. Diesmal hätten sie nicht mehr wie bei früheren Angriffen in den Dörfern bleiben oder in den Bergen Unterschlupf finden können, sondern hätten fliehen müssen."[8] Für die Türkei entstand damit ein schwieriges Problem, wie mit diesen Flüchtlingen umzugehen sei:

Auf der einen Seite gehört antikurdische Propaganda zum Medienalltag in der Türkei und die Türkei und Irak sind wirtschaftlich eng aneinander gebunden; 60 Prozent ihres Erdöls bezieht die Türkei aus Irak und exportiert im Gegenzug Waren für über eine Milliarde Dollar dorthin.

Auf der anderen Seite bemüht sich die Türkei um ihre Aufnahme in die EG und ist deshalb daran interessiert, sich international als ein Land darzustellen, in dem die Menschenrechte respektiert werden. Zugleich fand der irakische Rachefeldzug wenige Wochen vor einer Volksabstimmung in



der Türkei statt. Am 25. September sollte über vorgezogene Kommunalwahlen entschieden werden, doch machte Ministerpräsident Özal wie auch die Opposition deutlich, daß die Volksabstimmung auch ein politisches Stimmungsbarometer sei.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Türkei erhebliche Anstrengungen unternahm, die Flüchtlinge mit Nahrung und Notunterkünften zu versorgen. Das amerikanische Ärzte-Team (s.o.) kam deshalb in seinem Bericht auch zu der Feststellung, daß „die Bedingungen in den Lagern überraschend gut" seien.[9]

Doch dies betrifft nur die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderem täglichen Bedarf. Denn während internationale Journalistengruppen die Lager besuchen konnten, ist dies selbst in der Türkei lebenden Verwandten der Flüchtlinge untersagt. Umgekehrt dürfen die Flüchtlinge die Lager nicht verlassen; sie werden zwar mit Nahrungsmitteln versorgt, sind aber kaserniert.

Mit dieser unmenschlichen Behandlung zeichnet sich bereits ab, wie die Türkei längerfristig das Flüchtlingsproblem zu ‚lösen' gedenkt. Das türkische Außenministerium erklärte dazu: „Diese Menschen suchen vorübergehend Zuflucht wegen der Kampfhandlungen; sie suchen kein politisches Asyl. Sie bleiben in der Türkei für einige Zeit und gehen dann."[10] Auch Ministerpräsident Özal erklärte, er betrachte die irakischen Kurden nicht als Flüchtlinge, sondern als vorübergehend Zuflucht Suchende.[11] Die ‚Lösung' des Flüchtlingsproblems ist damit vorgezeichnet: Die Flüchtlinge werden solange kaserniert, bis sich eine günstige Gelegenheit ergibt, sie abzuschieben. Begonnen wurde bereits im Oktober damit: "...das ein iranischer Regierungssprecher erklärte, die Türkei fahre fort, Kurdan in den Iran zu schicken, obwohl Teheran vergangene Woche ersucht hatte, dies zu stoppen."[12]

Wieder einmal werden die Kurden damit zum Spielball im Dreiländereck Irak-Türkei-Iran. Als die ersten Meldungen über den irakischen Giftgaseinsatz bekannt wurden, sah sich zwar die USA genötigt, mit Wirtschaftssanktionen zu drohen, doch mit der Begründung, man wolle den Friedensprozeß in der Region nicht gefährden, versank die Sanktionsdrohung in der Schublade. Die Zeitschrift 'The Middle East' hat wohl recht, wenn sie schreibt: „Der Einsatz von chemischen Waffen war wohl Saddam Husseins einziger Fehler. Ohne diesen hätten die westlichen Mächte wenig Notiz von seinen Aktivitäten genommen und er hätte seine Rolle als stärkster Freund des Westens in der arabischen Welt verstärken können."[13] Es steht zu befürchten, daß auch dieser 'Fehler' rasch in Vergessenheit gerät. Wieder einmal sind die Kurden die Leidtragenden.

Rainer Werle

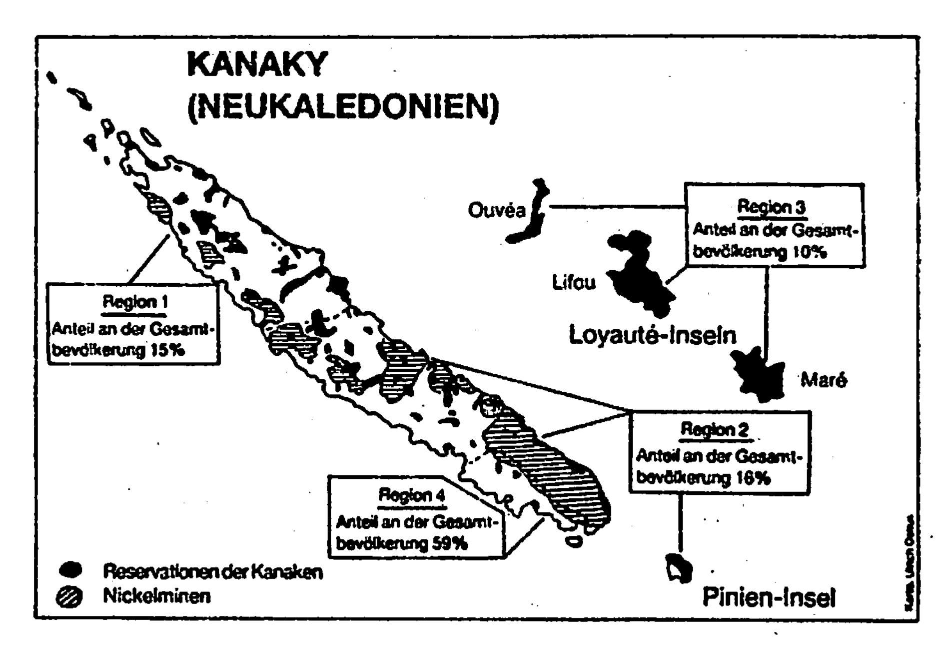
Literatur:
1. Europäische Wehrkunde, 9/88, S. 519
2. ebd.
3. Baghdad Observer, 11.9.88
4. The Middle East, October 1988, S. 16
5. The Guardian, 17.10.88
6. Baghdad Observer, 7.9.88
7. Neue Zürcher Zeitung, 11./12.9.88
8. ebd.
9. The Guardian, 17.10.88
10. Turkish Daily News, 17.8.88
11. Turkish Daily News, 2.9.88
12. The Guardian, 17.10.88
13. The Middle East, October 1988, S. 16

Ist Kanaky näher gerückt?

Die Mehrheit stimmte beim Referendum für das Autonomie-Statut

Die Wahlabstinenz der Franzosen im Mutterland und die Nein-Stimmen der neukaledonischen Gaullisten kennzeichnen das Referendum in den gesamten französischen Territorien vom 6. November. Nur 37% haben abgestimmt, doch die zu 80 Prozent mit Ja. In Neu-Kaledonien konnten sich die Kanaken mit 57 Prozent Ja-Stimmen bei 43 Prozent Nein-Stimmen gegen die Caldoches, die französischen Siedler durchsetzen. Die Mehrzahl der Caldoches hatte gegen ein Autonomiestatut votiert, das von ihrem Führer der RPCR (den neukaledonischen Gaullisten) Jacques Lafleur ausgehandelt wurde.

Folgt mensch der französischen Presse, so sind innenpolitische Gründe für diese Wahlabstinenz verantwortlich. Bei der Volksabstimmung über den Autonomiestatus Neu-Kaledoniens sei es in erster Linie um die Legitimation des Premierministers Michel Rocard gegangen. In der gaullistischen Tradition hat das Referendum zwei Funktionen: Das Volk ist aufgerufen, außerhalb des normalen turnusmäßigen repräsentativen Rahmens einen „gordischen Knoten“ zu lösen und die Legitimation des Präsidenten zu verifizieren. Da die rechtsgerichteten Regierungen in Frankreich bei Amtsantritt schon beschlossene Unabhängigkeitserklärungen wieder zu Fall gebracht hatten, wollte Premier Rocard über ein Referendum in ganz Frankreich sicherstellen, daß das nun 15. Statut unwiderruflich Gültigkeit hat. So wird die geringe Wahlbeteiligung in Frankreich eher als Mißerfolg für Michel Rocard gewertet und weniger als Desinteresse für die kanakische Bevölkerung verstanden.



Im Juni dieses Jahres lobte Pons, der Fraktionssprecher der Gaullisten, den Premierminister dafür, daß er den FLNKS und den RPCR an einem Tisch zusammenbringen konnte, und sie sogar ein gemeinsames Abkommen beschlossen haben. Dieses Abkommen von Matignon wurde erst in zweiter Version im August in Paris unterzeichnet.

Für Jacques Lafleur bedeutet die mehrheitliche Ablehnung des Referendums durch die Caldoches eine Niederlage. Ob er auch in Zukunft der Sprecher der RPCR bleiben wird, ist fraglich. Sein Nachfolger wird sicherlich zu den Gegnern des Rocard-Statuts gehören, weshalb weitere Übergriffe der Caldoches auf die Kanaken zu erwarten sind. Jean-Marie Tjibaou hofft, daß die Zeit bis zur Unabhängigkeit für die Kanaken spricht, schon alleine aus demographischen Gründen. Bei aller Kritik, die der FLNKS am Rocard-Statut übten, begrüßte er das Ergebnis der Abstimmung.

Das Rocard-Statut*

Die wichtigsten Merkmale des Abkommens, an dem der FLNKS und die RPCR beteiligt waren, umfassen die direkte Verwaltung des Territoriums durch den französischen Staat, die Organisation eines Referendums zur Selbstbestimmung in Neu-Kaledonien 1988. Es legt die Aufteilung Neu-Kaledoniens in drei Regionen (Süden, Norden und in die Loyauté-Inseln) fest.

1998 werden die Bewohner wahlberechtigt sein, die in den Wahllisten eingetragen sind und seit dem Referendum vom 6.11.88 ununterbrochen in Neu-Kaledonien wohnten, außerdem die Personen, die 18 Jahre alt sind und auf dem Territorium geboren wurden bzw. von denen mindestens ein Elternteil dort geboren ist. Die Wahllisten werden bis 1998 dreimal überprüft, um einen Betrug zu verhindern. Darüber hinaus können sich viertausend Kanaken für das Referendum im November diesen Jahres in die Listen einschreiben oder wiedereinschreiben. Dies betrifft Kanaken, die nie eingeschrieben waren oder ihre bürgerlichen Rechte verloren hatten.

Während der kommenden zehn Jahre verpflichtet sich der französische Staat, sowohl in Frankreich als auch in Neu-Kaledonien Beamte auszubilden.

In den Texten des Abkommens ist nie die Rede vom Status der französischen Beamten, die in Neu-Kaledonien ihren Dienst tun. Sie erhalten Vergünstigungen, die man früher als Kolonialprämien bezeichnete: sechs Monatsgehälter bei Antritt des Dienstes; und wenn sie nach drei Jahren ihren Urlaub in Frankreich verbringen, erhalten sie eine zweite Prämie in derselben Höhe. Ausschließlich finanzielle Gründe bewegen jene Beamten, in diesen Übersee-Territorien zu bleiben. Die FLNKS hatte erfolglos gefordert, diese Prämien abzuschaffen.

Dasselbe gilt für die Militärs. Es gibt zur Zeit in Neu-Kaledonien fünfzehnhundert pensionierte Militärs, die über ihre normale Rente hinaus einen 60prozentigen Bo-

nus erhalten. Auch dieser Personenkreis darf abstimmen.

Der FLNKS erreichte, daß in der endgültigen Version des Statuts der Begriff „Dekolonisierung" benutzt wird. Außerdem wird das Abkommen präzisiert: „Die melanesische Gemeinschaft, ursprüngliche Bewohner des neukaledonischen Territoriums und erstes Opfer des aus der Kolonisierung hervorgegangenen Ungleichgewicht, soll die Hauptnutzerin der Maßnahmen sein, die ins Werk gesetzt werden, um dem Territorium eine größere Kohäsion zu verleihen und ihm zu ermöglichen, ein besseres geographisches und wirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen. Die melanesische Gemeinschaft hat ein Recht darauf, ihre besonderen Anrechte hinsichtlich des Grundbesitzes geltend zu machen und ihrer kulturellen Identität zu voller Anerkennung zu verhelfen."

Die Zukunft der melanesischen Gemeinschaft

Die „Assemblée coutumière" (Brauchtumsversammlung), die im Rocard-Abkommen vorgesehen ist, wird nur ein beratendes Organ sein. Die Entscheidungsinstanzen werden vom RPCR dominiert. Das Abkommen vom August stärkt den RPCR im Territorial-Kongreß. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Region Süd, dominiert vom RPCR, 26 und die Regionen Nord und die Inseln gemeinsam über 22 Sitze verfügen. Jetzt sind im August-Abkommen für den Süden 32, für die Inseln 7 und für den Norden 15 Sitze festgelegt. Das Kräfteverhältnis hat sich zugunsten der RPCR gegen die Kanaken verschoben.

Wirtschaftlich gibt es ein großes Ungleichgewicht zwischen den Regionen. Der inneren Logik des Abkommens zufolge, zielt das Rocard-Projekt darauf, daß der Norden und die Layouté-Inseln ihren Entwicklungsrückstand gegenüber der Region Süd aufholen sollen. In der Tat werden die Wähler in zehn Jahen darüber urteilen, ob Kanaken oder Caldoches eher in der Lage sind, eine dem westlichen Modell entsprechende Lebensform anzubieten. Auch greift der französische Staat einseitig in die-

---

Chronik der Referenden

1983 Zur Vorbereitung eines neuen Autonomiestatus lädt der damalige französische zuständige Minister alle neukaledonischen politischen Kräfte zu einem Rundgespräch ein. Das von der sozialistischen Regierung daraufhin beschlossene Lemoin - Statut räumte dem kanakischen Volk nur einen geringen Einfluß auf die Verwaltung ihres Landes ein und verschiebt die Unabhängigkeit auf frühestens 1989.

1985 Nach blutigen Auseinandersetzungen in Neu-Kaledonien schlägt der französische Abgeordnete Pisani eine eingeschränkte, mit Frankreich assoziierte Unabhängigkeit vor: „Neu-Kaledonien" regle seine inneren Angelegenheiten selbst; wichtige Bereiche, vor allem die Außenpolitik, Verteidigung und innere Sicherheit behält sich der französische Staat vor.
Während die Kanaken die volle Unabhängigkeit wollen, ist für die französischen Siedler, die Caldoches, bereits das Wort „Unabhängigkeit" im Statut unakzeptabel. Die sozialistische Regierung beschließt daraufhin im Sommer einen modifizierten Vorschlag, das Statut Fabius-Pisani. Dies teilt Kanaky in vier Regionen mit weitgehenden Selbstverwaltungsrechten auf. Drei dieser Regionen, mehrheitlich von Kanaken bewohnt, sind arm, während die vierte Region, vorwiegend von Caldoches besiedelt, mit der Hauptstadt Nouméa das industrielle Zentrum des Landes darstellt. Bei den Regionalwahlen im September beteiligen sich kanakische Organisationen und die "Front de Libération Nationale Kanak Socialiste" (FLNKS) und gewinnt als stärkste der kanakischen Parteien in den drei mehrheitlich von den Kanaken bewohnten Regionen die Mehrheit.

1986 Am 2. Dezember beschließt die UNO-Vollversammlung die Wiederaufnahme Neu-Kaledoniens in die Liste der zu entkolonisierenden Länder und Völker.
Nach dem Sieg der Rechten bei den französischen Wahlen zur Nationalversammlung werden die Selbstverwaltungsrechte der Kanaken wieder beschränkt und die zugesagten Finanzmittel nicht ausgezahlt.

1987 Die französische Regierung führt in Neu-Kaledonien im September ein Referendum zur Unabhängigkeit durch. Ca. 83% der Kanaken boykottierten das nicht UNO-Prinzipien entsprechende Referendum. Dieses Referendum-Projekt ging auf einen Vorschlag von. B. Pons, Minister für die Überseeischen Departments und Territorien (DOM/TOM), zurück.

1988 Im Januar tritt das neue Pons-Statut in Kraft, das den weißen Neu-Kaledoniern eine Reihe von Privilegien sichert.

1988 Der FLNKS beschließt, die für den 24. April festgesetzten Neuwahlen zu den neueingerichteten territorialen Institutionen zu boykottieren.

1988 Nach der Wiederwahl von Mitterand (8. Mai) wird am 26. Juni das Pons-Statut außer Kraft gesetzt. Es wird die Erarbeitung eines neuen Autonomie-Statutes geplant. Der neue französische Premierminister Michel Rocard verhandelt direkt mit dem Führer der FNLKS Marie Tjibaou und dem Millionär Jacques Lafleur, Führer der neukaledonischen Gaullisten, von der sich die meisten weißen Siedler vertreten sehen. Rocard sonnt sich in seinem Erfolg, als Tjibaou und Lafleur sich vor laufender Kamera die Hände schüttelten. Die erste Version des 15. Statut, dem Rocard-Statut, wird von der FLNKS abgelehnt und ein verändertes im August akzeptiert, das ein Referendum vorsieht, in dem das französische Volk – nicht nur die Kanaken und Caldoches über die Zukunft Neu-Kaledoniens abstimmen sollten.

1988 Bei der Volksabstimmung am 6. November wird das Rocard-Statut mit 80% Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 34% angenommen.

Zusammengestellt nach: Von „Neu Kaledonien zu Kanaky"? Broschüre der Regenbogenfraktion im Europaparlament 1988





sen Wettlauf ein. Laut Abkommen verteilen sich die finanziellen Zuwendungen für die Verwaltung zur Hälfte auf die Region Süd und zur Hälfte auf den Norden und die Inseln. Finanzielle Unterstützung für Ausrüstung und große Projekte gehen zu 40 Prozent an den Süden und zu 60 Prozent an die beiden anderen Regionen.

Die politischen Gefangenen

Der FLNKS erreichte, daß das August-Ab kommen das Problem der politischen Gefangenen erwähnt. In der endgültigen Formulierung heißt es: „Alle vor dem 20. August 1988 aus Anlaß von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ereignissen, die im Zusammenhang mit der Festlegung eines Statutes für Neu-Kaledonien oder dem Recht des Landbesitzes stehen, begangenen Vergehen werden amnestiert." Ausgenommen davon sind Personen, die „durch ihr direktes oder persönliches Handeln Mord im Sinne des Art. 296 des Strafgesetzbuches begangen haben." (Es handelt sich dabei um vorsätzliche Tötung aus dem Hinterhalt). Die Personen, die nicht amnestiert werden, sind bis zu ihrem Prozeß freizulassen. Dies betrifft vor allem die Angeklagten von Ouvéa (26 waren in Pariser Knästen eingesperrt), die damit weiterhin der Strafverfolgung ausgesetzt sind. Dasselbe gilt für das „Camp est" in Nouméa.

Das Mutterland und das Referendum

Die Linke ist in diesem Falle in Übereinstimmung mit sich selbst. Die Philosophie des Rocard-Abkommens ist identisch mit dem von Pisani (siehe Kasten) entwickelten. Der französische Staat gebärdet sich als Schiedsrichter zwischen den beiden wichtigsten Bevölkerungsgruppen, ohne einen Unterschied zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten zu machen. Die in den Grundsatzpositionen anerkannte koloniale Realität wird, wenn es um konkrete Maßnahmen geht, geleugnet, z.B. bei der Zusammensetzung des Wahlkörpers, oder wenn als Ziel formuliert wird, auf dem Territorium soll „Gleichgewicht" hergestellt werden. Und nicht zu vergessen, daß es der Regierung darum geht, die Interessen Frankreichs im Südpazifik zu wahren. Deswegen ist auch klar, daß sie das westliche Entwicklungsmodell anstreben. Was wird am Ende aus der kanakischen Identität geworden sein, wenn sich der Entwicklungsprozeß ohne größere Zwischenfälle fortsetzt? Werden wir nicht Zeuge ihres Verschwindens werden, wie es der Pons-Plan auf brutale Weise vorsah? Wird die Unabhängigkeitsbewegung noch existieren? Wir haben gesehen, daß der französische Staat sich verpflichtet, eine Anzahl Führungskräfte auszubilden. Welche politischen und sozialen Rollen werden sie spielen, wenn die Kanaken unabhängig werden? Wird hier nicht eine neue soziale Klasse geboren, deren Interessen an Entstehung und Erhalt einer neokolonialen Wirklichkeit gebunden sind? Warum soll die Bevölkerung Neu-Kaledoniens zehn Jahre warten, um über ihre Unabhängigkeit zu entscheiden? Der französische Staat will während der Zeitspanne, in der noch Atomtests auf dem Moruroa-Atoll geplant sind, französische Truppen im Südpazifik stationiert lassen. In zehn Jahren wird das Atoll nicht mehr benutzbar sein, und es ist vorgesehen, dann ein neues Testzentrum auf den Kerguelen-Inseln im Indischen Ozean zu schaffen.

Der FLNKS hat vor allem aus zwei Gründen das Abkommen akzeptiert. Der Druck der Regierung war sehr stark und der FLNKS hatte angesichts der Kräfteverhältnisse vor Ort keine andere Wahl. Laut Vertretung des FLNKS in Frankreich ist die Armee im Busch weiterhin jederzeit interventionsbereit. Gewisse Führungskräfte des FLNKS sehen eine neokoloniale Lösung nicht ganz ungern. Die Tatsache, daß der FLNKS nie in der Lage war, ein Modell für eine zukünftige kanakische Gesellschaft zu entwickeln, versetzt ihn bei Verhandlungen in eine Position der Schwäche. Außerdem erliegt der FLNKS einem großen Fehler in der Analyse, wenn er die jetzige Situation mit der in Algerien und dem damals stattgefundenen Referendum, mit dem der Evian-Vertrag besiegelt werden sollte, vergleicht. Der französische Staat war damals nicht in der Situation eines Schiedsrichters zwischen der damaligen FLN und den Kolonisatoren, sondern mußte direkt mit den Unabhängigkeitskämpfern verhandeln. Das Kräfteverhältnis war sowohl in Frankreich als auch in Algerien für die FLN günstig. Dies ist für Kanaky nicht gegeben. Die Kanaken werden kaum außerhalb „der französischen Institutionen" (Rocard) eine Unabhängigkeit erreichen können.

Nun geht es darum, den Abzug der französischen Truppen aus dem Südpazifik zu fordern und das Problem der faschistischen Miliz anzusprechen, denn der neukaledonische "Front National" hat klar gesagt, daß er zu Taten schreiten wird.

* **Der folgende Text beruht auf einer Zusammenfassung eines Beitrages in der Zeitschrift „Courant Alternatif" vom 14.9.88, übersetzt von Dorothee Piermont.**

DEPENDENZTHEORIE AM ENDE?

Vorwort

Seit Beginn der 80er Jahre wird innerhalb der Entwicklungsländerforschung eine recht lebendige Diskussion um den Erklärungswert der großen Entwicklungstheorien, Dependenztheorie und Modernisierungstheorie geführt. Die Modernisierungstheorie, die lange Zeit als das schwarze Schaf der Entwicklungstheorien galt, ist heute aus der Sicht der sich als kritisch verstehenden Dritte Welt Forschung wieder diskussionswürdig; ehemalige Dependenztheoretiker wie Senghaas haben sich sogar stark auf sie zubewegt. Auf der anderen Seite befinden sich die Dependenztheorien in einem stark angeschlagenen Zustand; einige Kritiker erklären sie sogar für gescheitert.

Wir meinen, daß diese Diskussion um die großen Entwicklungstheorien nicht kleinen Zirkeln von Wissenschaftlern überlassen bleiben darf. Sie muß von der Dritte-Welt Solidaritätsbewegung aus den Universitäten herausgeholt werden — auch wenn die Sprache der Wissenschaftler dem gelegentlich entgegensteht. Pflegt die Bewegung nämlich weiterhin ihre Abstinenz in Sachen Theoriediskussion auch in diesem Bereich, wird sie bald nichts mehr zu sagen haben. Sie wird sich dann im bunten Einerlei der gegenwärtigen Politszene verlieren.

Mann kann darüber spekulieren, ob derzeit eine neue Bewegung bereits im Entstehen ist, die der eingeschlafenen theoretischen Diskussion wieder Leben einhauchen und zu einer theoretisch geleiteten, reflektierten Politik finden könnte. Gemeint ist jener "neue Internationalismus", den manche Beobachter der IWF-Weltbankkampagne im September bereits zu erblicken glaubten.

Wir hoffen, daß sich in dieser Richtung mehr tut und wollen mit unserem Heft einen eigenen, vielleicht bescheidenen Beitrag dazu leisten.

Den Akzent legen wir auf jene Globaltheorien, die unter dem Oberbegriff Dependenztheorien zusammengefaßt sind. Mit der einen oder anderen Version von Dependenztheorie nämlich wurde in den 70er Jahren der Angriff gegen die bis dahin vorherrschenden Modernisierungstheorien geführt.

Von der Linken hierzulande als ein den Modernisierungstheorien diametral entgegengesetztes Konzept verstanden, wurde die Dependenztheorie (ihre Standardversion) recht unkritisch rezipiert. Nicht nur die Frage nach dem ihr zugrundeliegenden Entwicklungsbegriff blieb weitgehend ausgeklammert, ihr ahistorischer Modellcharakter, den sie mit der Modernisierungstheorie teilt, wurde nicht als Problem wahrgenommen. Die Rezeption der Dependenztheorie in Westeuropa ist eines der Themen von Hurtiennes Artikel. Ihm zufolge hat die westeuropäische Linke von Anbeginn an aufs falsche Pferd gesetzt, nämlich auf die von A.G. Frank, Senghaas, Amin usw. vertretene ahistorisch-funktionalistische Standardversion, die in der BRD als dieDependenztheorie gehandelt wurde. Der von den Lateinamerikanern Cardoso und Faletto vertretene konkrethistorische Ansatz wurde nicht zur Kenntnis genommen, die von diesen Autoren schon Anfang der 70er Jahre gegen die Standardversion erhobene Kritik blieb ungehört.

Immerhin konsequent haben sich viele ehemals eifrige Verfechter der Standardversion enttäuscht von ihr abgewendet, seitdem deutlich wurde, daß sich die gesellschaftliche Realität vieler Dritte Welt Länder nicht in das ahistorisch-abstrakte Modell des peripheren Kapitalismus pressen läßt. Statt sich nun der Forderung Cardosos/Falettos nach konkreten, theoretisch geleiteten Abhängigkeitsanalysen anzuschließen, haben sie vorschnell **die Dependenztheorie** für tot erklärt.

Konkrete Abhängigkeitsanalysen, wie sie auch Hurtienne in seinem Artikel fordert, lassen sich sehr wohl in Einklag bringen mit dem Ansatz von Messner, den er in dem hier abgedruckten Aufsatz entwickelt.

Messner plädiert für ein Abrücken von jeder Version eindimensionaler Betrachtung. Sowohl bei den Dependenz- und Modernisierungstheoretikern, aber auch bei den von ihm „entwicklungstheoretische Konvertiten" genannten ehemaligen Dependenztheoretikern wie Senghaas erblickt er ein solches Vorgehen: Senghaas etwa, der früher ausschließlich externe Faktoren für die strukturelle Deformation der peripheren Ökonomien verantwortlich gemacht hat, hat seit „Von Europa lernen" (1982) seinen Blick den länderinternen Entwicklungshemmnissen oder -faktoren zugkehrt und dabei das Weltmarktgeschehen aus dem Auge verloren.

Messner zufolge müssen nicht nur externe und interne Faktoren gleichermaßen in die Analyse einbezogen werden. Die Gesamtanalyse muß sich auch den Veränderungen in der Zeit stellen. Die Aussagen vieler Dependenztheoretiker kranken allein schon daran, daß sie den Veränderungen innerhalb des zentralen Kapitalismus keine Aufmerksamkeit geschenkt haben: Daß dieser sich seit den Krisentendenzen der 70er Jahre auf dem besten Wege in Richtung „struktureller Heterogenität" befindet und längst nicht mehr die Masse der Bevölkerung an seinem „produktiven Geschehen" teilhaben läßt (Stichwort Zweidrittelgesellschaft).

Die Analyse der Weltökonomie, so lassen sich die Gedanken von Messner fortführen, darf sich nicht mehr leiten lassen von dem dichotomischen Modell der Theorie des peripheren Kapitalismus, sondern von einer auf Stand gebrachten Imperialismustheorie, die die Entwicklungen des gesamten Kapitalismus ins Blickfeld nimmt.

Die Renaissance der Modernisierungstheorie

Die klassische Modernisierungstheorie der sechziger Jahre

Die klassische Modernisierungstheorie, die von Anfang an als „Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie" (Rostow) konzipiert wurde, entstand in der Zeit der Dekolonisierung der Peripherie nach dem zweiten Weltkrieg, als zumindest in einigen der nunmehr unabhängigen „neuen Staaten" ernsthaft über die Nationalisierung von metropolitanen Unternehmen wie auch allgemein über das zu wählende Gesellschaftsmodell nachgedacht wurde. Inhaltlich geht sie aus von einem Dualismus zwischen „traditionellen" und „modernen" Gesellschaften. Als spezifisch „modern" erscheint dabei stets das, was dem Bild der je eigenen Gesellschaft (in der Regel der US-amerikanischen) in der Theorie der jeweiligen Autoren entspricht, als „traditionell" erscheint das Gegenbild dazu. Alle Gesellschaften waren ihr zufolge einmal traditionelle. Einige - die Industrieländer - hätten sich im Verlauf der letzten 200 Jahre modernisiert; die anderen - die Entwicklungsländer - seien traditionell geblieben oder hätten sich nur ansatzweise modernisiert.

Eine erste einflußreiche Theorie der Modernisierung findet sich in W.W. Rostows „Stadien wirtschaftlichen Wachstums". Die traditionelle Gesellschaft ist nach dieser Konzeption vor allem gekennzeichnet durch eine vornewtonsche Technik, Dominanz der landwirtschaftlichen Produktion, niedrige Investitionsraten und niedriges Pro-Kopf-Einkommen, ein fatalistisches Wertsystem und eine ausgeprägt hierarchische Wertstruktur. All dies ändere sich stufenweise durch das Auftreten von risikofreudigen Unternehmern, die die Ergebnisse der Wirtschaft auf den Produktionsprozeß anwenden, einen dem angemessenen institutionellen und politischen Rahmen schaffen und die Investitionsrate schließlich auf mehr als 10% des Volkseinkommens hochschrauben. In einem ersten Stadium würden die „Vorbedingungen des wirtschaftlichen Aufstiegs" geschaffen, dann komme das Stadium des „Take Off", dann das der „Entwicklung zur Reife", und am Ende, ca. 60 Jahre nach Beginn des Prozesses, sei das Stadium des „Massenkonsums" erreicht, welches das genaue Gegenteil der „traditionellen Gesellschaft" darstellte.

Die technologischen und ökonomischen Kriterien von Rostows Stadientheorie werden in der späteren Modernisierungsforschung kaum mehr thematisiert. Und auch die Grundzüge des von ihm entworfenen Bildes der traditionellen Gesellschaft hat die klassische Modernisierungstheorie bis zum Ende festgehalten. Selbst R. Bendix, der schärfste Kritiker in ihren eigenen Reihen, der ursprünglich die starre Unterscheidung von Tradition und Moderne angegriffen hatte, hält letztlich nur in anderer Formulierung an ihr fest: Auch ihm zufolge sind traditionelle Gesellschaften gekennzeichnet durch Analphabetismus der Massen, Zersplitterung, Vorherrschen von Macht und Betrug, scharfe Trennung zwischen Herrschern und Beherrschten, Reichen und Armen, Gebildeten und Ungebildeten, während in modernen Gesellschaften das Gegenteil von alledem herrschen soll.

Der Einfluß Parsons

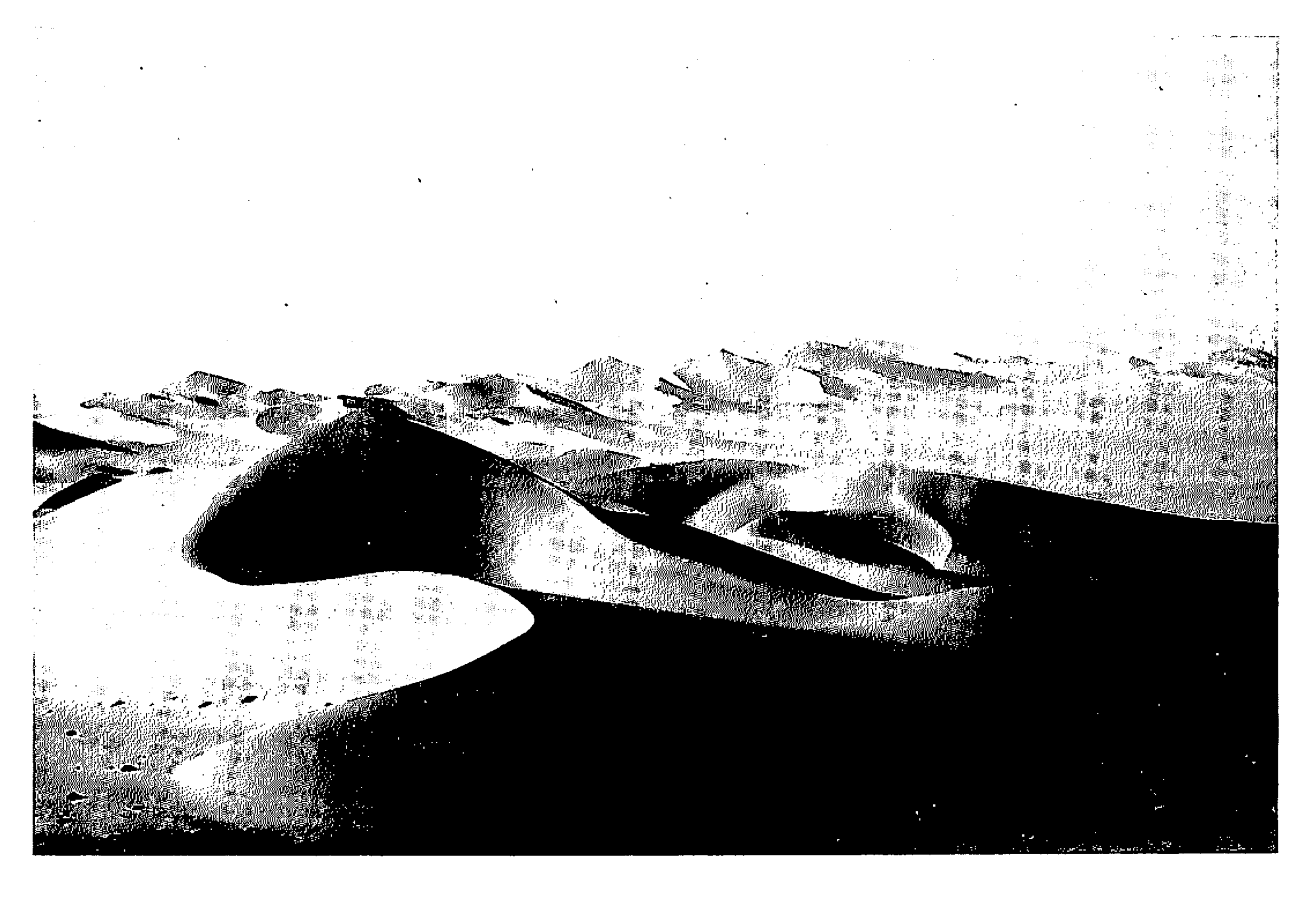
Was die Modernisierungstheorie nach Rostow zu präzisieren suchte, war vor allem der „institutionelle Rahmen", den sie für den Ablauf des segensreichen Prozesses der Modernisierung als notwendig ansieht. Zentralen Einfluß auf nahezu alle modernisierungstheoretischen Versuche, diesen Rahmen zu bestimmen, übte die Gesellschaftstheorie von T. Parsons aus. Wichtig wurden vor allem seine „Pattern Variables". Man versuchte, moderne Gesellschaften insbesondere durch das Vorherrschen von Universalismus, Leistungsorientierung und funktioneller Spezifizität zu kennzeichnen, traditionelle entsprechend durch Partikularismus, Zuschreibung und funktionelle Diffusität (vgl. insbesondere B.F. Hoselitz). Um es an Beispielen zu erläutern: Bei uns sei der Zugang zu allen Positionen, die die Gesellschaft zu vergeben hat, prinizipiell offen, niemand sei von vornherein ausgeschlossen (Universalismus); in traditionellen Gesellschaften dagegen gebe es überall Zugangsbeschränkungen, wie z.B. die Schollenpflichtigkeit im europäischen Mittelalter, die dem Leibeigenen verbot, anderswo als auf seiner Scholle und dem Gut seines Herrn zu arbeiten (Partikularismus). Bei der Bewertung von Personen wie bei der Besetzung von Positionen zähle bei uns nur die Leistung; dort werde automatisch der Sohn des alten Häuptlings dessen Nachfolger, nicht der beste Redner oder der tapferste Krieger (Zuschreibung). Bei uns sei jede Rolle durch genau festgelegte Rechte und Pflichten definiert — der Standesbeamte kann mir zwar eine Geburtsurkunde, aber keine Arbeitsbescheinigung ausstellen (funktionelle Spezifizität); dort sei der Häuptling für alles zuständig: er sei politischer und ökonomischer wie religiöser Führer und habe auch noch dafür zu sorgen, daß alle seiner Untertanen Ehepartner bekommen (funktionelle Diffusität).

Diese Gedanken wurden in der späteren Modernisierungsforschung allesamt noch weiter elaboriert. So knüpft an die These von der funktionellen Spezifizität (aber auch an viele ältere Ansätze) eine Theorie der funktionellen Differenzierung an: In traditionellen Gesellschaften habe jede Institution eine Vielzahl von Funktionen zu erfüllen. Im Prozeß der Modernisierung würde sich jede von diesen Institutionen in mehrere aufspalten, von denen jede nur eine einzige Funktion abzudecken habe. Dies biete die Chance, daß jede Funktion besser erfüllt werden könne als zuvor. Beispielsweise könne die Familie, seit sie mit der industriellen Revolution ihre produktiven Funktionen weitgehend verloren habe, ihre Aufgaben im Bereich der Reproduktion besser erfüllen, während die Fabrik eben im Bereich der Produktion effektiver sei. Moderne Gesellschaften sollen sich demgemäß durch ein sehr viel höheres Maß an Differenzierung auszeichnen als traditionelle.

Das Thema „Leistungsorientierung" wurde insbesondere von den psychologischen Ansätzen in der Modernisierungstheorie aufgegriffen. D. McClelland versucht nachzuweisen, daß die höhere wirtschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft ausschließlich auf der höheren

Leistungsmotivation ihrer Mitglieder beruhe. Dabei entwickelte er zwar ingeniöse Methoden zur Messung der Leistungsmotivation, mußte den Nachweis für seine These, die Sozialstruktur sei (im Vergleich zur Leistungsmotivation) für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutungslos, aber schuldig bleiben – die Sozialstruktur kommt in seiner Versuchsanordnung schlicht nicht vor.

Der Begriff des „Universalismus" sollte erst in den allerneusten modernisierungstheoretischen Ansätzen ins Zentrum der Überlegungen treten. In der klassischen Modernisierungstheorie spielt er eine eher bescheidene Rolle. So auch in der Demokratietheorie der amerikanischen Politologie, die in erster Linie über die Theorie der „sozialen Mobilisierung" von K. Deutsch und die Krisentheorie von G. Almond Einfluß auf die Modernisierungsforschung gewann. Nach Deutsch zeichnen sich moderne Gesellschaften aus durch eine „auffallend zunehmende gesellschaftliche Kontaktaufnahme": in traditionellen Gesellschaften gebe es höchstens eine winzige Mehrheit von Menschen, die im Lauf ihres Lebens mit mehr als ein paar Tausend anderen zu tun hätten, in modernen sei dies die große Mehrheit. Diese „soziale Mobilisierung" schaffe aber auch Probleme, vor allem deswegen, weil nicht alle Mobilisierten auch gleich „assimiliert" würden und an den „Attraktionen des modernen Lebens" teilhaben könnten. Diese Probleme stellen sich regelmäßig in der Form von Krisen – z.B. Krisen der Identität, der Legitimität, der politischen Beteiligung und der Umverteilung. Im Westen hätten diese Krisen eine nach der anderen gelöst werden können – die Identitätskrisen durch Nationalstaatsbildung, die Legitimitäts- und Beteiligungskrisen durch fundamentale Demokratisierung und Ausdehnung des Wahlrechts, die Umverteilungskrisen durch die steuerliche Bevorzugung der wirtschaftlich Schwächeren. In den Entwicklungsländern von heute sei die Lösung dieser Krisen vor allem durch ihr gleichzeitiges Auftreten erschwert.



Der schöne Schein der Modernität

Wenn man all diese Teilstücke der Modernisierungstheorie zusammenfaßt, ergibt sich folgendes Gesamtbild: Traditionelle Gesellschaften sind gekennzeichnet durch niedrige Investitionsraten und niedriges Wirtschaftswachstum, mangelhafte Entwicklung der (Natur-)Wissenschaften und ihrer Anwendung im Produktionsprozeß, eine ausgeprägt hierarchische, durch extreme Ungleichheit gekennzeichnete Sozialstruktur, ein durch Partikularismus, Zuschreibung und fehlende funktionelle Spezialisierung charakterisiertes Wertsystem sowie schließlich durch ein geringes Maß an sozialer Mobilisierung, Allgemeinbildung und politischer Partizipation. Demgegenüber ist die moderne Gesellschaft gekennzeichnet durch „Rationalismus und Universalismus", „Demokratisierung und Umverteilung", „stetiges Wachstum und Massenkonsum", „soziale Differenzierung und komplexe Institutionen", „Leistungsmotivation und Individualismus" sowie „internationale Machtbalance" – so die zusammenfassende Charakterisierung von W. Zapf (1977). Gegen dieses Modell wendet sich seit den späten sechziger Jahren die Kritik der Dependenztheoretiker. Ihre Hauptangriffspunkte sind die Blindheit der Modernisierungstheorie gegenüber allen exogenen, nicht im Innern der je analysierten Gesellschaften liegenden, Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung und ihr ethnozentrisch-ahistorischer Charakter.

Der ethnozentrisch-ahistorische Charakter der Modernisierungstheorie liegt offen zutage. Die eigene Gesellschaft ist das Ziel, auf das sich alles zubewegt; alle anderen sind das gleiche graue Einerlei, „traditionelle Gesellschaften" ohne wirkliche Geschichte. Die Unterschiede zwischen einzelnen traditionellen Gesellschaften, die oftmals sehr viel größer sind als die zwischen ihnen und modernen, verschwinden. Die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Herrschaft und Beherrschten z.B., ist in den berühmten „Tribes Without Rulers", von denen die englische Sozialanthropologie Dutzende beschrieben hat, unendlich viel geringer als, sagen wir, in den Mogulreichen des 15. Jahrhunderts. Sie ist auch viel geringer als in unserer eigenen Gesellschaft, in der bekanntlich 1,7% der Bevölkerung über 70% des Betriebs- und des Kapitalvermögens verfügen. Es geht nicht

an, den Polynesiern, die mit relativ einfacher Schiffartstechnik etliche von bis zu tausend Kilometer auseinanderliegende Inseln entdeckten und eroberten, Fatalismus und mangelnde Risikobereitschaft vorzuwerfen. Wenn unsere Gesellschaft ein hochdifferenziertes System von Berufspositionen besitzt, so haben die meisten Gesellschaften der australischen Aborigenes ein hochdifferenziertes System von Verwandtschaftspositionen. Dabei muß zusätzlich in Rechnung gestellt werden, daß in unserem Berufspositionensystem auch ständig Entdifferenzierungsprozesse zu beobachten sind: Arbeitsvorgänge, die früher von Dutzenden von Fachkräften mit unterschiedlichster Spezialisierung ausgeführt wurden, werden mechanisiert und dann von einer oder wenigen Anlernkräften übernommen. Und so weiter. Bezeichnend ist, daß die Modernisierungstheorie an der eigenen Gesellschaft nur positive Seiten wahrnimmt — man lese nur die Zapfsche Liste noch einmal —; alles Negative wird auf die traditionelle Gesellschaft projiziert. Und schließlich erscheint die Modernisierung auch noch als ausschließlich eigene Leistung. Das ethnozentrische Syndrom ist komplett.

Exogene Ursachen von Unterentwicklung bleiben ausgeklammert.

Dieser Ethnozentrismus ist auch mitverantwortlich für die Blindheit der Modernisierungstheorie gegenüber allen exogenen Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung. Der Prozeß der Modernisierung wird generell so vorgestellt, daß sich in den traditionellen Gesellschaften die neuen, der Moderne adäquaten Verhaltensweisen, Werte, Institutionen und Persönlichkeitstypen zunächst vereinzelt herausbilden und dann verallgemeinern: Risikobereite Unternehmer treten auf, wenden die Wissenschaft im Produktionsprozeß an und treiben die Investitionsrate in die Höhe, Ungleichheit, Partikularismus und Zuschreibung verlieren an Bedeutung, während Leistungsmotivation und politische Beteiligung zu steigen beginnen etc. Kolonialismus und Imperialismus kommen in der Modernisierungstheorie nicht vor. Sie ist blind gegenüber der unbestreitbaren historischen Tatsache, daß Formen der Arbeitsorganisation wie Sklaverei und Zwangsarbeit, die dem angeblich modernen Muster von Universalismus und Leistungsorientierung direkt widersprechen, in der Peripherie in großem Umfang im Zuge der kolonialistischen Ausbreitung des Abendlandes erst eingeführt wurden. Blind war die Modernisierungstheorie auch gegenüber der Tatsache, daß mit Hilfe dieser und anderer mehr oder weniger gewaltsamer Methoden (bis hin zum direkten Raub) ungeheure Reichtümer aus den eroberten Ländern herausgepreßt und nach Europa transferiert wurden, wo sie dann für „Entwicklung" zur Verfügung standen, während sie in jenen Ländern fehlten. Blind war sie schließlich auch gegenüber der Tatsache, daß ein ähnlicher Transfer von Reichtümern aus der Peripherie in die Metropolen auch heute noch stattfindet. Der Mechanismen sind viele, angefangen beim direkten Gewinntransfer durch metropolitane Konzerne, über den „ungleichen Tausch", bis hin zur „Ausplünderung der Subsistenzsektoren", deren Existenz dem kapitalistischen Sektor enorme Kosten (für die Aufzucht der Kinder, für Sozial-, Kranken- und Altersversicherung etc.) erspart.

Diese Mechanismen waren der zentrale Gegenstand er dependenztheoretischen Diskussion, die in den späten sechziger Jahren die Modernisierungstheorie als herrschendes Paradigma abzulösen begann.

Im Lager der verbliebenen Modernisierungstheoretiker hinterließ dieser Paradigmawechsel in den siebziger Jahren praktisch keine inhaltlichen Spuren — die oben zitierte Zapfsche Zusammenfassung der Merkmale moderner Gesellschaften steht in einem Aufsatz aus dem Jahre 1977, in dem der Autor zwar konstatiert, daß „radikale Ansätze" von „Neo-Imperialismus" und „Ausplünderung" reden, dann aber ungerührt und ohne darauf einzugehen im alten Trott fortfährt — Problemlösungen seien eben „nicht außerhalb des Systems" zu finden. Erst Ende der siebziger Jahre, als die dependenztheoretische Diskussion steril zu werden begann, fingen einzelne Modernisierungstheoretiker an, auf das eine oder andere ihrer Argumente einzugehen. Die Existenz von externen Ursachen für Entwicklung und Unterentwicklung wurde nun explizit und mit teilweise neuen Argumenten bestritten; und der Universalitätsanspruch des westlichen Modells wurde neu begründet.



Die Renaissance der Modernisierungstheorie in den Achtzigern

Die Rückkehr zur These von der ausschließlich internen Verursachung von Entwicklung und Unterentwicklung wurde erleichtert durch die dependenztheoretischen Übertreibungen von Autoren wie Wallerstein. Für ihn — folgt man seinen Formulierungen — war die Ausbeutung der Dritten Welt, die einzige mögliche Quelle des Profits in einer kapitalistischen Weltökonomie. Dies kontert etwa E. Weede mit dem simplen Argument, Ausbeutung und Plünderung habe es zu allen Zeiten gegeben; aber außerhalb des Westens hätten sie „nicht die Massenarmut auch nur auf Seiten der Eroberer nachhaltig beseitigt" (Weede 1988, 172). Er übersieht, daß Ausbeutung und Plünderung, auch wenn sie keine hinreichende Erklärung für Entwicklung und Unterentwicklung abgeben können, doch deren notwendige Voraussetzung sein könnten. Dies ist die Position von K. Marx und den marxistischen Dependenztheoretikern (z.B. Brenner, Cardoso, Cordova), für die der Kapitalismus zwar eine Eigendynamik der beständigen „Revolutionie-

rung der Produktivkräfte" entwickelt, die Voraussetzung für diese Entwicklung aber in der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation" liegt — vor allem in der Expropriation der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln (insbesondere der Bauern von ihrem Boden), aber auch im „Kolonialsystem". Diese „ursprüngliche Akkumulation" ist einerseits notwendig für die Entstehung und ständige Ausdehnung einer Klasse von produktionsmittellosen freien Lohnarbeitern, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um überhaupt produzieren zu können. Andererseits läßt sie eine Klasse von reichen Kapitaleigentümern entstehen, die Arbeitskraft kaufen, um ihr Kapital verwerten zu können. Und diese kapitalistische Form der Klassenspaltung ist es, auf



der jene ständige Revolutionierung der Produktivkräfte beruht.

Elsenhans' Wendung zur Modernisierungstheorie

Konkreter als Weede versucht H. Elsenhans, der von Hause aus der Dependenztheorie recht nahe stand, und dem ehemaligen Dependenztheoretiker wie D. Senghaas in den entscheidenden Punkten heute folgen, die These von der externen (Mit-)Verursachung von Entwicklung und Unterentwicklung zu widerlegen. Seine Grundthese ist, daß ständig steigende Masseneinkommen seit dem Anfang der kapitalistischen Entwicklung Motor eines sich selbst tragenden Wachstums in den Metropolen seien, während sich an der Peripherie „bürokratische Entwicklungsgesellschaften" mit übermächtigen Staatsapparaten und (deshalb) stagnierenden Masseneinkommen durchgesetzt hätten. Seine Argumentation läßt sich so zusammenfassen: „Akkumulation durch Investition" setzt sich erweiternde Märkte voraus. Eine solche Ausdehnung der kaufkräftigen Nachfrage für die Produkte der sich entwickelnden kapitalistischen Industrie Europas hätte es aber im ausgehenden Mittelalter weder im erreichbaren Ausland noch in einer einheimischen herrschenden Klasse gegeben. Eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben hätte die kapitalistische Entwicklung nur behindert, weil sie zu Dirigismus und Ineffizienz geführt hätte. Eine Erhöhung der Massenkaufkraft sei deshalb der einzige Faktor, der die notwendigerweise am Anfang der kapitalistischen Entwicklung stehende Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage erklären kann. Weil die unteren Klassen im feudalen Europa politisch stärker gewesen wären als überall sonst, hätte der Kapitalismus entstehen können; sein Wachstum beruhe bis heute auf durch die Arbeiterorganisation erzwungenem Wachstum der Masseneinkommen. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Peripherie spielten demgegenüber eine marginale Rolle. Was von dort in das sich industrialisierende Europa geflossen sei, seien vor allem Edelmetalle und Gewürze gewesen, Güter, die nicht in den industriellen Produktionsprozeß eingegangen seien. Auch als Exportmarkt sei die Peripherie ziemlich bedeutungslos gewesen.

Aber diese Argumentation hinkt an allen Ecken und Enden. Sie krankt zunächst theoretisch daran, daß die Löhne nur als Nachfrage — nicht aber als Kostenfaktor in Rechnung gestellt werden — in Zeiten zurückgehender Nachfrage wird kein Unternehmer die Löhne seiner Arbeiter erhöhen, um die (gesamtwirtschaftliche) Nachfrage anzukurbeln; vielmehr wird jeder versuchen, sie zu senken, um seine individuellen Kosten zu verringern und so doch noch einen Gewinn erzielen zu können. Sie krankt ferner daran, daß selbst wenn es zuträfe, daß im Europa des ausgehenden Mittelalters zusätzliche Nachfrage weder vom Staat noch vom Ausland noch von steigenden Einnahmen der herrschenden Klassen ausgehen konnte, all diese Faktoren in der späteren Entwicklung dann doch eine Rolle gespielt haben könnten — in der BRD beträgt der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt heute bekanntlich über 40%, bedeutend mehr als in den meisten „bürokratischen Entwicklungsgesellschaften" der Dritten Welt (in dem als etatistisch verschrienen Ghana von 1984 z.B. runde 10%!). Schließlich sind auch die historischen Beweise, die Elsenhans für seine Thesen beibringt, alles andere als überzeugend. Vor allem ist absolut nicht einzusehen, warum die im 16.—19. Jahrhundert aus der Peripherie in die Metropolen transferierten Reichtümer keinerlei Entwicklungsbedeutung gehabt haben sollen. Wenn auch Edelmetalle und Gewürze nur in geringem Umfang direkt in die kapitalistische Produktion eingingen, so brachte ihr Einströmen doch eine gewaltige Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage in den herrschenden Klassen Europas mit sich; falls es den Nachfrageengpaß in diesen Klassen, der ja den Ausgangspunkt von Elsenhans' Argumentation abgegeben hatte, je gegeben hat, dann konnte er durch diesen Zustrom an Reichtümern leicht überwunden werden. Zudem wurden eben nicht nur Gewürze und Gold und Silber, sondern auch vieles, was direkt in den Produktionsprozeß einging (Baumwolle, Seide, Zucker und Sklaven) geraubt und transferiert — von der europäischen Landnahme in vielen Kolonien ganz zu schweigen. Auch die für die Steigerung der Massenkaufkraft im Frühkapitalismus beigebrachten Belege bleiben dürftig. Als Hauptbeleg für die „Verbesserung der Ernährungssituation der Massen" dient ihm „die rasche Zunahme der englischen Bevölkerung im 18. Jahrhundert" (Elsenhans 1982, 117); nach diesem Argument muß es den Massen in den Entwicklungsländern von heute blendend gehen. Auch wenn eine verbesserte Ernährungssituation ein Faktor ist, der zu Bevölkerungswachstum beitragen kann, ist es doch ein malthusianischer Unfug, ihn zum einzigen zu erklären, und aus Bevölkerungsvermehrung auf verbesserte Ernährung zu schließen. Ebensowenig muß eine Steigerung der Hektarerträge in einer Klassengesellschaft (wie der englischen des 18. Jh.) notwendig eine Verbesserung der Ernährungssituation der Massen mit sich bringen. Wenn weiter im Jahre 1798 die Exporte an die Peripherie nur 34% der gesamten Exporte Englands ausmachten, und nicht, wie viele sagen 74%—31% gingen in die Siedlungskolonien Nordamerikas —, dann heißt das keineswegs, daß diese Exporte für die kapitalistische Entwicklung bedeutungslos waren; und im übrigen beruht auch die Etablierung der weißen Siedlungskolonien in Nordamerika auf der weißen Landnahme, der Enteignung, Vertreibung und teilweisen Ausrottung der dort heimischen Indianer. In Frage gestellt wird neuerdings auch, daß die Arbeiter im Kapitalismus (vor dem Zweiten Weltkrieg) ihre Nachfrage nach Konsumgütern jemals in relevantem Umfang in einem Massenkonsumgüter produzierenden kapitalistischen Sektor deckten — was Elsenhans voraussetzen muß, denn wenn sie es nicht tun, kann die kapitalistische Akkumulation auch nur auf der Steigerung ihrer Nachfrage beruhen. Autoren wie B. Lutz und T. Hurtienne versuchen demgegenüber jedenfalls nachzuweisen, daß die Arbeiterschaft in Deutschland bis in die Fünfziger Jahre hinein ihren Bedarf an Konsumgütern ganz überwiegend durch Einkauf in einem Sektor der kleinen Warenproduktion und durch Eigenproduktion deckten, nicht durch kapitalistisch produzierte Massengüter. Alles in allem: die These von der ausschließlich internen Ver-

ursachung von Entwicklung und Unterentwicklung läßt sich auch in der Elsenhansschen Fassung nicht halten.

Der vernünftige Gehalt der Moderne

Bemühungen, den Universalitätsanspruch des westlichen Modells neu zu begründen, findet man gegenwärtig eher in der allgemeinen soziologischen und sozialphilosophischen Diskussion als in der Dritte-Welt-Forschung im engeren Sinn. Es geht dabei um eine „Theorie der Moderne", die die Modernisierung als Verkörperung allgemeinster und transkulturell verallgemeinerbarer Prinzipien der Vernunft zu erweisen sucht (sf. v.a. Habermas, Schluchter). Wenn dies gelänge, wäre die Moderne das für jegliche vernünftige Gesellschaftsgestaltung allein verbindliche Modell.

Im Zentrum dieser Bemühungen steht überall das alte Universalismus-Konzept. Universalisierung erscheint als Rationalisierung; die Moderne erscheint als die vernünftigste Form der gesellschaftlichen Organisation, weil sie auf universalistischen Prinzipien (insbesondere des Rechts und der Moral) beruht. Die durchdachteste Begründung für diese Überzeugung findet sich bei J. Habermas, für den als „wahr" oder „vernünftig" in allen Gesellschaften das erscheint, was jeder akzeptieren muß, der nur dem Zwang des besseren Arguments (und nicht irgendwelchen anderen Zwängen) folgt. Wenn dem so ist, sind eine partikularistische Ethik bzw. ein partikularistisches Recht, die die Argumente und Interessen bestimmter Personen oder Personengruppen von vornherein nicht anerkennen, vor der Vernunft nicht zu rechtfertigen. So kann Habermas von „dem vernünftigen Gehalt der kulturellen Moderne" reden, der sich u.a. in den „universalistischen Grundlagen von Recht und Moral" manifestiere, die in den „Institutionen des Verfassungsstaates, in Formen demokratischer Willensbildung, in individualistischen Mustern der Identitätsbildung auch eine (wie immer verzerrte und unvollkommene) Verkörperung gefunden haben" (Habermas 1983, 412).

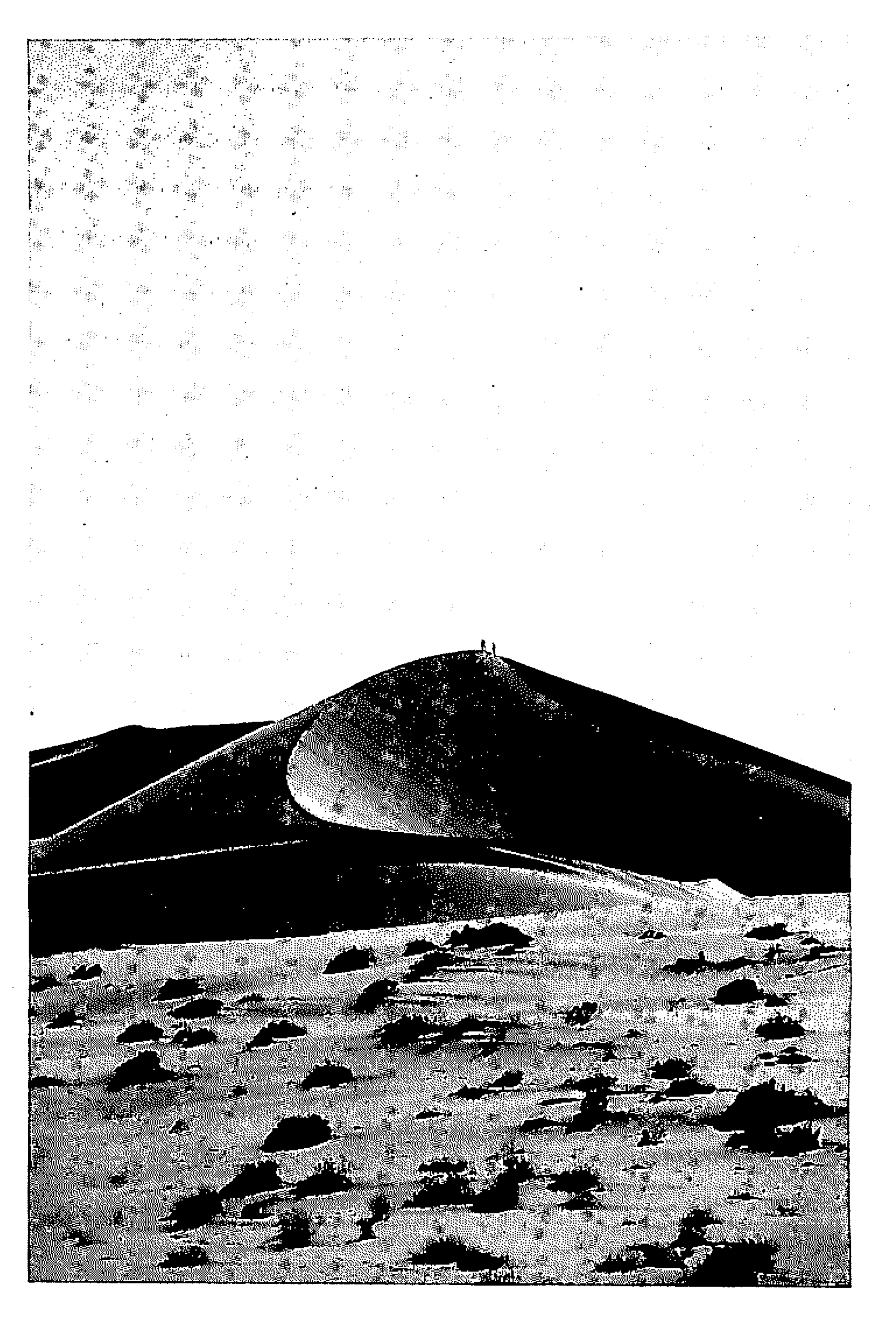
Dem mit dem Kapital vertrauten Leser wird auffallen, daß das hiermit umrissene Bild der Moderne — wie übrigens auch das der klassischen Modernisierungstheorie — gar nicht allzu verschieden ist, von dem Bild, das Marx von der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft entwirft:

„Was allein hier herrscht, sind Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. (...) Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent gegen Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von beiden ist es nur um sich selbst zu tun" (MEW 23, 189f).

Die Kontraktfreiheit im Marxschen Text wird zum Universalismus, aus der Gleichheit werden die „Institutionen des Verfassungsstaates" aus der Freiheit wird die „demokratische Willensbildung", aus „Bentham" wird die Individualität; nur das Eigentum findet Habermas nicht mehr der Erwähnung wert.

Marxens Kritik an diesem Selbstbild der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht, daß es in sich falsch wäre (das ist es nicht), sondern daß es auf der Oberfläche verharrt, daß es eine tieferliegende Realität von Ungleichheit, Zwang und Ausbeutung übersieht und verdeckt. Der Universalismus der Moderne findet von Anfang an seine Schranke in der für den einzelnen vorgegebenen und von ihm kaum änderbaren kapitalistischen Eigentumsverteilung. Nur der Eigentümer von Kapital ist in der Lage, Arbeitskraft zu kaufen; über deren Nutzung (was und wie wird produziert?) wie über die Verwendung des von ihr geschaffenen Produkts entscheidet er alleine. Wer kein Eigentum hat, ist dagegen gezwungen, seine Arbeitskraft zu einem Preis zu verkaufen, der notwendig niedriger ist als der Wert, den sie schafft; denn anders — wenn sie nicht mehr einbrächte, als sie kostet — würde es für den Kapitalisten überhaupt keinen Sinn machen, sie zu kaufen. Ohne die Durchbrechung von Universalismus und Gleichheitsprinzip, die in der Klassenspaltung liegt, könnte der Kapitalismus weder entstehen noch seine Dynamik von Akkumulation und Revolutionierung der Produktivkräfte entfalten. Man mag den Modernisierungstheoretikern zwar darin recht geben, daß Universalismus vernünftiger ist als Partikularismus; man kann ihnen aber nicht recht geben darin, daß die Moderne — sprich der Kapitalismus — in seinen konstitutiven Merkmalen universalistischen Prinzipien genüge tut.

Gerhard Hauck



Die globale Abhängigkeitstheorie in der Sackgasse?

Plädoyer für historisch-strukturelle Abhängigkeitsanalysen

Die Abhängigkeitstheorie, noch vor wenigen Jahren das unumstrittene Paradigma (Erklärungsmodell mit globalem Anspruch) in der kritischen entwicklungspolitischen und entwicklungstheoretischen Diskussion, befindet sich seit neuestem auch bei uns in einer Krise – mit einer 15jährigen Verspätung gegenüber Lateinamerika.

Die zentralen Aussagen dieses Ansatzes scheinen nicht mehr auf zufriedenstellende Weise die vielschichtigen Differenzierungsprozesse in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems erklären zu können: den rasanten Aufstieg der sogenannten Schwellenländer in Lateinamerika und Ostasien in den 70er Jahren, die fortgesetzte erfolgreiche Expansion der exportorientierten Industrialisierung in Ostasien, die tiefe Krise der meisten sozialistischen Entwicklungsländer, die Renaissance „traditioneller" Kulturmuster und Religionen.

Damit scheint auch die zweite globale Entwicklungstheorie der Nachkriegszeit, die sich als radikale Kritik an der Modernisierungstheorie der 50er und 60er Jahre entwickelte, in einen Prozeß des Zerfalls eindeutiger kausaler Erklärungen eingetreten zu sein.

Dieses Bild ergibt sich zumindest bei einer Durchsicht der in den letzten Jahren publizierten „einschlägigen" deutschen und englischen Artikel: Senghaas/Menzel, lange Zeit die Wortführer der „Dependencia" in der Bundesrepublik, stellen in ihren letzten Arbeiten die Pauschalität und Ausschließlichkeit zentraler Aussagen der Abhängigkeitstheorie in Frage: das globale Zentrum-Peripherie-Modell sei brüchig geworden, externe Abhängigkeit und umfassende Entwicklung brauchten sich nicht notwendigerweise auszuschließen, und überhaupt komme den internen soziopolitischen Bedingungen die Priorität bei Erfolg oder Scheitern nachholender Entwicklung zu (Menzel/Senghaas 1986, S. 99 ff, S. 117 ff, S. 171).

Und David Booth stellt, repräsentativ für eine Fülle von englischen Artikeln fest, daß er lange gebraucht habe, um zu begreifen, daß „die Dependenztheorie korrumpiert ist aufgrund verschiedener Spielarten zirkulärer Argumentation, unzuverlässiger Verallgemeinerung empirischer Beobachtung sowie einer schwachen Verankerung in einer deduktiven Theorie" (Booth 1988, S. 15).

Abhängigkeitstheorie nicht gleich Abhängigkeitstheorie

Die vermeintliche Krise der Abhängigkeitstheorie bezieht sich zunächst nur auf einen Strang der viel breiteren Abhängigkeitsdiskussion, nämlich auf die in der politischen Diskussion und den Lehrbüchern vorherrschende **„Standardversion"** der „Entwicklung der Unterentwicklung" (Frank 1969), der Theorie des peripheren Kapitalismus (Amin 1975, Senghaas 1974, 1977) und der Weltsystemanalyse von I. Wallerstein (1979). Diese vor allem von Nichtlateinamerikanern vertretenen statisch-unhistorischen, zutiefst funktionalistischen Theorien, die monokausal aus externer Abhängigkeit die Struktur der Unterentwicklung ableiten, halten dem Druck einer in diese deduktiven Weltformeln nicht hereinpressbaren konkreten Abhängigkeitssituation und divergenten Entwicklungsgeschichten in der Peripherie nicht mehr stand. **Die empirische Tatsache einer sich differenzierter darstellenden Peripherie brachte dabei lediglich die methodisch-theoretischen Schwächen dieses Ansatzes zum Vorschein (Hurtienne 1984).**

Der andere große vor allem von Lateinamerikanern vertretene Strang der Abhängigkeitsdiskussion, die **historisch-strukturelle Analyse** konkreter Abhängigkeitssituationen (Cardoso/Faletto 1976), wird von dieser „Paradigmakrise" kaum berührt. Fast alle zentralen Kritikpunkte an der „Abhängigkeitstheorie" wurden nämlich von ihr bereits zum Zeitpunkt ihres Entstehens Mitte der 60er Jahre als zentrale Problemdimensionen der konkreten Abhängigkeitsanalyse formuliert: die Vereinbarkeit von Abhängigkeit und Entwicklung, die wechselseitige Beziehung zwischen externen und internen „Faktoren", die nicht reduktionistische Vermittlung der verschiedenen Analyseebenen, die Ablehnung einer eigenständigen Theorie des peripheren Kapitalismus und daher der explizitere Bezug zu der Marxschen Akkumulationstheorie und der Weberschen Gesellschaftstheorie.

Diese beiden Hauptrichtungen der Abhängigkeitsanalyse waren daher seit ihrer Herausbildung Mitte der 60er Jahre neben gemeinsamen Ausgangspunkten durch konträre theoretische Positionen gekennzeichnet.

Obwohl dies auch in zwei deutschsprachigen Veröffentlichungen 1973/74 mit der nötigen Klarheit hervorgehoben wurde (Evers, Wogau 1973, Hurtienne 1974), blieb dies für die erst danach einsetzende breite Rezeption weitgehend folgenlos. Für mich ergibt sich aus diesem Paradoxon die Notwendigkeit einer ideologiekritischen Aufarbeitung der Rezeptionsgeschichte der Abhängigkeitstheorien. Denn offensichtlich hat sich im Prozeß der „Consumption of dependency theory" (Cardoso 1977) in den Industrieländern die theoretische Orientierung der Abhängigkeitsanalyse vom historischen, theoretischen und politischen Kontext Lateinamerikas losgelöst und sich eher an die funktionalistischen Weltbild- und Weltformelbedürfnisse der Linken in den Metropolen angepaßt. Nur so läßt sich der fast 15jährige Zeitrückstand im offenen Ausbruch der „Krise" der Abhängigkeitstheorie bei uns erklären.

Standardversion der Abhängigkeitstheorie als Gegenentwurf zur Modernisierungstheorie

Die Standardversion der Abhängigkeitstheorie entstand in kritischer Abgrenzung von der in den 50er und 60er Jahren vorherrschenden Modernisierungstheorie. Deren Zentralaussagen kehrt sie spiegelbildlich um. Sie bleibt mit diesem Verfahren aber der funktionalistischen, ahistorischen Argumentationsstruktur verhaftet.

Schablonenhaft lassen sich die zentralen Aussagen der Modernisierungstheorien der 50er und 60er Jahre wie folgt zusammenfassen: **Erstens** werden die Ursachen der Unterentwicklung mit den internen Faktoren der sozialökonomischen, politischen und kulturellen Rückständigkeit einer trotz begrenzter Industrieentwicklung immer noch traditioneller Agrargesellschaft identifiziert. **Zweitens** folgt daraus, daß der Nationalstaat als Analyse- und Handlungseinheit zumindest nach der Dekolonisierung in weltwirtschaftliche Strukturen eingebunden ist, die auf einem wechselseitigen Vorteil, einem „Nichtnullsummenspiel" beruhen: Bei Nutzung der komparativen Vorteile erhöht sich, wenn auch ungleichmäßig, der Nutzen des Außenhandels für alle beteiligten Länder.

Drittens wird der Handlungsspielraum des Staates daher weniger durch externe außenwirtschaftliche Faktoren als durch die internen sozialstrukturellen, kulturellen, politischen und ökonomischen Bedingungen (traditionelle Agraroligarchie mit hohem Luxuskonsum, niedriges Bildungsniveau mit geringen Anreizen zur Leistungsmotivation, fehlende Demokratie und ein Teufelskreis der Armut) eingeschränkt.

Viertens folgt daraus, daß modernisierungswillige Eliten durch eine Politik des gezielten sozialen und politischen Wandels angemessene Rahmenbedingungen für das profitorientierte Handeln einheimischer Unternehmerklassen herstellen. Durch den konzentrierten Einsatz von Kapital und moderner Produktionstechnik können sie den Teufelskreis der Armut durchbrechen. Die Entwicklungskosten, die die Vorreiter zu bezahlen hatten, bleiben ihnen erspart.

Fünftens bedeutet dies, daß durch die Wachstumsdynamik des modernen industriekapitalistischen Sektors die Rückständigkeit zugunsten eines sich selbst tragenden Wachstumsprozesses mit hohen Entwicklungseffekten und, phasenverschoben, auch zunehmender Verteilungsgerechtigkeit überwunden werden kann (Rostow 1960 und 1971).

Dieses optimistische Fortschrittsszenario der Modernisierungstheorie, das die positiven Erfahrungen des raschen Wiederaufbaus der kriegszerstörten Wirtschaften Westeuropas auf die Entwicklungsländer übertrug, erwies sich seit den 60er Jahren als weitgehender Fehlschlag. Dies mußte 1973 selbst von Weltbankchef McNamara in Nairobi eingestanden werden.

Die Standardversion der Abhängigkeitstheorie theoretisierte das Scheitern einer nationalbürgerlichen nachholenden Entwicklung durch eine mechanistische Umkehrung der Aussagen der Modernisierungstheorie: **Erstens** liegen die Ursachen der Unterentwicklung nun primär in der gewaltsamen Einfügung in die Weltarbeitsteilung. Durch sie wurden entwicklungsunfähige „enklavenhafte" Wirtschafts- und Sozialstrukturen geschaffen, die nur noch reflexhaft auf die Veränderungen der „Bedürfnisse" der Metropolen reagieren können. **Zweitens** ist daher der Analyserahmen das von den Metropolen beherrschte hierarchische kapitalistische Weltsystem, in dem die Entwicklung der Industrieländer notwendig die Unterentwicklung und Verarmung der Peripherie bedingen muß: die Weltwirtschaft erscheint daher als Einbahnstraße, als Nullsummenspiel, bei dem die Gewinne der Zentren notwendig auf gleich hohen Verlusten der Peripherie beruhen müssen.

Drittens reduziert sich dadurch der Handlungsspielraum des Nationalstaates und seiner Eliten auf eine bloß reflexhafte Exekution externer weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Funktionsimperative: Selbst modernisierungswillige Eliten verkommen daher zu „Brückenköpfen" der externen Ausbeutung, zu Kompradoren und Lumpenbourgeosien, die ihre Verluste durch eine Überausbeutung der städtischen und vor allem der kleinbäuerlichen Massen des Hinterlandes auszugleichen versuchen. Die dadurch beständig festgeschriebene „strukturelle Heterogenität" des chaotischen Nebeneinanders verschiedenster Produktions-, Lebens- und vor allem Überlebensformen in Stadt und Land kann dabei in der Regel nur durch diktatorische Militärregimes oder zumindest autoritär-korporativistische Herrschaftsformen zusammengehalten werden.

Viertens folgt daraus, daß sowohl exportorientierte als auch importersetzende Industrialisierungspolitiken zwar zu sektoral, sozial und regional begrenzten Wachstumsimpulsen, nicht aber zu einer umfassenden sozialökonomischen Entwicklung führen können. Ständiger Werttransfer, interne Überausbeutung und ungleiche Einkommensverteilung müssen daher letztlich zu gesamtwirtschaftlicher Stagnation, Verelendungswachstum, „struktureller Heterogenität" und zur Verstärkung der Teufelskreise der Armut führen. Lediglich bei einer weltkriegs- oder weltkrisenbedingten Lockerung des Metropolen-Satelliten-Verhältnisses kann es vorübergehend zu einer „klassischen" eigenständigen kapitalistisch-industriellen Entwicklung kommen. Da der Weltmarktzusammenhang sich abgesehen von diesen Episoden aber als überlebensbedrohliche Sackgasse erweist, führt der Weg zu einer dauerhafteren eigenständigen Entwicklung nur über eine selektive Abkoppelung vom Weltmarkt, nachfrageschaffende interne Strukturreformen und einem an dieser breiten Massenkaufkraft orientierten gleichzeitigen Aufbau aller Wirtschaftssektoren auf nichtkapitalistischen Wegen.

Ahistorische Modellkonstruktionen: Beide Globaltheorien sind problematisch

Die methodisch-theoretischen Konsequenzen der beiden kontrastierten Lehrbuchtheorien springen selbst unabhängig von ihrer empirischen Reichweite und Erklärungskraft ins Auge. Als Erklärungsmodelle mit globalem Gültigkeitsanspruch beruhen beide auf ahistorischen Annahmen über die Funktionsweise der Weltwirtschaft und den nationalen Ökonomien, aus denen auf mechanistisch-lineare Weise Kausalketten abgeleitet werden: So folgt aus den Annahmen über Struktur und Funktionsweise der Weltwirtschaft (wechselseitiger Vorteil versus merkantilistischem Nullsummenspiel) die Vor- oder Nachteilhaftigkeit der Außenwirtschaftsbeziehungen. Und daraus wiederum folgt, daß entweder den internen oder den externen Bedingungen das eindeutige Primat bei der Gestaltung des Entwicklungs- bzw. Unterentwicklungsprozesses zukommt. Eine dialektische Vermittlung von internen und externen Faktoren im Entwicklungsprozeß ist daher aufgrund der funktionalistischen Modellkonstruktion per Definition ausgeschlossen, d.h. Widersprüche werden nicht zugelassen und die Erklärungsmodelle werden ahistorisch.

Der Handlungsspielraum des Staates und seiner Eliten wird daher bei den Modernisierungstheorien primär durch die „Funktionsimperative" des nationalen sozialen Systems bestimmt und begrenzt, während er bei der Abhängigkeitstheorie durch die totalisierende Funktionsimperative des Weltmarktes vorgegeben ist.

Da beide Ansätze den **internen Klassenauseinandersetzungen** unter kapitalistischen Bedingungen keine entscheidende Rolle zusprechen, kann die Modernisierungstheorie einen, durch interne Sozialstrukturen kaum beschränkten, großen Handlungsspielraum für staatliche Bürokratien und modernisierungswillige Eliten unterstellen, während in der Abhängigkeitstheorie sich dieser Handlungsspielraum einzig und allein bei einer radikalen Abkoppelung vom Weltmarkt durch eine sozialistische Revolution oder einen nicht

kapitalistischen Entwicklungsweg ergeben kann.

Beide Ansätze sind dabei zutiefst „etatistisch": der Reformismus der Modernisierungstheorie unterstellt eine – durch die historische Entwicklung im übrigen vollkommen unbegründete – fast unbegrenzte Autonomie des Staates und seiner Eliten bereits unter kapitalistischen Bedingungen; die Abhängigkeitstheorie unterstellt diese nur für einen nicht kapitalistischen Umgestaltungsprozeß. Die entscheidende Frage, wie denn die sozialen und politischen Akteure (Individuen, Gruppen, Klassen) für einen solchen tiefgreifenden Transformationsprozeß unter kapitalistischen oder sozialistischen Vorzeichen zu mobilisieren sind, welche Widersprüche sich in diesem Prozeß ergeben, und wie die Hegemoniefrage geklärt werden kann, bleibt in beiden Ansätzen weitgehend unbeantwortet. Während dies für die bürgerliche Modernisierungstheorie noch selbstverständlich erscheinen mag, wird dies für die nationale-revolutionäre Abhängigkeitstheorie zur Archillesferse ihres glatten eindimensionalen Weltbildes (Freyhold 1981).

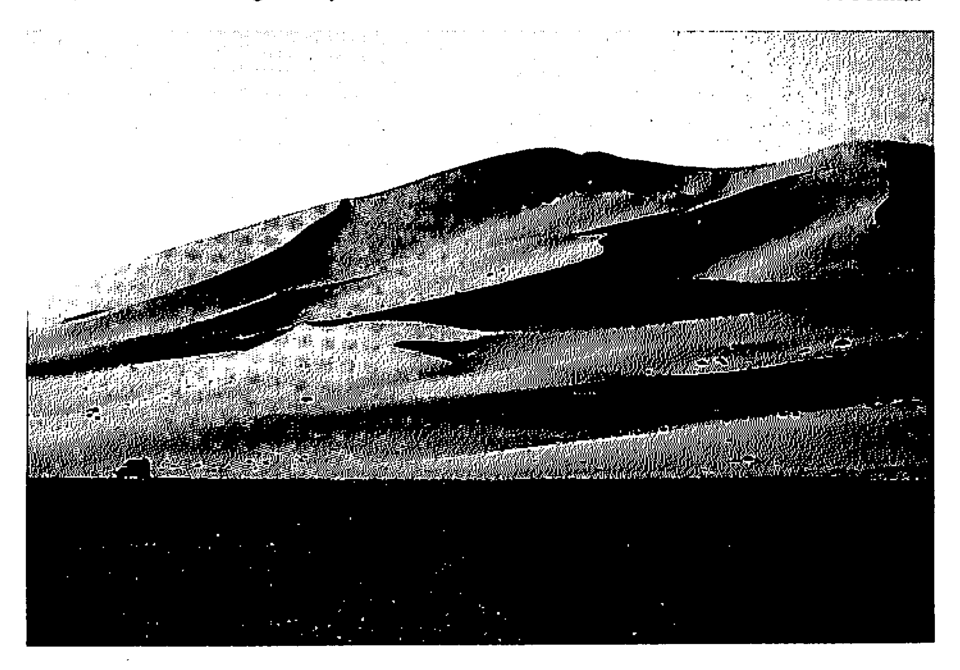
Da auch die Abhängigkeitstheorie letztlich an der Fiktion eines von Weltmarkteinflüssen abgeschotteten nationalautonomen Entwicklungsweges festhält, der nach Beseitigung der Abhängigkeit auf wundersame Weise irgendwie zu idealisierten Entwicklungsprofil der OECD-Länder führen wird, ist die große Attraktivität ihrer Argumentationsmuster für bürgerlich-populistische Politiker in Lateinamerika (z.B. gegenwärtig Cárdenas in Mexiko) verständlich, gleichzeitig aber auch entlarvend (Nitsch 1985).

Vor dem Hintergrund der sicherlich überspitzten Darstellung der Standardversion der Abhängigkeitstheorie als bloße Kehrseite der Modernisierungstheorie bei Aufrechterhaltung der ahistorischen und funktionalistischen Argumentationsweise, erscheint die mit der zunehmenden Differenzierung der Peripherie zusammenhängende Krise globaler Erklärungsmodelle kaum noch als Mysterium.

Ebenso wie die Modernisierungstheorie mußte auch die Abhängigkeitstheorie an ihren eindimensionalen Kausalketten und ahistorischen Homogenitätsannahmen als Erklärungsmodell mit globalem Gültigkeitsanspruch scheitern. Denn ebenso wie sich die von den Modernisierungstheorien bei angemessener staatlicher Politik vorausgesagte Entwicklung aller sog. „Dritte-Welt"-Länder zu Schwellenländern nur in einigen wenigen Ausnahmefällen eingestellt hat, kann der strukturalistische Determinismus der Abhängigkeitstheorie die große Varianz von Entwicklungswegen bei ähnlichen Weltmarktbedingungen nicht mehr umfassend erklären. Auch die Versuche, den Globalitätsanspruch durch die Theorie der neuen internationalen Arbeitsteilung (Fröbel, u.a. 1977) oder den Weltsystemsansatz (Wallerstein 1977) zu retten, hat die theoretisch-methodischen Schwächen der Standardversion eher noch deutlicher gemacht.

Die historischen Vorläufer der lateinamerikanischen Abhängigkeitstheorie

Im Vergleich zu der in den entwicklungspolitischen Diskussion und den Lehrbüchern dominierenden Standardversion der Theorie der strukturellen Abhängigkeit oder des peripheren Kapitalismus beinhaltet der von Cardoso/Faletto entwickelte **historisch-strukturelle Ansatz** zur Erklärung von konkreten Abhängigkeitssituationen eine völlig andere methodische und inhaltliche Herangehensweise. Die Einleitung ihres Buches liest sich dabei trotz aller zeitbedingten Unzulänglichkeiten wie eine fast komplette Aufzählung aller jener Faktoren, die gegenwärtig als Kritik an der Abhängigkeitstheorie ins Feld geführt werden. So kritisierten sie in ihrem Ansatz gerade die einseitige Betonung der externen Abhängigkeit, wie sie von den Theoretikern der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (spanisch CEPAL, englisch ECLA) Raul Prebisch, Celso Furtado und Oswaldo Sunkel vorgenommen wurde. Da ein Teil der Argumentationsstruktur der Standardversion der Abhängigkeitstheorie paradoxerweise nur eine Radikalisierung der strukturalistischen Modernisierungstheorie der CEPAL darstellt, müssen die Grundelemente dieses Ansatzes und ihre Berührungspunkte zum Konzept der Linken kurz angedeutet werden (Hurtienne 1974).



Die CEPAL-Schule

In Anlehnung an die nordamerikanischen Modernisierungstheorien, vor allem aber an die neokeynesianische Entwicklungsökonomie von Nurske, Hans Singer, Myrdal und Hirschman widerlegte die CEPAL-Schule mit Hilfe des von ihnen entwickelten **Zentrum-Peripherie-Modells** die Auffassung der liberalen Außenhandelstheorie, nach der der internationale Handel auf wechselseitigen komparativen Vorteilen basiere.

Die Grundidee dabei war ebenso einfach wie bestechend: In den Zentren der Weltökonomie führen auf der Grundlage homogener Produktionsstrukturen und der Stärke der Gewerkschaften die hohen Arbeitsproduktivitätszuwächse in der Industrie nicht zu sinkenden Preisen, sondern zu steigenden Löhnen. In den Ländern der Peripherie mit ihren heterogenen Produktionsstrukturen, der Schwäche der Gewerkschaften und der großen Stadt-Land-Migration führen Produktivitätszuwächse in der agrarischen und mineralischen Exportproduktion dagegen eher zu sinkenden Preisen. Unter der zusätzlichen Annahme, daß für Industriegüter größere Einkommen erzielt werden können als für Primärgüter, konnte die CEPAL schlüssig die strukturelle Benachteiligung der auf „komparativen Vorteilen" basierenden Exportmodelle der Peripherie durch fallende terms of trade nachweisen. Die Hauptursache der Unterentwicklung ist daher die „externe Abhängigkeit" von den kapitalistischen Zentren. Damit einher geht eine einseitig auf den Export von Primärgütern festgelegte Produktionsstruktur und der mit dem komplementären internationalen Handel notwendig verbundene Realeinkommenstransfer in die Zentren.

Das Zentrum-Peripherie-Modell der CEPAL und der damit verbundene ungleiche Austausch ist dabei, wenn man von begrifflichen Unterschieden absieht, nichts anderes als die Metropolen-Satelliten-Beziehung bei Frank und Wallerstein. Ebenso wie bei dieser muß auch nach der CEPAL die strukturelle Benachteiligung der Peripherie durch eine eigenständige breitgefächerte binnenmarktorientierte Industrialisierungspolitik überwunden werden. Im Unterschied zur Standardversion der Dependencia setzten sie dabei aber noch wie die lateinamerikanische Linke auf die Möglichkeit eines nationalbürgerlichen Entwicklungsweges. Durch den von einer

breiten Modernisierungskoalition getragenen reformistischen Entwicklungsstaat müssen dabei die sekundären Ursachen der Unterentwicklung beseitigt werden. Diese sind die rigide Sozialstruktur, eine „Gesellschaft mit begrenzter Partizipation" und „distributiven Privilegien der Oberschichten". Eine umfassende Reformpolitik müßte aus einer konsumierenden Oberschicht akkumulierende Industriekapitalisten machen. Dem ausländischen Kapital und dem Know-how industrieller Großkonzerne sollte dabei nur eine vorübergehende Katalysatorfunktion für einen sich beschleunigenden Akkumulationsprozeß zukommen. Die dabei notwendigerweise auftretenden sektoralen Ungleichgewichte stellen nach der CEPAL auch den Grund für die Vereinbarkeit von Inflation und Wachstum dar.

Diese vom obigen Lehrbuchbild der Modernisierungstheorie stark abweichende binnenmarktorientierte Industrialisierungsstrategie der CEPAL führte in den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre zu erheblichen Widerständen seitens der USA, des IWF und der liberalen Außenhandelstheoretiker. Nur eine kleine Gruppe nichtorthodoxer Entwicklungsökonomen sowie die Linke in Lateinamerika unterstützt diese Politik vehement.

Berührungspunkte zum Konzept der Linken

Die Linke ging dabei von den Imperialismustheorien und den politischen Positionen der Kommunistischen Internationalen der 20er Jahre aus (Palma 1981). Der monopolkapitalistische Kapitalismus der Zentren braucht danach die Peripherie als Absatzmarkt für seine Industrieprodukte, als Lieferanten von billigen Rohstoffen und Lebensmitteln für die Zentren und als Anlagefeld für das überschüssige Kapital. Der Kapitalismus in der Phase des Imperialismus hat danach entgegen den Vorstellungen von Marx und Engels kein Interesse mehr an einer weltweiten Durchsetzung der Kapitalverhältnisse. Zur Verhinderung einer seine Interessen angeblich gefährdenden Industrialisierung in der Dritten Welt geht er daher Bündnisse mit den antiindustriellen Kompradorenbourgeosien (comprar, span. = kaufen) ein. Der antiimperialistische Kampf der Volksmassen und der in der Weltwirtschaftskrise enstandenen industriellen Bourgeosie ist daher gleichbedeutend mit dem Kampf um eine nationalbürgerliche Revolution und eine forcierte Industrialisierungspolitik um jeden Preis. Trotz semantischer Unterschiede dürfte die frappante Ähnlichkeit in Diagnose und Entwicklungsstrategie zwischen der CEPAL und der Linken bis zur kubanischen Revolution deutlich geworden sein. Von daher wird auch verständlich, warum die Linke wie die CEPAL zwar den Rohstoffimperialismus und die damit verbündeten exportorientierten Agraroligarchien Lateinamerikas als Hauptursache der Unterentwicklung und Hauptfeind im Kampf um die Industrialisierung ansahen, industrielle Direktinvestitionen durch Großkonzerne aus den Zentren dagegen eher als fortschrittlich einschätzten.

Bekanntermaßen nahm die konkrete Entwicklungs- und Abhängigkeitsgeschichte einen diametral anderen Verlauf: Die Krise des nationalbürgerlichen Modells nachholender Entwicklung drückte sich in der wachsenden Dominanz ausländischer Konzerne, hohen Zahlungsbilanzdefiziten und einer zunehmenden Mobilisierung der marginalisierten Volksmasse aus. Sie führte Mitte der 60er Jahre einerseits zur Fortsetzung der Modernisierungspolitik durch autoritäre Militärdiktaturen, andererseits aber auch zur Radikalisierung des nationalbürgerlichen Entwicklungsdenkens der CEPAL und nach der kubanischen Revolution auch der Linken. Die politisch-theoretische Verarbeitung dieser Krise führte dann zur Herausbildung der verschiedenen Versionen der Abhängigkeitsanalyse.

Einerseits radikalisierten Frank, dos Santos und Marini das Zentrum-Peripherie-Modell der CEPAL: Aus einer durch kluge staatliche Politik überwindbaren „externen Abhängigkeit" wurde die tiefergehende „strukturelle Abhängigkeit". Diese Theorie schloß dynamische breitgefächerte Industrialisierungsprozeße wegen des Wert- und Profittransfers, der Kontrolle der Multis und der abhängigen Rolle der lokalen Industriebourgeosie unter kapitalistischen Bedingungen aus und mündete in der politischen Formel „Sozialismus oder Barberei". Obwohl scheinbar als totale Alternative zur CEPAL und auch zur traditionellen Linken gedacht, beruhten fast alle zentralen Konzepte auf der letzteren, so u.a. auch die Unterscheidung zwischen Wachstum und normativ gedachter umfassender Entwicklung. Hauptsächlich reproduzierte diese Strömung der „Dependencistas" jedoch die strukturalistische Argumentationsweise der CEPAL und der Modernisierungstheorien.

Der historisch-strukturelle Ansatz: Berücksichtigung von historischen Faktoren

Andererseits entstand daneben der bereits erwähnte historisch-strukturelle Ansatz der Abhängigkeitsanalyse, der sich viel eindeutiger vom Strukturalismus der CEPAL absetzte. Im Gegensatz zu den davor genannten Autoren betonten Cardoso/Faletto, aber auch Quijano, Weffert u.a. viel stärker die Notwendigkeit einer umfassenden Entwicklungstheorie, die auf einer nicht reduktionistischen Verbindung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft innerhalb der Nationalstaaten sowie der Vermittlung von externen und internen Einflußfaktoren beruhen soll: „Es bedarf eines interpretierenden Ansatzes, der die strukturellen Verflechtungen zwischen der Situation der Unterentwicklung und den Machtzentren der zentralen Ökonomie untersucht, ohne jedoch zu unterstellen, daß die Entwicklungsdynamik ausschließlich von den letzteren bestimmt wird" (Cardoso/Faletto 1976, S. 30).

Nur für „Situationen extremer kolonialer Abhängigkeit" lasse sich sagen, daß Geschichte und Wandel ein Spiegelbild der Metropole seien, während für die Abhängigkeitssituation der „unterentwickelten Nationen" eine doppelte dialektisch zu vermittelnde Bestimmung vorliegen würden. Einerseits setzen zwar die Abhängigkeitsbeziehungen und die Struktur des Weltmarktes autonomen Entwicklungen enge Grenzen, andererseits verfügt aber das „politische Aktionszentrum der gesellschaftlichen Kräfte" je nach dem Stand der internen Klassenauseinandersetzungen über unterschiedliche Fähigkeiten, auf die Veränderungen der Weltmarktbedingungen innerhalb eines begrenzten Handlungsspielraumes zu reagieren. Der Handlungsspielraum des Staates und der herrschenden Klasse wird daher sehr wohl durch externe Strukturbedingungen eingeschränkt. Wichtiger ist für diesen Ansatz aber die Variabilität der internen Klassenkonstellation. In ihr können einerseits die in einer vorherigen Abhängigkeitssituation entstandenen sozialen Klassen wie die Agraroligarchie. ein großes Gewicht haben, andererseits können aber auch neue Akteure wie Industrielle und Sektoren der Mittelklassen versuchen, durch Allianzen mit sich modernisierenden oder marginalisierten Teilen der Agraroligarchie die politischen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben. Abhängigkeit erscheint daher in diesem Ansatz nicht mehr als primär „externe Variable", sondern im Unterschied zur CEPAL (aber auch zur Standardversion der Abhängigkeitstheorie) vor allem als **interne Klassenkonstellation**, die auf unterschiedliche Weise mit den Interessen metropolitaner Bourgeoisien verbunden sein kann.

Die gleichen Weltmarktbedingungen können daher mit höchst unterschiedlichen nationalstaatlichen Politiken verbunden sein, die wiederum nur als Resultat eines historisch spezifischen Verhältnisses des Staates zu dem Block an der Macht, manchmal sogar zu den städtischen Volksmassen, begriffen werden kann (vgl. etwa Südkorea – Brasilien). Ebenso hängt die Verarbeitung sich verändernder Weltmarktbedingungen in hohem Maße von der Verschiebung der internen Kräfteverhältnisse ab (vgl. Australien-Argentinien bei ähnlicher Exportstruktur).

Der gegenüber der CEPAL geringere, gegenüber Frank u.a. größere Handlungsspielraum des Staates und der nationalen Eliten hängt beim historisch-strukturellen Ansatz mit dem nichtreduktionistischen Verhältnis aller den Entwicklungsprozeß bestimmenden „Variablen" innerhalb einer asymmetrisch strukturierten Weltwirtschaft zusammen. Diese größere Variabilität von konkreten Abhängigkeitssituationen und die je nach Klassenkonstellation unterschiedliche Vereinbarkeit von Abhängigkeit und Entwicklung, Struktur und Handeln vermeidet zwar eine funktionalistische und vereinfachende Argumentation, bleibt andererseits aber doch merkwürdig unbestimmt. Nach Cardoso ist dies gerade ein Vorteil für konkrete Analysen, die eben nicht auf vorgefertigte Interpretationsfolien zurückgreifen können. Hinter dieser Offenheit der Abhängigkeitsanalyse und der Ablehnung funktionalistischer Argumentationen steckt die grundlegende Ablehnung, eine eigenständige Theorie der Abhängigkeit zu entwickeln. Begründet wird dies mit der Sinnlosigkeit, spezifische Gesetze des abhängigen oder peripheren Kapitalismus als allgemeingültige und von den in den Metropolen wirksamen Gesetzen der Kapitalakkumulation eindeutig unterscheidbare zu formulieren. Cardoso/Faletto sprechen daher eher von einer theoretisch geleiteten Analyse konkreter Abhängigkeitssituationen als von einer allgemeinen Abhängigkeitstheorie.

Ihr Einwand gegen die Standardversion der Abhängigkeitstheorie scheint mir der grundlegendste zu sein und bedarf daher noch einer kurzen Erläuterung. Abhängigkeit, Peripherie und Unterentwicklung sind zunächst beschreibende Kategorien, die übereinstimmende Merkmale für die dadurch bezeichneten Situationen von Dritte-Welt-Ländern zum Ausdruck bringen sollen. Die Verwandlung dieser Merkmale in analytische Kategorien einer allgemeinen Theorie führt notwendigerweise zu den dargestellten Problemen und zur Reduktion unterschiedlicher Geschichten der Kapitalakkumulation und der Klassenauseinandersetzungen auf nicht veränderbare Grundstrukturen (die „Tiefenstrukturen" des frühen Senghaas).

Damit verschwinden aber auch die die historische Entwicklung vorantreibenden konkreten Widersprüche zwischen Nationen, zwischen und innerhalb sozialer Klassen, zwischen Geschlechtern, etc. aus der Interpretation. Was übrig bleibt, ist dann die widerspruchsfreie Darstellung über- und allmächtiger Strukturen und eine abstrakt bleibende Revolutionserwartung ohne soziale AkteurInnen.

Funktionalistische Begründungszusammenhänge mögen in bestimmten historischen Phasen und intellektuellen Konjunkturen zwar ihren Reiz haben, denn sie entlasten von zu viel Komplexität. Dies könnte die Attraktivität der Standardversion der Abhängigkeitstheorie erklären. Demgegenüber erscheint mir das mühsame Brot einer gesellschaftliche Widersprüche auf allen Ebenen ernster nehmenden dynamischen Analyse konkreter „verwickelter" Abhängigkeitssituationen emanzipatorischer und langfristig tragfähiger.

Thomas Hurtienne

Literatur:

Amin, S. (1975): Die ungleiche Entwicklung. Hamburg

Booth, D. (1988): Marxismus und Entwicklungssoziologie: Der Weg in die Sackgasse, in: Prokla 71

Cardoso/Faletto (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt

Cardoso, F.H. (1977): The Consumption of Dependency Theory in the United States, in: Latin American Research Review Vol. XII/3, S. 7

Evers/Wogau (1973): Lateinamerikanische Theorien der Unterentwicklung, in: Das Argument 79, S. 404-454

Frank, A.G. (1969): Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt

Freyhold, M. (1981): Dependenztheorie/Dissoziationstheorie, in: Peripherie 5/6

Fröbel/Heinrichs/Kreye (1977): Die neue internationale Arbeitsteilung. Frankfurt

Hurtienne, Th. (1974): Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit, in: Probleme des Klassenkampfes 14/15, S. 213-283

Hurtienne, Th. (1984): Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozialökonomischen Entwicklungsdenkens, 2 Bd. Saarbrücken

Menzel/Senghaas (1986): Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Frankfurt

Nitsch, M. (1985): Die Fruchtbarkeit des Dependencia-Ansatzes für die Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung, in: Simonis, U. (Hrsg.), Entwicklungstheorie - Entwicklungspraxis. Berlin

Palma, G. (1981): Dependency and Development, in: D. Seers (Hrsg.), Dependency Theory, S. 20-78, London

Rostow, W. (1960): Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Göttingen

Senghaas, D. (Hrsg.) (1974): Peripherer Kapitalismus. Frankfurt

Senghaas, D. (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissozation. Frankfurt

Wallerstein, J. (1979): Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems, in: Senghaas, D. (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie. Frankfurt

Die Ratlosigkeit der Entwicklungstheorien

Südkorea paßt nicht ins Konzept

Die entwicklungstheoretischen Auseinandersetzungen um die Differenzierungstendenzen in der Peripherie im Zusammenhang mit der Herausbildung des „Schwellenländerphänomens" werden in jüngster Zeit ergänzt um Diskussionen über die divergierenden Entwicklungswege in Lateinamerika einerseits und der ostasiatischen Region andererseits. Tatsächlich gehören die Volkswirtschaften Ostasiens seit Anfang der 70er Jahre zu den dynamischsten der gesamten Weltwirtschaft. Das Bruttosozialprodukt wächst in Thailand, Indonesien, Malaysia und Südkorea im Zeitraum von 1970-1981 mit durchschnittlich 7,8 % um gut zwei Prozent schneller als in den lateinamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Peru und Venezuela. In den 80er Jahren expandieren die Ökonomien Ostasiens zwar verlangsamt, aber noch immer um jährlich etwa 6 %, während das BSP in den lateinamerikanischen Wirtschaften real rückläufig ist. Diese unterschiedlichen Entwicklungstrends in Lateinamerika und Ostasien spiegeln sich auch auf der Ebene der Außenverschuldung wieder. Bis auf die Philippinen ist keines der ostasiatischen Länder ernsthaft von der Verschuldungskrise betroffen, der lateinamerikanische Kontinent hingegen droht bekanntlich an seiner Schuldenlast zu ersticken. In den 80er Jahren deutet sich also eine erneute Differenzierung innerhalb der Gruppe der Schwellenländer in die eher exportorientierten, schnell wachsenden ostasiatischen Ökonomien und die scheinbar in eine Entwicklungssackgasse geratenen Binnenmarktmodelle Lateinamerikas an.

Diese Entwicklungen sind umso erstaunlicher, als die Industrialisierung in den großen Ländern Lateinamerikas bereits Anfang dieses Jahrhunderts einsetzte, zu einer Zeit, als beispielsweise Korea und das heutige Taiwan noch japanische Kolonien waren. Unterdessen liegt das Pro-Kopf-Einkommen in Südkorea und Taiwan bereits höher als in Argentinien, der bis in die 30er Jahre erfolgreichsten lateinamerikanischen Ökonomie. Selbst die Einkommensverteilung gestaltet sich in den ostasiatischen „Newly Industrializing Countries" weniger ungerecht als in Lateinamerika. In Brasilien verfügen die oberen 20 % der Bevölkerung über 66,6 % des Volkseinkommens (1972), in Mexiko über 57,7 % (1977), in Argentinien über 50,3 % (1976); in Südkorea liegt der respektive Wert bei 45,3 % (1976), in Taiwan bei 35,5 % (1976). Dementsprechend entfällt in den asiatischen Staaten ein größerer Anteil des verfügbaren gesamtgesellschaftlichen Einkommens auf die unteren 20 % der Bevölkerung. Und während in Südkorea die Außenverschuldung seit 1986 beachtlich verringert werden konnte (von 1985 48 Mrd. auf 1987 35,5 Mrd. Dollar) und sich Taiwan gar als Nettogläubigerland darstellt, steigt der Schuldenberg in den lateinamerikanischen Staaten stetig, in Argentinien beispielsweise von 43,5 Mrd. Dollar 1983 auf 55 Mrd. Dollar 1986. Argentinien erlebte seine ökonomische Blütezeit zwischen 1880 und 1930 und schien damals auf dem Weg zu einer der mächtigsten Industrienationen Amerikas zu sein. Das Lohnniveau und der Lebensstandard lagen selbst in den unteren Klassen auf einem deutlich höheren Niveau als in Süd-, teilweise sogar in Westeuropa. Seit Anfang der 50er Jahre jedoch befindet sich Argentinien in einer nahezu dauerhaften Stagnationsphase (vergl. Waldmann, 1986). Für Südkorea stellt sich die Situation genau andersherum dar: Das Land gehörte nach dem Ende des Koreakrieges (1953) zu den ärmsten Nationen der Welt, verfügte über keine nennenswerten Rohstoffe und litt unter der Teilung des Landes, die den Süden von wichtigen Erzvorkommen im Norden abgeschnitten hatte.

Entwicklungstheoretische Ratlosigkeit

Wie lassen sich nun diese ungleichzeitigen Entwicklungen, Stagnation und Verschuldungskrise auf der einen, dynamisches Wachstum und die Überwindung der Finanzkrise auf der anderen Seite, auf dem Hintergrund der jeweiligen nationalen Ausgangsbedingungen nach 1945 erklären?

Ich will im folgenden am Beispiel der nachholenden Industrialisierung Südkoreas und der anhaltenden Stagnationstendenzen in Argentinien einige Hypothesen zum Zusammenhang von weltwirtschaftlichen Strukturverschiebungen und Entwicklungschancen von Peripheriestaaten herausarbeiten, die auf eine Kritik der großen entwicklungstheoretischen Schulen – der bürgerlichen Modernisierungstheorie, der Dependenztheorie und der „Menzel/Senghaas-Positionen" – hinauslaufen.

Am Beispiel Südkoreas lassen sich die theoretischen Defizite der jeweiligen entwicklungstheoretischen Paradigmata anschaulich erläutern:

Aus **dependenztheoretischer Sicht** hätte der exportorientierte südkoreanische Entwicklungsweg an den restriktiven Wirkungen des Weltmarktes scheitern müssen. Der exogene Druck des Weltmarktes übersetzt sich entsprechend der Logik der Abhängigkeitstheorie in interne Deformationen, er führt zu „strukturellen Heterogenitäten", die eine nachholende Industrialisierung unmöglich machen. (Córdova, 1973) Die entscheidende These André Gunder Franks (1969, S. 35/36), eines der profiliertesten Dependenztheoretiker, lautet, daß in der

„weltumfassenden Struktur des Verhältnisses der Metropolen zu den Satelliten die Metropolen dazu bestimmt sind, sich zu entwickeln, wohingegen die Satelliten unterentwickelt werden."

Der Prozeß der „Entwicklung der Unterentwicklung" ist nach A.G. Frank irreversibel. Diese Überlegungen führen zu der Schlußfolgerung, daß

„die Satelliten ihre stärkste ökonomische Entwicklung und insbesonders ihre klassischste kapitalistisch-industrielle Entwicklung erfahren, wenn und nur wenn ihre Bindungen an ihre Metropolen am schwächsten sind."

Es verwundert aufgrund dieser Ausgangsprämissen nicht, daß gerade die dynamische Industrialisierung der **exportorientierten** ostasiatischen Schwellenländer die Dependenztheorie in größte Erklärungsengpässe brachte.

Von **neoliberalen Modernisierungstheoretikern** (vergl. Weltbank/IWF-Positionen) wird der südkoreanische Entwicklungsweg als Paradebeispiel für die grundsätzliche Möglichkeit der nachholenden Entwicklung unter kapitalistischen

Vorzeichen gefeiert. Die Hyperwachstumsraten in Ostasien scheinen den Entwicklungsoptimismus der kapitalistischen Modernisierer zu bestätigen. Doch auch diese theoretische Interpretation beruht auf zwei fragwürdigen Prämissen. **Zum einen** basiert der assoziative Entwicklungsweg Südkoreas gerade nicht auf liberalen Wirtschaftspolitiken, wie die Marktapologeten gern suggerieren, und **zweitens** werden die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen und damit die Bedeutung von externen entwicklungsbestimmenden Faktoren, unter denen die exportorientierte Industrialisierung Südkoreas stattfand, ausgeblendet. Zudem vermögen die kapitalistischen Modernisierungstheoretiker die vielfältigen Entwicklungsblokkaden in der Peripherie gerade im Kontext der Verschuldungskrise nicht zu erklären.

Zuguterletzt sind da noch die Entwicklungstheoretiker, die, von der Dependenzschule herkommend, auf der Basis von Analysen der Entwicklungswege der ostasiatischen Schwellenländer einen Paradigmenwechsel vollzogen haben. In der Bundesrepublik können in diesem Kontext Menzel und Senghaas als die prominentesten **entwicklungstheoretischen Konvertiten** genannt werden. Erfolgreiche nachholende Industrialisierung wird nun, in Umkehrung der alten Themen der Dependenztheorie, mit der Fähigeit zur Mobilisierung endogener Ressourcen und Entwicklungspotentiale begründet, die es ermöglicht, die restriktiven Weltmarktstrukturen produktiv zu verarbeiten (vergl. Menzel 1985 (a)). Die logische Konsequenz dieser Analyse mündet in der Hochstilisierung einiger erfolgreicher Ökonomien in „Modelle" für die Dritte Welt schlechthin. (Menzel 1985 (b); Senghaas 1982) Der Zusammenhang zwischen externen und internen entwicklungsbestimmenden Faktoren bleibt auch hier unberücksichtigt.

Diese Skizzierung der wichtigsten entwicklungstheoretischen Positionen verdeutlicht, daß sich Südkorea als ein Paradoxon für alle Entwicklungstheoreme gleichermaßen präsentiert und manifestiert damit die theoretischen Defizite der Drittwelt-Forschung.

Der gemeinsame Fehler der drei kurz charakterisierten großen entwicklungstheoretischen Ansätze besteht zum einen in der **eindimensionalen** Betrachtungsweise von Prozessen nachholender Industrialisierung: Jeweils werden entweder die endogenen (Modernisierungstheorie/Menzel) oder die exogenen entwicklungsbestimmenden Faktoren (Dependenztheorie) in das Zentrum der Analyse gerückt. Die andere Ebene erscheint dann als eine Art abgeleitete Sphäre. Zweitens basieren die diskutierten Globaltheorien **auf ahistorischen Prämissen.** Sie abstrahieren von den spezifischen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen und gehen entweder von der irreversiblen „Entwicklung der Unterentwicklung" oder von der grundsätzlichen Möglichkeit der nachholenden Industrialisierung aus.



Die Südkoreanische Automobilindustrie produziert den Export

Im folgenden wird daher versucht, externe und interne sich überlagernde **„Funktionsräume"** (vergl. Altvater 1987) miteinander zu vermitteln und insbesondere die Industrialisierungsgeschichte Südkoreas als **dynamischen Tranformationsprozess im historischen Raum** zu analysieren.

Weltwirtschaftliche Strukturverschiebungen nach 1945 und ihre Bedeutung für die Peripherie.

Die südkoreanische rohstoffarme Ökonomie verfügte nach dem Ende der Kolonialzeit (1945) über einige leichtindustrielle Komplexe (Bekleidung/Holz etc.), die nach dem Ende des Koreakrieges mit US-Hilfsgeldern wieder aufgebaut und erweitert wurden sowie eine auf die Grundnahrungsmittelproduktion ausgerichtete Landwirtschaft, die kaum in der Lage war exportierbare Überschüsse für den Weltmarkt zu produzieren. Eine UN-Wirtschaftskommission empfahl Südkorea 1954 den Ausbau der Landwirtschaft und die Steigerung von Agrarexporten, um so Industriegüterimporte finanzieren zu können. Auch der IWF hatte diese Entwicklungsstrategie seinerzeit unterstützt. Entgegen dieser Ratschläge begann Südkorea ab Anfang der 60er Jahre mit einer Exportoffensive im Bereich einfacher Konsumgüter (Bekleidung/Textil), die wider erwarten eine rasante Akkumulationsdynamik in Gang setzte.

Die Umstrukturierungen in der Weltwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg blockierten die Entwicklungschancen der meisten Länder und Regionen der Dritten Welt. Südkorea und einige andere Ökonomien hingegen wurden aufgrund ihrer spezifischen nationalen Entwicklungsressourcen zu Nutznießern der sich herausbildenden neuen Formen der Internationalen Arbeitsteilung.

Ein Vergleich der Kontrastfälle Argentinien und Südkorea verdeutlicht die unterschiedlichen Folgewirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen für die jeweiligen Ökonomien.

Argentinien als Primärgüterexporteur (Weizen/Fleisch) hatte in seiner Wohlstandsphase zwischen 1880 und 1930 von einer internationalen Arbeitsteilung profitiert, die vor allem durch komplementäre Austauschstrukturen gekennzeichnet war. Der Außenhandel der Industrieländer vor dem 2. Weltkrieg war zu zwei Dritteln auf die Peripherieländer ausgerichtet, in die Industriewaren (hier vor allem Investitionsgüter) geliefert und von denen Rohstoffe und Agrargüter bezogen wurden. Der Handel mit industriell gefertigten Konsumgütern spielte in dieser Entwicklungsphase des internationalen kapitalistischen Systems quasi keine Rolle. Diese Form der internationalen Arbeitsteilung „privilegierte" die Regionen der Peripherie, die über besondere natürliche Reichtümer verfügten. Mit deren Export sicherten sie sich Deviseneinnahmen, mit denen industrielle Kapazitäten aufgebaut werden konnten. Für das rohstoffarme Südkorea mit seinen sehr begrenzten landwirtschaftlich nutzbaren Flächen wäre unter diesen weltwirtschaftlichen Bedingungen eine erfolgreiche Exportstrategie undenkbar gewesen.

Im Verlauf des Nachkriegsbooms in den Industrieländern verschob sich das Zentrum des Welthandels vom komplementären Austausch zwischen den Metropolen und der Peripherie auf den intra- und interindustriellen Austausch zwischen den Industrieländern. Der Anteil der Primärgüter am Welthandel sank von etwa der Hälfte im Zeitraum 1930-1937 auf nur noch ein Fünftel 1970, während der Anteil der Fertigwaren von 37 % auf 55 % anstieg.

Infolge dieser Entwicklung sank der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel von 30,8 % (1950) auf 17,9 % 1970). Die Peripherie als Ganzes partizipierte also nicht an der dynamischen Entfaltung des Welthandels nach dem 2. Weltkrieg, sie fiel vielmehr als Primärgüterexporteur den

Umstrukturierungen der internationalen Arbeitsteilung zum Opfer. Die von den Dependenztheoretikern empfohlene „Abkopplung" vom Weltmarkt vollzog sich also gegen den Willen der Peripheriestaaten marktgerecht über die Funktionsweisen der kapitalistischen Weltwirtschaft nach 1945.

Diese Verschiebungen in der Struktur und Dynamik des Welthandels müssen als die Kehrseite der Entwicklungen in den Industrieländern, der Herausbildung eines neuen Akkumulationsmodells, interpretiert werden. Hierdurch wurden die Entwicklungsländer zumindest tendeziell ihrer strategischen Funktion innerhalb der Weltwirtschaft als Rohstoff- und Agrargüterlieferanten beraubt. Thomas Hurtienne (1986, S. 89) faßt den Zusammenhang zwischen der Entwicklungsdynamik in den Industrieländern und dem Bedeutungsverlust der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft wie folgt zusammen:

„Die technologische Modernisierung der Landwirtschaft (in den Industrieländern) erhöhte den Selbstversorgungsgrad und senkte daher den Importbedarf Westeuropas bei vielen Nahrungsmitteln; die durch niedrige Erdölpreise geförderte Substitution natürlicher durch synthetische Rohstoffe beflügelte die chemische Industrie und begrenzte gleichzeitig die Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen aus den Entwicklungsländern; die enorme Steigerung der Reallohnniveaus dynamisierte vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und weniger die nach den tropischen Genußmitteln und „Kolonialwaren" Kaffee, Kakao, Tee und Tabak..."

Während der Großteil der Rohstoff- und Agrargüter exportierender Entwicklungsländer von diesem Formwandel des kapitalistischen Weltsystems negativ getroffen wurde, profitierte Südkorea als Anbieter von einfachen Konsumgütern von den sich herausbildenden neuen Akkumulationsstrukturen in den Industrieländern.

Eines der wesentlichen Merkmale der „fordistischen" Entwicklungsmodelle in den Industrieländern besteht in der Dominanz der Massenproduktion von Konsumgütern auf der Basis wissenschaftlich „tayloristischer" Betriebsführung und der halbautomatischen „fordistischen" Fließbandproduktion. Die Auslastung der Kapazitäten der Massenkonsumgüterindustrien wird über die Kopplung der Lohnzuwächse an die gesamtwirtschaftliche Preis- und Produktivitätsentwicklung ermöglicht. Im Zuge dieser Entwicklung wird nun zunehmend auch der Konsum der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Verwertungsprozeß integriert.

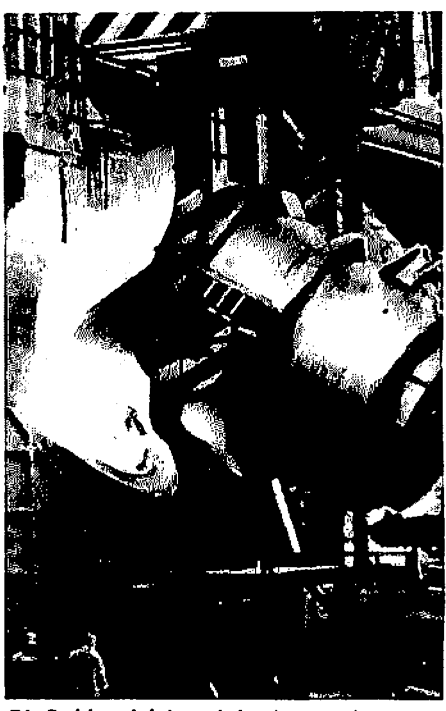
Noch bis 1945 wurden im Deutschen Reich 80% aller von Lohnabhängigenhaushalten nachgefragten Waren und Dienstleistungen im nichtkapitalistischen Sektor produziert. Die bis zu 90% auf die Grundbedarfsgüter Nahrung, Kleidung, Wohnung gerichteten Konsumausgaben der Arbeiterklasse versorgten also bis 1945 überwiegend die nichtkapitalistischen Waren- und Dienstleistungsproduzenten, die nur indirekt über die Vorprodukte- und Investitionsgüternachfrage mit den kapitalistischen Sektoren verbunden waren. (Hurtienne 1986, S. 76/ Lutz 1984, S. 101 ff.)

Die südkoreanische Exportoffensive im Bereich der einfachen Konsumgüter wäre also unter den Bedingungen der „präfordistischen" Akkumulationsmodelle und der alten internationalen Arbeitsteilung notwendig gescheitert, da die Konsumnachfrage der Lohnabhängigen in den Industrieländern von 1945 auf nichtkapitalistische Sektoren gerichtet war. Insbesondere im Textil- und Bekleidungsbereich (also den wichtigsten Exportgütern Südkoreas in der ersten Phase) wurde der Großteil des Bedarfs der Bevölkerung in den Industienationen durch kleine handwerkliche Betriebe und die Eigenarbeit der Haushalte gedeckt. Von der Industrie wurden im wesentlichen nur Stoffe und Tuche gekauft.

Die Verdrängung der nichtkapitalistischen Sektoren im „fordistischen Zeitalter", die Verallgemeinerung und Expansion von kapitalistischen Märkten für „Lohngüter", die dynamische Entwicklung der Reallöhne und die Entstehung einer „Supermarktkultur" in den Metropolen schaffte überhaupt erst die Nachfrage nach Produkten, die Südkorea zu produzieren in der Lage war.

Während der Großteil der Peripherie dieser nicht vorhersehbaren Entwicklung zum Opfer fiel, sich an die neuen Bedingungen — deren Dynamik erst in der ex-post Analyse nachvollziehbar wird — anpassen mußte (s. Argentinien), entsprechen die neuen Nachfragestrukturen in den Industrieländern, die sich auch in der internationalen Arbeitsteilung niederschlagen, den Produktionsmöglichkeiten und Entwicklungspotentialen Südkoreas. Die schlechte Ausstattung mit natürlichen Rohstoffen und die begrenzten Agrarkapazitäten entpuppten sich für Südkorea unter den Bedingungen der weltwirtschaftlichen Dynamik nach 1945 **paradoxerweise** geradezu als **eine Produktivkraft.** Argentinien demgegenüber scheiterte eben an den nationalen Ressourcen und ökonomischen Strukturen, die die Basis des wirtschaftlichen Erfolges vor dem zweiten Weltkrieg dargestellt hatten. Der Vergleich Argentinien — Südkorea verdeutlicht, wie sich ehemals günstige nationale Entwicklungspotentiale unter veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in eine hemmende Ressourcenausstattung verwandeln können und vice versa.

Die in der ex-post Analyse konstatierte gelungene exportorientierte Entwicklungsstrategie der südkoreanischen Entwicklungsplaner ist offensichtlich nicht nur eine Frage des „good-will", der „richtigen" Entscheidung (wie die Neoliberalen oder auch Menzel vermuten). Sie ist auch abhängig von den jeweiligen nationalen Ressourcen, Entwicklungspotentialen sowie der Dynamik und Struktur der Weltwirtschaft. Der gleiche weltwirtschaftliche Kontext produziert sowohl Entwicklungsblockaden für die eine Entwicklungsländergruppe, als auch Entwicklungspotentiale für andere Peripheriestaaten, deren nationale Ausgangsbedingungen unter anderen externen Rahmenbedingungen wiederum völlig wertlos sein könnten.



Die Stahlproduktion wird weiter gesteigert.

Interne Faktoren

Was sind nun die wichtigsten internen Faktoren, die den südkoreanischen Entwicklungsweg charakterisieren?

Vier Elemente scheinen von besonderer Bedeutung zu sein. Erstens die Anfang der 50er Jahre durchgeführte Landreform, die vor allem zur politischen und ökonomischen Eliminierung der Agraroligarchenklasse führte. Damit blieb Südkorea der in Lateinamerika bis heute existierende Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie zwischen der alten herrschenden Klasse der Agraroligarchen und der Industriebourgeoisie erspart, der jede längerfristige Entwicklungsstrategie unmöglich machte. Mit der Landreform war in Südkorea auf administrativem Weg die Entscheidung für ein Industrialisierungsprojekt gefallen. In Zukunft wurden alle zur Verfügung stehenden monetären und menschlichen Res-

sourcen dem Entwicklungsziel der Industrialisierung untergeordnet. In Argentinien hingegen kommen die unterschiedlichen Projekte der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse nur alternativ zum Zuge, mit der Folge, daß sich die in den jeweiligen Regierungs- oder Militärdiktaturphasen ausgeführten Politikstrategien gegenseitig konterkarieren.

Wichtiger Träger der Landreform in Südkorea waren interessanterweise die USA, die bekanntlich in anderen Regionen der Peripherie zur Not mit militärischer Gewalt Agrarreformen verhinderten. In Südkorea regten sie sie an, weil sie Angst vor der Verbreiterung sozialer Revolten in der Bauernschaft hatten, die sich nach den Landreformen im Norden Koreas abzeichneten.

Die Landreform führte zu einem gesellschaftlichen Machtvakuum, da den Landlords die materielle Basis ihrer Herrschaft abhanden gekommen war, aber auch noch keine Industriebourgeoisie existierte. Die während der japanischen Kolonialzeit entstandenen Industrien befanden sich nahezu gänzlich im Besitz der Okkupanten und waren nach der Befreiung von den Japanern zuerst in die Verwaltung der US-amerikanischen Militärregierung in Seoul und dann nach der Konstituierung des südkoreanischen Staates in dessen Besitz übergegangen. Die südkoreanische Industriellenklasse entstand also überhaupt erst in den 50er Jahren, unter der Ägide und Lenkung des Staates. Aus dieser spezifischen Klassen- und Machtkonstellation ergibt sich die in der Literatur häufig bestaunte „relative Autonomie" des südkoreanischen Staatsapparates gegenüber den Kapitalfraktionen.

Damit wären wir bei dem **zweiten** Spezifikum der südkoreanischen Entwicklung, der dominanten Rolle des Staates im Prozeß der nachholenden Industrialisierung. Entgegen den Interpretationen von IWF, Weltbank und anderen ist die koreanische Ökonomie durch ein Höchstmaß an Planung der Industrialisierungsphasen, Investitionslenkung und der Kontrolle des Außenhandels wie auch des Finanzsektors gekennzeichnet. In kaum einem anderen zum „Westen" gehörenden Land greift der Staat derart tief in den Produktionsprozeß ein wie in Südkorea. Die unsichtbare Hand des Marktes ist sicher nicht der Motor der südkoreanischen Entwicklung. (Messner 1988)

Drittens muß als ein weiterer wichtiger Aspekt darauf hingewiesen werden, daß Multinationale Unternehmen in Südkorea ein weit geringeres Gewicht haben als gemeinhin vermutet wird. Nur 6,3 % der Kapitalimporte zwischen 1965 und 1986 bestehen aus Direktinvestitionen ausländischer Konzerne (zum Vergleich: Brasilien/Mexiko über 25 %), 93,7 % hingegen aus externen Krediten, die unter nationaler Ägide ihre zumeist produktive Verwendung fanden. Der Entwicklungsprozeß Südkoreas ist also weit weniger durch die Multiinteressen bestimmt als die Industrialisierung der großen lateinamerikanischen Staaten.

Viertens ist auf die enorme Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiterklasse, die niedrigen Löhne und die langen Arbeitszeiten hinzuweisen, die die Konkurrenzfähigkeit koreanischer Produkte auf den Weltmärkten erhöhte. Dieser Punkt scheint mir jedoch **nicht der** wesentliche Grund der dynamischen Industrialisierung zu sein, da lange Arbeitszeiten und absolute Billiglöhne zum allgemeinen Erscheinungsbild in der Peripherie gehören, ohne daß sich daraus generell Industrialisierungsfortschritte ergeben hätten. Zweifelsohne verbesserte die auf brutaler Repression basierende Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivitäten die Verkaufschancen der südkoreanischen Unternehmen auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig jedoch wurden so die Möglichkeiten der Ausdehnung des Binnenkonsums, und damit Wachstumspotentiale, die auch zur Steigerung des Wohlstandes der eigenen Bevölkerung hätten beitragen können, unterminiert. Der häufig vertretenen These, nachholende industrielle Entwicklung sei überhaupt nur auf der Grundlage staatlicher Repression, ungleicher Einkommensverteilung und der Überausbeutung der Arbeitskräfte möglich, kann daher nicht zugestimmt werden.

Entscheidender ist offensichtlich das spezifische Zusammenwirken der genannten internen entwicklungsbestimmenden Faktoren und der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Der Zusammenhang zwischen weltwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen und der Industrialisierung Südkoreas ließe sich auch am Beispiel der globalen Krisenprozesse in den Industrienationen und dem kapitalistischen Weltsystem (Arbeitslosigkeit, sinkende Welthandelszuwachsraten, Stagnation, Verschuldungskrise usw.) ab 1973 demonstrieren. Südkorea profitierte auch in dieser Phase weltwirtschaftlicher Entwicklung von der **spezifischen Form der Krise.** (vergl. Messner 1988) Die Annahme der Dependenztheoretiker, wonach gerade exportorientierte Entwicklungsländer besonders von Krisenprozessen in der Weltwirtschaft betroffen sein müßten, erweist sich zumindest in ihrer Globalität als unzutreffend.

Ursachen von Entwicklungspotentialen und Blockaden

Versuchen wir auf dem Hintergrund der Analyse der divergierenden Entwicklungsverläufe in Argentinien und Südkorea ein kurzes Resümee zu ziehen:

Wir hatten festgestellt, daß die Form der Akkumulationsmodelle in den kapitalistischen Metropolen, die die Struktur der Weltwirtschaft dominieren, zugleich die Rahmenbedingungen für nachholende Industrialisierung absteckt. Nachholende Entwicklung ist daher notwendig **subaltern.** Zudem produzieren, wie gezeigt, die gleichen weltwirtschaftlichen Bedingungen für die jeweiligen Drittwelt-Länder ganz unterschiedliche **Entwicklungschancen** oder auch **Blockaden.** Subalternität impliziert daher

„... nicht notwendigerweise Verluste und Kosten...; sie kann zumindest zeitweise durchaus manchen Nationen Gratifikationen und einen Zuwachs von politischen Ressourcen bringen. Die Subalternität ist also asymetrisch." (Altvater, 1987, S. 99)

Südkorea ist ein Beispiel der Begünstigung exportorientierter Entwicklung durch spezifische weltwirtschaftliche Strukturen, Argentinien ein Exempel für den umgekehrten Fall.

Stellt sich die Frage, wodurch diese Asymmetrie bestimmt wird. Auf der Grundlage der bisherigen Analyse lassen sich drei Strukturdeterminanten benennen:

1. Entwicklungspotentiale für Peripheriestaaten sind abhängig von der jeweiligen **weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung,** den die Weltwirtschaft dominierenden Formen der Produktion, des Austausches und der Konsumtion auf der einen Seite und den nationalen Ressourcen der Drittwelt-Länder andererseits. Unter **„nationalen Ressourcen"** dürfen hier nicht nur industrielle Kapazitäten und Rohstoffe, sondern auch spezifische Klassenkonstellationen und Sozialstrukturen verstanden werden. Die **Kompatibilität** dieser endogenen Faktoren mit den exogenen, weltwirtschaftlichen Funktionsräumen ist notwendige Bedingung für eine erfolgreiche nachholende Industrialisierung. Am Beispiel Koreas heißt dies: die leichtindustriellen Kapazitäten aus der Kolonialzeit und die Rohstoffarmut erzwangen einen Weg der Exportorientierung im Bereich einfacher Konsumgüter, der in der alten internationalen Arbeitsteilung keine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, jedoch mit den neuen Strukturen der Weltwirtschaft vereinbar war. Der rasche Übergang von Agrar- zur Industriegesellschaft verdankt sich der erfolgreichen Ausschaltung der entwicklungshemmenden Klasse der Agraroligarchie.
2. Doch selbst die theoretisch existierende Kompatibilität von internen und externen entwicklungsbestimmenden Faktoren gewährleistet noch keine erfolgreiche nachholende Industrialisierung. Ökonomie vollzieht sich in der **Dimension der Zeit.** Die Parallelität von Zeitregimen **unterschiedlicher Funktionsräume** (Entwicklung der Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten, Welthandel, nationalen Konjunkturen, Aufbauphasen von Industrieanlangen etc.) ist daher eine weitere Bedingung der erfolgreichen Bewältigung von Entwicklungsanstrengungen. Die gleiche Entwicklungsstrategie, eingeleitet auf der Basis vergleichbarer industrieller Kapazitäten, kann zu einem Zeitpunkt gelingen und nur wenig später scheitern, weil plötzlich ein Verfall von Weltmarktpreisen für die eigenen Produkte eintritt, die Preise für zu importierende Vorprodukte steigen oder eine Zinsexplosion einsetzt, so daß sich die Fristenstruktur des

Schuldendienstes nicht mehr mit der Amortisation der mit den Krediten finanzierten Projekte deckt. Die Schwankungen dieser externen Determinanten, die unmittelbar oder mittelbar die natio-sind nur schwer vorhersehbar.
Die Übertragung von Entwicklungsstrategien, die in der einen weltwirtschaftlichen Phase in einer bestimmten Ökonomie erfolgreich waren, auf beliebige andere Nationen verbietet sich aufgrund dieser Überlegungen in Punkt 1 und 2. Es kann kein zeitloses, von den sich verändernden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den jeweiligen nationalen Ressourcen abstrahierendes „Entwicklungsmodell von der Stange" geben. Die Vorstellung von nachholender Industrialisierung als einem primär voluntaristischen Akt verfehlt somit den Gegenstand entwicklungstheoretischer Analysen.

3. Ökonomische Prozesse sind eingebunden in politische institutionelle Geflechte. Die Analyse der Entwicklung Südkoreas (oder auch Taiwans und Japans) legt den Schluß nahe, daß nachholende Industrialisierung politischer, **staatlicher Regulierung** bedarf, wenn die Widersprüche zwischen den an individuellen Profitinteressen orientierten Einzelkapitalen auf der einen Seite und dem politisch formulierten gesamtökonomischen Entwicklungsziel des Aufbaus kohärenter ökonomischer Strukturen auf der anderen Seite im Sinne des letzteren aufgelöst werden sollen. Der Markt als Nukleus der Mehrung der „Wealth of Nations" ist heute noch weniger verläßlich als zu Zeiten des Vaters der klassischen Ökonomie Adam Smith. „Nationale Kapitale" halten sich, gerade im Zeitalter des globalen Kapitalismus, nicht naturwüchsig an das politische Primat des Aufbaus einer funktionstüchtigen nationalen Ökonomie, sondern orientieren sich an den auf den internationalen Geld- und Finanzmärkten zu realisierenden Renditen. Die Dollarmillionen der lateinamerikanischen Bourgeoisie auf den Konten der internationalen Banken von New York bis zu den Bahamas sind der Beweis für diese schlichte Wahrheit.

Welche politischen und sozialen Regulierungsweisen nachholender Industrialisierung förderlich sind, ist widerum abhängig von dem weltwirtschaftlichen Kontext, in dem sich der Prozeß der Industrialisierung vollzieht und den jeweiligen nationalen Gegebenheiten.

Die Globalität des Kapitalismus und die Krise der globalen Entwicklungstheorien

Das aktuelle Dilemma der Entwicklungstheorie besteht darin, daß die Internationalisierung des Kapitals unterdessen das Prinzip der „Selbstverwertung des Wertes" auch bis in die engsten Kapillaren der Weltgesellschaft transportiert hat. Der kapitalistische Weltmarkt befindet sich überall, er ist global, perfekt geworden. (vergl. PROKLA 71, 1988) Gleichzeitig jedoch geraten, wie oben skizziert die „Globaltheorien" in der Dritte-Welt-Forschung (Dependenz- und Modernisierungstheorie) in die Krise und weichen häufig einem theoretischen Pragmatismus, der sich auf die Analyse von Einzelbeispielen beschränkt.

Die Globalisierung der kapitalistischen Ökonomie und die Differenzierungsprozesse in der Peripherie implizieren für die Entwicklungstheorie ein ambivalentes Verhältnis von Theorie und Empirie:

Empirische Materialien sind einerseits nötiger als je zuvor, um die Umstrukturierungsprozesse in der Peripherie überhaupt transparent zu machen, und die Vorstellungen von der Dritten Welt als einem homogenen Block, der mit Gedeih und Verderb dem gleichen Schicksal ausgesetzt ist, als Illusion zu entschleiern. Andererseits sind empirische Erkenntnisse über Einzelfälle und regionale Spezialitäten angesichts der Allgegenwärtigkeit des Weltmarktes und seiner transnational wirkenden Entwicklungstendenzen zugleich mit geringerer Aussagekraft bestückt als je zuvor. Der Genauigkeitsgrad der Aussagen im Detail kann einhergehen mit zunehmender Ungenauigkeit der Aussage über den Gesamtzusammenhang.

Die hier vorgestellten Überlegungen zu den Entwicklungswegen Südkoreas und Argentiniens unterstreichen die Notwendigkeit, „Einzelfälle" nachholender Industrialisierung im globalen ökonomischen Kontext zu diskutieren, die Überlagerung exogener und endogener Strukturen, nationaler Entwicklungspotentiale und Formen der Internationalen Arbeitsteilung in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen und die Artikulation verschiedener, sich überlagernder Funktionsräume (s.o.) und deren Interferenzen zu berücksichtigten.

Es gilt die **Dynamik** der kapitalistischen Weltwirtschaft und die damit korrespondierenden **Formveränderungen** in den Beziehungen zwischen den hochindustrialisierten Nationen und den Entwicklungsländern aufzuspüren. Industrialisierung und nachholende Entwicklung in der Peripherie müssen als globale historische Prozesse, als Bestandteil und Ausdruck der sich im Wandel befindlichen internationalen Arbeitsteilung begriffen werden, in die nationale Ökonomien **ungleichzeitig** und **ungleichmäßig** einbezogen sind.

Offensichtlich kann — entgegen dem Entwicklungsoptimismus der Modernisierungstheoretiker und den pessimistischen Perspektiven von der „Entwicklung der Unterentwicklung" der Dependenztheoretiker — die Einbindung in den globalen Verwertungszusammenhang sehr unterschiedliche Resultate produzieren: ausschlaggebend sind die spezifische Stellung der Länder im Weltmarktkontext sowie die jeweiligen nationalen Entwicklungspotentiale und -strategien.

Die Hierarchisierungstendenzen in der Peripherie haben die Erklärungsschwächen des bis noch vor kurzem in der Linken dominanten Dependenzansatzes sichtbar gemacht, jedoch zugleich den ideologischen Charakter der bürgerlichen Modernisierungstheoretiker entlarvt. Die Dependenztheorie hat viele wichtige Bausteine zur Kritik der Modernisierungstheorie geliefert. Eine schlüssige theoretische Alternative gibt es bisher nicht. Diese ist jedoch notwendig, gerade angesichts unserer theoretischen und praktischen Hilf- und Phantasielosigkeit, die uns alternative Entwicklungspfade für die Peripherie, die über die (richtige) Forderung nach Schuldenstreichung hinausweisen, gar nicht mehr denken läßt.

Dirk Messner

Literatur

Menzel, Ulrich: Die ostasiatischen Schwellenländer - Modell für die Dritte Welt, in: Birk, Michael, z.a.; (Hg); Politik gegen die Krise, Marburg 1985 (b)
Messner, Dirk: Südkorea: Kontrastfall in der Verschuldungskrise - Streitfall in der entwicklungstheoretischen Debatte, in: Peripherie, Nr. 32/33, (August) 1988
Senghaas, Dieter: Von Europa lernen, Frankfurt a.M. 1982
PROKLA 71: Ein Markt und viele Welten, Berlin 1988
Waldmann, Peter: Argentinien: Schwellenland auf Dauer, in: pvs Nr. 16, 1985
Altvater, Elmar: Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987
Córdova, Armando: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt a.M. 1973
Frank, André Gunder: Die Entwicklung der Unterentwicklung, in: Echeverria, B./Kornitzky, H.: Die Entwicklung der Unterentwicklung, Westberlin 1969
Hurtienne, Thomas: Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt, in: Peripherie Nr. 22/23, 1986
Lutz, Burkhard: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt - New York 1984
Menzel, Ulrich: In der Nachfolge Europas, München 1985 (a)

Autozentrierte Entwicklung

Eine entwicklungspolitische Alternative für die Dritte Welt?

Die Theoretiker des Peripheren Kapitalismus (Amin, Senghaas) verkaufen ihr Entwicklungsmodell, mit der Zauberformel „autozentrierte Entwicklung" versehen, als entwicklungspolitische Alternative für die Dritte Welt. Je genauer man allerdings dieses Modell anschaut, desto weniger alternativ schaut es zurück. Senghaas, Amin — wie übrigens auch die anderen Dependenztheoretiker — vermögen es letztlich nicht, sich mit ihren Entwicklungsvorstellungen vom Bild der kapitalistischen oder realsozialistischen Industriegesellschaften zu lösen.

Als „eigenbestimmten politischen, sozioökonomischen und kulturellen Entwicklungsweg" definiert Senghaas[1] autozentrierte Entwicklung und führt damit ein Stück weit in die Irre. Das Ziel der ökonomischen Entwicklung nämlich gibt seine Entwicklungstheorie sämtlichen Gesellschaften vor — nicht zufällig ist in der wiedergegebenen Definition von Entwicklungsweg die Rede: „Eng vermaschte", „vollständige Industrieökonomien", die in der Lage sind, die Masse der Bevölkerung (wie auch immer) an ihrem produktiven Geschehen teilhaben zu lassen, stehen am Ende der autozentrierten Entwicklung. Ob eine solche Industrieökonomie sozialistisch oder kapitalistisch organisiert ist, ist für Senghaas eine zweitrangige Frage:

„Universell sind also nicht Entwicklungswege; wenn von Universalität überhaupt zu reden ist, dann, bei allen Nuancen und Variationen im einzelnen, im Hinblick auf die Endbausteine, die sich auf unterschiedliche Weise herausbilden und im Endeffekt zu Ökonomien des metropolitanen Typs zusammenfügen. Zu diesen Bausteinen gehören eine leistungsfähige Landwirtschaft, eine zunehmende Ausdifferenzierung des Industriesektors, in dem industriell sowohl Konsumgüter als auch Produktionsgüter produziert werden, eine enge Vermaschung von Landwirtschaft und Industrie, eigene technologische Kapazitäten (...). Derart identische ökonomische Strukturmuster sind als Endprodukte unterschiedlicher Entwicklungswege mit höchst unterschiedlichen politischen Systemmerkmalen und Gesellschaftsstrukturen vereinbar."[2]

Die unterschiedlichen Wege autozentrierter Entwicklung lassen sich grundsätzlich in zwei Gruppen ordnen:

A) Der „klassische" Weg der Theorie des peripheren Kapitalismus: Abkoppelung vom Weltmarkt, Durchführung einer Landreform zur Schaffung von Massenkaufkraft, Schließung der Lücken des Produktionsapparates, insbesondere Aufbau eines Produktionsgüter- und eines Massenkonsumgütersektors.

B) Der von Skandinavien, Australien, Neuseeland abgeguckte Export-Weg, 1982[3] erstmals formuliert:

Eingliederung in den Weltmarkt, häufig zunächst mit unverarbeiteten Rohstoffen, Übergang zur Weiterverarbeitung der Rohstoffe, Aufbau anderer Industriesektoren um den Exportsektor herum (etwa Produktion von Landmaschinen, Ausrüstungen für Sägewerke usw. aber auch Konsumgüterproduktion für die Nachfrage, die von den Beschäftigten der übrigen Sektoren ausgeht).

Eine solche weltmarktabhängige Entwicklung, die allmählich zu einem vollständigen industriellen Produktionsapparat autozentrierten Typs führt, gründet im wesentlichen darin, daß von Anfang an ein großer Teil der Bevölkerung von der Exportproduktion profitiert und nicht außen vor bleibt wie in den peripheren Exportökonomien.

In den von Senghaas in „Von Europa lernen" analysierten Exportökonomien war eine solche Teilhabe der Bevölkerung an der Exportproduktion freilich nicht die Folge einer besonderen Menschenfreundlichkeit der Unternehmer, sondern hatte sozialstrukturelle und politische Ursachen:

-Die Besitzverteilung im Agrarbereich war einigermaßen ausgeglichen, es dominierte Mittelbesitz. Folge: prosperierende Bauern.

- Die Arbeiterschaft hatte eine relativ starke Stellung. Sie war gewerkschaftlich organisiert und konnte hohe Lohnforderungen durchsetzen, so daß von ihr bald eine nennenswerte Nachfrage nach Konsumgütern ausging usw.

Neben den genannten sozialstrukturellen und politischen gibt es freilich noch eine weitere Voraussetzung für das Gelingen einer exportabhängigen Entwicklung: Der Weltmarkt muß mitspielen. Senghaas räumt ein, daß eine solche Entwicklung, wie sie den skandinavischen Ländern, aber auch Australien und Neuseeland Ende des 19. Jahrhunderts noch offenstand, unter den Weltmarktbedingungen des 20. Jahrhunderts eher unwahrscheinlich ist.

Seit 1986[4] existiert für Senghaas nun ein neuer Weg autozentrierter Entwicklung, nämlich der der ostasiatischen Schwellenländer Südkorea und Taiwan, die wohlgemerkt ausgesprochene Billiglohnländer sind und die unter B) genannten Entwicklungsbedingungen längst nicht erfüllen. Sie haben sich mit billigen Industriewaren auf den Weltmarkt gestürzt und inzwischen ganz ansehnliche vollständige, „vermaschte" Industrieökonomien aufgebaut. Auch die Einkommensverteilung ist Senghaas zufolge nicht so krass ungerecht wie in anderen Ländern, was ihm belegt, daß die hohen Wachstumsraten nicht nur einer kleinen Elite, sondern „großen Teilen der Bevölkerung" zugute kommen.[5] Offensichtlich rechnet Senghaas bei den Lesern, die die südkoreanischen Verhältnisse kennen, mit einem kräftigen Stirnrunzeln, wenn er schon eine Seite später beschwichtigt: „Natürlich sind die Löhne noch niedrig, die Sozialleistungen begrenzt, die Arbeitsschutzbestimmungen mangelhaft. Sie sind es aber nur dann, wenn man westeuropäische Maßstäbe der achtziger Jahre heranzieht. (...)

Wenn man schon heutige Industriegesellschaften zum Vergleich heranzieht, dann sollte man ihre Situation in der Mitte oder zum Ende des 19. Jahrhunderts betrachten."[6] Vermutlich wird sich so manche Stirn durch diese Sätze nicht glätten lassen. Eher wird die Frage auftauchen, wodurch sich Herr Senghaas eigentlich noch von der ganz platten Modernisierungstheorie unterscheidet.

Daß Senghaas sich dazu verleiten läßt, den Südkoreanischen Weg als einen Fall gelingender Entwicklung einzustufen, gibt der oben vorgebrachten Kritik an seinem Entwicklungsbegriff zusätzlichen Stoff. Die Maßstäbe, die dem Konzept der autozentrierten Entwicklung zugrundeliegen, sind zu offensichtlich dem europäischen Kapitalismus verwachsen, als daß es sich noch irgendwie als ein emanzipatives Konzept verkaufen ließe.

isar

Anmerkungen:

1. Dieter Senghaas: Autozentrierte Entwicklung. In: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von Nohlen/Nuscheler, 1982, S. 359
2. Dieter Senghaas (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt 1979. Hierin ders., S. 307
3. Dieter Senghaas: Von Europa lernen, Frankfurt 1982
4. Dieter Senghaas, Ulrich Menzel: Europas Entwicklung und die Dritte Welt, Frankfurt 1986
5. siehe 4), S. 154
6. siehe 4), S. 155

Kultur

Eine Begriffsklärung in kritischer Absicht

Mit dem Themenblock „Kultur" im letzten Heft haben wir erstes Diskussionsmaterial geliefert. Sowohl in unserer Redaktion als auch außerhalb gab es Kritik am Kulturbegriff des Editorials.

Beim bisherigen Erkenntnisstand lassen sich neben einigem Unwillen am Thema, vor allem Unschärfen und Unwissenheit feststellen. Weitere Überlegungen zum „internationalistischen Kulturbegriff" sind daher notwendig und interessant. Auch im Hinblick darauf, daß derzeit die Vorbereitungen für den nächsten BUKO zu „Kultur und Widerstand" anlaufen.

Nachfolgende Stellungnahme sollte der Anfang einer Reihe weitertreibender Beiträge sein — lest, denkt und schreibt!

„Kultur" ist seit einigen Jahren zweifellos ein Modethema sozialwissenschaftlicher und publizistischer Auseinandersetzungen. Dieses gewachsene Interesse an kulturellen Themen tendiert dazu, die Auseinandersetzung mit ökonomischen und politischen Prozessen aus dem Focus des öffentlichen Interesses zu verdrängen. Gegen eine postmoderne Beliebigkeit von Themen und Begriffen ist es deshalb die Aufgabe kritischer Reflexion, kenntlich zu machen, **daß auch in der Auseinandersetzung über Dimensionen und Aspekte von Kultur die Frage nach der Struktur nationaler und internationaler Herrschaftsverhältnisse enthalten ist.** Die Auseinandersetzung um kulturelle Klassifikations- und Ordnungssysteme erweist sich dabei als „eine vergessene Dimension der Klassenkämpfe" (Bourdieu)[1]. Zur Aufhellung dieser „vergessenen Dimension" ist eine Klärung des Kulturbegriffes und seiner kritischen Potenzen unverzichtbar.

1. Wird Kultur - so im Editorial der blätter Nr. 153 — als relativ eigenständiger Komplex der Gesellschaft verstanden, der von anderen gesellschaftlichen Bereichen unterschieden ist, so werden die Möglichkeiten einer kritischen Kulturanalyse von vorneherein erheblich eingeschränkt. Kultur wird analytisch herausgelöst und als eine Sphäre verstanden, die scheinbar neben den „harten" Strukturen von Ökonomie und Politik, Macht und Politik sich bewegt und erst in zweiter Linie in bezug zu diesen Bereichen tritt. Dieses Verständnis von Kultur ist unzureichend und unterschätzt die gesellschaftliche Bedeutung von Kultur, denn: **auch ökonomische Prozesse, politische Herrschaftsverhältnisse und technische Strukturen enthalten in sich eine kulturelle Dimension**[2], sie setzen symbolische Ordnungen, Wahrnehmungsweisen und Interpretationsschemata voraus. Industrielle Produktionsprozesse z.B. sind auf die kulturellen Basisnormen der Arbeits- und Zeitdisziplin notwendig verwiesen; in die Konstruktion technischer Prozesse gehen kulturelle Vorstellungen über Natur und die Weisen ihrer Bearbeitung ein. Diese und andere kulturelle Aspekte von Ökonomie, Politik und Technik sind nicht zureichend als eigenständige Bereiche zu verstehen. Ihre Entwicklung und Reproduktion ist Teil der ökonomischen, politischen und technischen Prozesse selbst: die Normen der Arbeits- und Zeitdisziplin werden durch die Ökonomie des industriellen Kapitalismus nicht nur vorausgesetzt, sie werden tagtäglich im Arbeitsprozeß realisiert und dadurch aufrechterhalten: in die Konstruktion eines Autos sind kulturelle Vorstellungen über Mobilität eingelassen. Ökonomische, technische und kulturelle Prozesse sind derart unauflöslich ineinander verflochten, also gerade keine eigenständigen Sphären.

Wird **Kultur in diesem Sinne als Dimension der symbolischen Ordnungen verstanden, die in allen gesellschaftlichen Prozessen enthalten ist**[3], so folgt daraus zunächst, daß Kulturaustausch, kulturelle Konflikte und Widersprüche nicht nur dort stattfinden, wo in offensichtlicher Weise Auseinandersetzungen über Werte, Normen, Lebensgewohnheiten und künstlerische Stile sich vollziehen. **Vielmehr ist schon der Export einer bestimmten Technologie auch als kultureller Prozeß zu begreifen:** Die Technologie enthält in ihrer Konstruktion Vorstellungen über angemessene Formen der Naturbearbeitung und der Gestaltung menschlicher Arbeit. Ihr Einsatz birgt deshalb einen ökonomischen und zugleich kulturellen Konflikt in sich.

2. Auf diesem Hintergrund wird auch ein Verständnis problematisch, das das Verhältnis von Kultur und Ökonomie, Kultur und Politik mit der Kategorie der Wechselwirkung zu begreifen versucht. Die Hegel-Marxsche Kategorie der Wechselwirkung von Basis und Überbau, Ökonomie und Kultur setzt die Vorstellung getrennter, relativ eigenständiger Bereiche voraus. Dabei betont die marxistische Theorietradition, daß Kultur und Ökonomie keine gleichgewichtigen Bereiche sind. Realiter erweisen sich ökonomische Strukturen und Prozesse gegenüber kulturellen als stärker. Prozesse der Kulturzerstörung im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung belegen dies. Diese Realität des Verhältnisses von Ökonomie und Kultur ist zu unterscheiden von der Forderung, das Primat der Ökonomie zurückzudrängen und der Eigenständigkeit von Kulturen Geltung zu verschaffen.

Gegenüber dem Ökonomismus der marxistischen Theorietradition, versuchen neuere Konzepte berechtigterweise geltend zu machen, daß ein Primat der Ökonomie nicht umstandslos — in Absehung von spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen und Entwicklungen — vorausgesetzt und zur Norm erhoben werden kann. Wie aber die reale Übermacht der kapitalistischen Ökonomie gegenüber vor- und außerkapitalistischen Kulturen angemessen zu verstehen sei, ohne auf das unzulängliche Konzept der Kultur als bloßem Anhängsel der Ökonomie zurückzufallen, ist bislang unklar.

Wenn Kultur hingegen nicht als relativ selbständige Sphäre, sondern als notwendige Dimension auch ökonomischer Prozesse gedacht wird, ergibt sich eine andere und nach meinem Dafürhalten fruchtbarere Sichtweise: Konflikte zwischen sog. 1 und sog. 3. Welt lassen sich dann als **Konflikte zwischen verschiedenen ökonomischen bzw. politischen Strukturen und den ihnen zugehörigen kulturellen Dimensionen** interpretieren, nicht als Konflikt zwischen kapitalistischer Ökonomie auf der einen und traditioneller Kultur auf der anderen Seite.

3. Aus diesem Verständnis von Kultur folgen auch Konsequenzen für die Frage, wie über ein bloß beschreibendes, deskriptives Kulturverständnis hinauszugelangen sei, ohne Kultur als abgehobenen Bereich des Wahren, Guten und Schönen darzustellen. Noch für die kritische Theorie war die Autonomie der höheren Kultur, ihre Distanz zu Ökonomie und Herrschaft Grundlage der Hoffnung, daß aus dieser Sphäre der zweck- und herrschaftsfreien Selbsttätigkeit die Grundlegung von Gesellschaftskritik erwachsen könne. Mit der Integration der höheren Kultur in den Betrieb der Kulturindustrie wird dieses Konzept problematisch: „die Zivilisation übernimmt, organisiert, kauft und verkauft die Kultur..., die autonomen, kritischen Kulturgehalte werden pädagogisch, erbaulich, zu etwas Entspannendem – ein Vehikel der Anpassung." (Marcuse)[4] In diesem Prozeß verliert auch die sog. höhere Kultur den Charakter eines direkten und selbstverständlichen Gegensatzes zur Realität von Ökonomie und Politik – ihre kritische Dimension bedarf der Begründung. Wird zudem der Kulturbegriff auf die Aspekte der Alltagskultur ausgeweitet, kann die Vorstellung einer relativen Autonomie von Kultur nicht mehr zur Begründung von Kritik herangezogen werden. Kultur ist dann real und begrifflich Teil der gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Welche Wertvorstellungen und Normen menschlicher Lebenspraxis zugrundezulegen sind, ist in diesem Verständnis keine bloß kulturimmanente Frage mehr, von der die vorgeblich rationalen und effizienten Logiken von industrieller Technik und marktwirtschaftlicher Ökonomie ausgenommen sind. Ebenso stellt sich Kultur nicht mehr als der positive Maßstab dar, an dem Ökonomie und Politik kritisch zu messen seien – womit kulturelle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung begrifflich nicht mehr erfaßt werden können. Die Frage, welche Formen menschlicher Entfaltung von Selbstbestimmung und Selbstbewußtsein gefördert oder unterdrückt werden, läßt sich dann gegenüber ökonomischen und technischen Strukturen ebenso stellen wie gegenüber kulturellen Strukturen und Prozessen. **Kultur ist somit als eine Dimension menschlicher Praxis zu bestimmen, die ebenso in die Verhältnisse von Macht und Herrschaft, Unterdrückung und Widerstand einbezogen ist, wie Ökonomie und Politik.**

4. Die Schwierigkeiten einer kritischer Theorie und Praxis angemessenen Handhabung des Kulturbegriffs werden im Editorial des Kulturschwerpunktes der blätter in der Formulierung deutlich, Kultur umfasse „diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse, die unmittelbar die Persönlichkeitsentwicklung der Individuen betreffen" (S. 10). Diese Bestimmung taugt nach meinem Dafürhalten deshalb nicht zur Charakterisierung des Begriffs Kultur, weil auch ökonomische und politische Verhältnisse unmittelbar in das Leben jedes Individuums eingreifen. **Nicht nur im gesellschaftlichen, auch im individuellen Lebensprozeß sind Kultur, Ökonomie und Politik ineinander verflochten.** Die Besonderheit und die kritische Potenz der kulturellen Dimension sehe ich darin, daß aus den kulturellen Prozessen von Verständigung und Bewußtseinsbildung, aus der Entwicklung von Konzepten menschlich angemessener Lebenspraxis die Grundlage der bewußten Gestaltung auch von Ökonomie und Politik – jenseits von Ausbeutung, Erniedrigung und Unterdrückung – erwachsen kann.

Albert Scherr

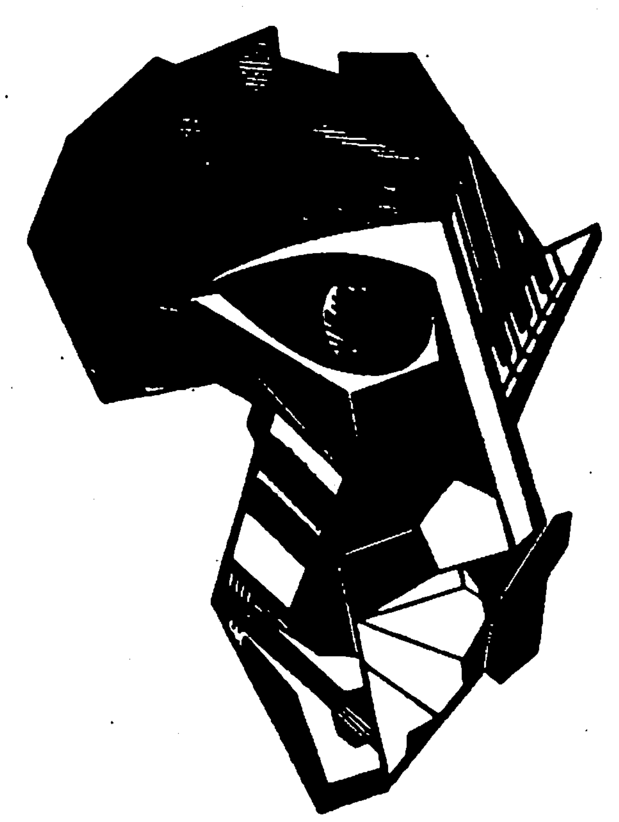
Literatur

P. Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Frankfurt 1984
K. Eder: Die Vergesellschaftung der Natur. Frankfurt 1988
H. Marcuse: Kultur und Gesellschaft 2. Frankfurt 1965
M. Sahlins: Kultur und praktische Vernunft. Frankfurt 1981
J. Weiss u.a. (Informationszentrum Sozialwissenschaften): Kultur und Gesellschaft. Literaturdokumentation 1979–1988. Bonn 1988

1. P. Bourdieu, S. 755
2. Die kulturellen Implikate der kapitalistischen Ökonomie versucht M. Sahlins herauszuarbeiten.
3. Überlegungen zu einer derartigen Fassung des Kulturbegriffs liegen u.a. bei Sahlins, Eder und Weiss vor.
4. Marcuse, S. 155

Afrikanische Literaturtage in Hamburg

11.-20. Okt. '88



An neun Tagen Lesungen und Diskussionen, dazwischen ein Wochenendkolloquium: eine Gruppe von Leuten um die Werkstatt 3 hatte nach zweijähriger Vorbereitung wichtige afrikanische AutorInnen eingeladen und, vielleicht noch entscheidender, gute Themenvorschläge für die Gespräche mit ihnen erarbeitet. Zwei Tage lang war Dialog angesagt, auf folgender Basis:

Afrikanische Literatur ist mehr als nur Illustrationsmaterial für gängige Dritte-Welt-Ansichten, wie etwa Afrika als Katastrophenkontinent oder Reservoir heiler Traditionen. Als eigenständiger Beitrag zur Weltliteratur ist sie, mit ihren eigenen Themen und Ausdrucksformen, mit spezifischen Traditionen, Bedingungen und Zielen Ausdruck afrikanischen Selbstbewußtseins.

In Afrika gibt es Literatur nicht erst seit dem 20. Jhd. Lange bevor dort Literatur in europäischen Sprachen entstand, gab es Werke in afrikanischen Sprachen: in Kisuaheli z.B. seit dem 9. Jahd. Vor allem aber müssen die mündliche Überlieferung von Liedern, Sprichwörtern, Geschichtsereignissen... als literarische Tradition Afrikas gesehen werden, so Ngugi wa Thiong'o aus Kenia.

Literatur und Befreiung

Die neokoloniale Situation der Literatur sieht er wie folgt: Wie überall, so würden auch afrikanische AutorInnen unterschiedliche Positionen vertreten. Wolle man jedoch für die Bevölkerungsmehrheit und nicht für eine Elite schreiben, stehe man augenblicklich im Konflikt mit den Regierenden: eine solche Literatur sei Befreiungsmittel, nach außen wie nach innen, und habe internationale Bezüge zu allen demokratischen Kräften.

Abdilatif Abdalla, ebenfalls aus Kenia, vertritt diese Position seit seinen ersten Veröffentlichungen mit aller Konsequenz: Für das Volk schreiben, das geht nur in den Sprachen des Volkes, in Suaheli und Gikuyu also, und nicht in Englisch. Diejenigen aber, für die man schreibt, können sich keine Bücher leisten. D.h. Schriftsteller, die für das Volk schreiben wollen, müssen sich auf mündliche, gesprochene Literatur zurückbesinnen (z.B. Gedichte, Dialoge) oder den Leuten das Lesen beibringen. Eine weitere Möglichkeit ist, Kassetten zu besprechen — was noch den Vorteil hat, daß Kassetten schwieriger zu verbieten sind.

Die Lebenswege Abdallas und Ngugi wa Thiong'os zeigen, welche Folgen solche Ansichten nachsichziehen, nicht nur in Kenia: Als Abdalla die korrupten Wahlpraktiken der KANU-Regierung kritisierte, sperrte ihn diese ins Gefängnis. Dort verfaßte er heimlich, auf Toilettenpapier, Gedichte in Kisuaheli. Ähnlich Ngugi: wegen seiner die Mißstände herausarbeitenden Theaterarbeit mit Dorfbewohnern (vgl. iz3w 153, Art. „Kaum 'O-Töne' im Radio") kam er ins Gefängnis, und begann, trotz seiner Romanerfolge in Englisch, in der Sprache seiner Landsleute auf Gikuyu, zu schreiben. Beide arbeiten heute in London, im Exil.

Im Kenia des Dikators Daniel Arap Moi, so Ngugi, könne kein Schriftsteller ruhig schlafen. Seit 1982 seien schon einige im Knast gewesen. Niemand kann sicher sein, nicht gefangengenommen oder getötet zu werden. Für die Literatur sieht er folgende Aufgabe: „Eine Literatur des Volkes soll dem Volk Kraft, Mut, Hoffnung geben zum Kampf — ähnlich, nur entgegengesetzt, wie die imperialistische Literatur den Imperialismus unterstützt hat." Mit anderen Worten: „Schreien reicht nicht, wenn man sich in den Klauen der Katze befindet, sondern man muß ihr die Zähne brechen."

Sprachenfrage

Ob afrikanische Literatur nur in afrikanischen Sprachen oder auch in europäischen geschrieben werden soll, wird in Afrika, mit seinen zighundert Sprachen, unterschiedlich beurteilt.

Im britisch kolonisierten Ostafrika waren einheimische Sprachen seit der nominellen Unabhängigkeit gefördert worden. Vor allem in Tansania, das aufgrund des im ganzen Land verbreiteten Kisuaheli über eine der besten Ausgangspositionen verfügte, eine afrikanische Nationalsprache zu schaffen.

In letzter Zeit jedoch erweisen sich die Herrschenden gegenüber dem Kulturimperialismus als besonders anfällig: Seit zwei Jahren darf Kisuaheli in den Schulen Tansanias nur noch in nicht-naturwissenschaftlichen Fächern benutzt werden, und auch in der Hochschule wird es wieder durch Eng-

lisch ersetzt. Grund: Für Unterricht in englischer Sprache stellt der British Council Mittel zur Verfügung, für Kisuaheli selbstredend nicht. In Kenia ist seit 4 Monaten per Dekret verfügt, wieder mehr Shakespeare zu lesen und dafür nur noch drei bis vier afrikanische Autoren. Hintergrund sind auch hier finanzielle Leistungen des britischen Kulturinstituts. Ohne eine massive staatliche und kontinentale Förderung afrikanischer Sprachen aber ist keine Änderung in der aktuellen Hierarchie koloniale Elitesprache – afrikanische Volkssprache(n) möglich. Die Argumentation Buchi Emechetas aus Nigeria, einem Land mit allein für sich schon mehr Sprachen als Europa, macht klar, daß es für Afrika in der Sprachenfrage keine pauschale Lösung gibt. Englisch sei eine gute Waffe für südafrikanische Schüler, wenn sie gegen die erzwungene Rückkehr zu Bantuerziehung streikten, um die Aufsplitterung in unterschiedliche Bantussprachen zu verhindern. Auch habe das Ibo-Sprichwort nicht Unrecht: „Wenn du eine Hexe fangen willst, mußt du erst lernen, nach ihrer Musik zu tanzen". –

Neben afrikanischen Sprachen sei auch die Beherrschung des Englischen wichtig, das zunehmend für eigene Zwecke instrumentiert werde: „Jetzt wird es unser Englisch", denn afrikanische und karibische Einflüsse formen den Standard langsam aber sicher um. In welchem persönlichen Dilemma SchriftstellerInnen stehen, läßt die Selbstbeschreibung Tshintenga Lubabus, Schriftsteller und Redakteur der einzigen Literatursendung Zaires, deutlich werden. Er, der fünf Sprachen spricht und seit seinem 6. Lebensjahr die französischsprachige Schule besuchte, vermag nicht zu sagen, welche seine Muttersprache ist: „Ich habe Schwierigkeiten, wirklich eine Sprache für mich zu finden." Seine provisorische Lösung ist Französisch. – „Ich bin französisch kolonisiert, aber zukünftige Autoren müssen in afrikanischen Sprachen schreiben" umreißt Jean-Marie Adiaffi aus Côte d'Ivoire die schizophrene Situation, in der sich ein Teil der heutigen Schriftsteller befindet.

Afrikanische Schriftstellerinnen und Feminismus

Ama Ata Aidoo, ehemals Kulturministerin Ghanas, fährt aus der Haut: „Mir paßt es nicht, daß ständig unsere Bäuche mit unseren Büchern zusammengebracht werden. Achebe, Soyinka, Ngugi werden auch nicht immer auf ihre Kinder angesprochen." Dauernd werde sie nach der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit gefragt, nach ihrer feministischen Einstellung – doch ihre Bücher würden die Fragerinnen oft noch nicht mal kennen. Sie wehrt sich gegen diese einseitige Festlegung und appelliert, „Schriftstellerin nicht in ein Ghetto des Feminismus abzudrängen."

Auch Buchi Emecheta sträubt sich gegen europäische Vereinnahmung. Sie habe Schwierigkeiten mit diesem Begriff, der ihr zu sehr von weißer Mittelelite und gutgekleidetem relativen Wohlstand geprägt sei. Ohne die europäischen Begriffe zu kennen, habe sie aus Frauensicht geschrieben. Im übrigen erscheint ihr der 'womanism' einer Alice Walker brauchbarer. Frauen in Afrika waren immer schon selbständig, hatten einen eigenen Haushalt, versorgten die Kinder und waren berufstätig. Auch sei das Frau-Mann-Verhältnis in Afrika ein anderes als in Europa.

Wichtiger als Sprachenfolge und Feminismus sind für sie die Basisprobleme Trinkwasser, Erziehung und Ausbildung, wirtschaftliche Unabhängigkeit, Kampf gegen Giftmüllexporte und Verschuldung. Sie würde sich gerne mit der europäischen Frauenbewegung identifizieren, aber die wirtschaftliche Kluft zwischen Norden und Süden, auch zu den Frauen im Norden, sei sehr groß und werde immer noch größer.

Zum Schluß der Wochenendtagung stand noch einmal der anvisierte Dialog im Mittelpunkt: welche Rolle die europäischen PartnerInnen übernehmen sollen. Wieder waren es die afrikanischen Gäste, die antworteten.

Am energischsten bezog Miriam Tlali aus Soweto Position. Die bei der Veranstaltung praktizierte Form des Dialogs sei nur eine Umkehrung der Situation in Südafrika, wo jeder Dialog zwischen Schwarz und Weiß unterdrückt werden: „Herren suchen sich Knechte aus, warum haben Sie sich uns ausgesucht?" Mißtrauisch fragte sie deshalb: „Warum interessieren sich EuropäerInnen für Afrika?"

Gilt die historische Erfahrung Afrikas, wie sie Ama Ata Aidoo beschrieben hatte – dieses Verhältnis zwischen Sieger und Besiegtem, in dem ersterer alles als Beute betrachtet: Bodenschätze, Menschen, Geist, Geschichte, Zivilisation – gilt dies auch für unseren Gebrauch afrikanischer Literatur? Trotz allen guten Willens machte sich einen Moment lang Ratlosigkeit breit. Dabei war die Begegnung von Hamburg aus einem gemeinsamen Interesse an Befreiung und Emanzipation in Afrika und hier zustandekommen. Ngugi wa Thiong'o war es, der dies zusammenfaßte:
Es gebe zwei verschiedene Dialogtraditionen hier und in Afrika. Die kenianische Regierung erhalte Förderung durch die westdeutsche. Sowohl hier wie dort aber gebe es eine Oppositionstradition. Diese spiegele sich auch in einer ästhetischen Position wider – für das Volk zu schreiben. Dazu ein Beispiel: „Wenn ich", so Ngugi, „niedergeschlagen bin und Brecht lese – selbst in Übersetzungen –, erhalte ich neue Hoffnung: wenn es dir schlecht geht, steh auf und kämpfe".

Von Ngugi wa Thiong'o sind fünf Romane ins Deutsche übersetzt, von Buchi Emecheta 'Nnu Ego – Zwanzig Säcke Muschelgeld' und 'Die Geschichte der Adah'. Ama Ata Aidoo ist mit einigen Erzählungen in Sammelbänden vertreten, und zwei von Miriam Tlalis Romanen sollen 1989 auf Deutsch erscheinen.

nst

Nachlese zur IWF-Kampagne

IWF/Weltbank Berichterstattung in den DDR-Zeitungen während der heißen Phase, vom 23.9. – 30.9.88

Während viele BRD-Journalisten mit der Schere im Kopf wahrnehmen und schreiben, findet eine Zensur in der DDR nicht statt. Hier scheinen immer noch die Zensoren die Zeitungen zu schreiben. Genauer gesagt, die des ND (Neues Deutschland). Alle anderen Blätter haben wohl die Möglichkeit, Artikel zentraler politischer Ausrichtung ganz oder gekürzt zu drucken. Zeitungen wie „Neue Zeit" (Zentralorgan der CDU) oder „National Zeitung" (Z.O. der National Demokratischen Partei Deutschlands), haben den variantenreichen Spielraum, in einem zusätzlichen 2- oder 3-Zeiler vor, bzw. nach der ADN-Meldung auf den besonderen christlichen bzw. nationalen Aspekt der Meldung hinzuweisen. Von diesen Möglichkeiten bzgl. der Berichterstattung über IWF und Weltbank hat während des Berichtszeitraumes keine Zeitung Gebrauch gemacht.

Über Daumen und Zeigefinger gepeilt kann man auch sagen: Null mal X bleibt Null. Anders ausgedrückt: die Berichterstattung war mehr als spärlich. Fanden sich zu jener Zeit pro Ausgabe „FR" 3 – 4 Artikel oder Kommentare zu IWF und WB, genügten sich die von mir gelesenen DDR-Zeitungen[1] mit 30- bis 50-Zeilern.

Beherrschendes Thema im politischen Teil der Zeitungen war der Besuch Honekkers in Moskau. Erich und Gorbi in allen Variationen unter dem neuen Leitsatz, „der Eigenständigkeit der Entwicklung des Sozialismus in einem Land", der nach Hagers „Tapentenerklärung"[2] das Motto „von der Sowjetunion lernen" überklebt hat.

Das wirkliche nationale Spitzenthema (etwa die Hälfte bis zwei Drittel einer Zeitungsausgabe) war aber die Olympiade mit „unseren" Jungs und Mädels. Wettkampfbericht und Interview mit den Gold-Mädels und -Jungens, Interview mit deren Eltern und Beifallsbekundungen der jeweiligen VEB-KollegenInnen. Alles fein arrangiert um das Kernstück aller Berichterstattung, den Medaillenspiegel. (Ein Witz von der Straße: Die DDR verdrängt die UdSSR vom Platz 1 des Medaillenspiegels. Daraufhin kommt ein Telegramm an: „Gratulieren zum 1. Platz. Stop. Erdgas. Stop. Erdöl. Stop.")

Ein Großteil der Artikel über internationale Fragen bot im Vergleich z.B. zu FR-Artikeln allenfalls Ansätze von Analysen und ihr Informationswert ging gegen Null. (Jedenfalls wenn man mehr wissen will als WER und WEM, WANN in freundschaftlicher Atmosphäre die Hand gedrückt hat.) Hinter dem geringen Stellenwert der Berichterstattung über IWF und WB vermute ich andere Gründe.

Als Kernstück aller Meldungen über IWF/WB in diesem Zeitraum kann folgender Ausschnitt aus der Berliner Zeitung von Mi., den 28. Sept. gelten: „Im Mittelpunkt der dreitägigen Beratungen, an denen Finanzminister und weitere Regierungsvertreter, Notenbankpräsidenten sowie Repräsentanten von Großbanken aus den 151 Mitgliedsstaaten teilnehmen, steht die Verschuldung der Entwicklungsländer. Vor Tagungsbeginn hatte sich der Interimsausschuß des IWF, dem 22 Staaten bei Stimmenmehrheit für westliche Industrienationen angehören, für die Fortsetzung der bisherigen Strategie zur Lösung der Schuldenkrise ausgesprochen und ausdrücklich gegen einen allgemeinen Schuldenerlaß plädiert.

IWF-Direktor Michael Camdessus beklagte in seiner Eröffnungsansprache den gegenwärtigen Trend des Kapitalflusses aus den Ländern der Dritten Welt. Als Gefahrenpunkte für die Entwicklung der Weltwirtschaft nannte er die Ungleichgewichte im Handel sowie die Budgetdefizite, die besonders in den USA abgebaut werden müßten. Weltbankpräsident Barber Conable sprach sich dafür aus, die mit der Kreditgewährung verbundenen Überwachungsprogramme in den Schuldnerländern fortzusetzen."

Ohne weitere Hintergrundinformation, ohne Kommentar und Erklärung bleibt eigentlich nichts anderes übrig, als die Klagen des IWF-Direktors in einem positiven, selbstkritischen Licht zu sehen. Die Rolle und Funktion der Überwachungsprogramme des Weltbankpräsidenten bleiben im Dunkeln. Verwirrend für DDR-Bürger mußte es sein, wenn sie am Mo., den 26.9. in ihren Zeitungen, ohne weitere Erläuterungen, 2 Meldungen nebeneinander fanden: Unter der Überschrift „Vorbereitende Treffen vor der IWF-Tagung" konnte man lesen, daß zur Vorbereitung der Jahrestagung von IWF und WB „verschiedene Gruppierungen beider Organisationen" tagten. „Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der führenden kapitalistischen Industriestaaten erörterten unter anderem Maßnahmen zur Stabilisierung der Wechselkurse. Die die Entwicklungsländer repräsentierende Gruppe der 24, ... forderte vor allem von IWF und WB günstigere Bedingungen für die Rückzahlung von Krediten."

Einige Meldungen später fand man dann: „Berlin (West): Kongreß über die Schuldenkrise der dritten (in der Zeitung klein geschrieben) Welt.

... Mit der Schuldenkrise der dritten Welt befassen sich Politiker, Wissenschaftler, Ökonomen und Finanzexperten aus Europa, Afrika, Asien und Amerika..." Wer käme da auf die Idee, daß damit der Gegenkongreß gemeint ist?

Das ND vom 30.9. schließt dann das Kapitel „IWF/WB" für die DDR mit drei Kurzmeldungen ab. „Konferenz von IWF und Weltbank abgeschlossen" und „Internationale Anhörung in Berlin (West) beendet." Bis zu diesem Zeitpunkt kann niemand, der auf DDR-Zeitungen als einzige Informationsquelle angewiesen ist, wissen, daß es Kongreß und Gegenkongreß, Gegenaktivitäten, eine breite Diskussion und eine erstaunlich große, geschlossene linke Bewegung gab. Von daher fällt die dritte Meldung aus dem Rahmen, die mit Hinweis auf die FR berichtet: „Polizeibeamte machten Jagd auf Medienvertreter." „Am Rande der Jahrestagung von IWF und Weltbank ging die Polizei in Berlin (West) gegen Journalisten vor, die die Protestdemonstration gegen die Tagung in Wort, Bild und Film festhielten..." wird dem Leser zur Kenntnis gebracht. Immerhin, man weiß zwar nicht von WEM und WARUM, aber Protest muß es gegeben haben und die Leidtragenden waren die Journalisten.

Der formalen Informationspflicht wurde mit dieser Art Berichterstattung sicherlich Rechnung getragen. Ausführlicher, kommentierender über die Vorgänge um IWF/WB zu informieren, lag und liegt wohl kaum im DDR-Staatsinteresse. Daß Geld – vor allem Devisen – nicht stinkt und Ideologie eine Ware ist, ist auch auf die DDR bezogen keine neue Erkenntnis.

So waren für die IWF/WB Tagung in der Hauptstadt der DDR zwei Nobelhotels – eines gerade erst vor 2 Monaten eingeweiht – als Luxus- und Komfort-Absteige für die Banker angemietet. Wie es so schön heißt, „aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen" (und dem persönlichen Augenschein nach) verlautete, daß sich rund 3000 – vor allem amerikanische – Banker in der Hauptstadt sicherer fühlten als im Wilden Westen. Ihnen standen Staatskarossen mit Sondergenehmigung für bevorzugte Abfertigung an den Grenzübergängen zur Verfügung. Eine vor der US-Botschaft angekündigte Demo wurde verboten. Das Häufchen Aufrechter wurde von den Sicherheitskräften geschluckt und eine mögliche Meldung darüber in den Tageszeitungen muß bei den Journalisten der DDR den gleichen Weg gegangen sein. Wenn man auch in der DDR – wie in der BRD – auf das kurze Gedächtnis der Bevölkerung setzt, war es trotzdem nicht opportun, IWF/WB als „imperialistisches Instrument" oder gar als „Mordmaschine" zu geißeln. DDR und UdSSR unternehmen nämlich bereits erste Schritte, um diesen erlauchten Institutionen beizutreten. **JüWe**

Anmerkungen
1. ND, Berliner Zeitung, Leipziger-Volkszeitung, BZ am Abend, Märkische-Volksstimme, Nationalzeitung, Sächsische-Ztg.; Neue Zeit, Bauern-Echo (Demokratische Bauern Partei Deutschlands)
2. „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?"

Nachlese zur IWF-Kampagne

Das „Neue Deutschland" - Gibt's nicht mehr.

Das Neue Deutschland im übertragenen Sinne hatte ich in der DDR auch gar nicht erwartet. Ich wollte nur schlicht und einfach diese Zeitung aller Zeitungen käuflich erwerben, um mich während meines DDR-Aufenthalts (23.9.-1.10.) über die IWF/Weltbank-Tagung zu informieren.

Potsdam, Freitag den 23.9. gegen 11 Uhr am ersten Kiosk: Fehlanzeige, auch keine Berliner-Zeitung, Sächsische Zeitung, National Zeitung und wie sie alle heißen. Zweiter, dritter Kiosk das Gleiche. „Gibt's nicht mehr." Das gibt's doch nicht." Doch, ab 7 Uhr alles ausverkauft." Aha, denke ich, die lese- und informationshungrigen Werktätigen auf ihrem Weg zum Aufbau des Sozialismus reißen sich also darum wie um warme Semmeln. Fehlanzeige, auf Nachfragen erfahre ich, daß alle Kioske nur ein kleines Kontingent an Zeitungen bekommen. Ob das nun daran liegt, daß nicht verkaufte Zeitungen Papier -, sprich Rohstoffverschwendung sind, oder die Zeitungsmacher selbst nicht davon überzeugt sind, ihre Produkte seien lesenswert, oder die Leute in Ermangelung einer richtigen „Bild-Ztg." sowieso nur Fernsehen - natürlich West - glotzen, habe ich nicht rausgekriegt. Was tun? Ich brauch 'ne Zeitung, nicht nur, weil sonst das Frühstück nicht abgeschlossen ist, sondern ich will's wissen, was jenseits der Mauer mit IWF und Weltbank los ist. Zehn (10!) Kioske habe ich schon abgegrast. „Fahr'n sie doch zum Bahnhof, da gibt's noch einen." Der Bahnhof liegt etwas außerhalb, vielleicht war deswegen der Kiosk zu.

Was würde ich hier, im Westen, machen wenn alle Zeitungen ausverkauft wären und ich unbedingt eine bräuchte? Na klar, unter den verwunderten Blicken der Passanten, kramen mein Kumpel und ich in den Abfallkörben vor'm Bahnhof. Ketchup, Senf: Ja - Zeitung: Fehlanzeige. Die Westdeutschen müssen ganz schön runtergekommen sein. Fahren mit 'nem Mercedes vor und kramen in den Abfalleimern. Immer noch Bahnhof, Taxischlange. „Guten Tag, haben Sie 'ne Tageszeitung. Wenn Sie die schon gelesen haben, würde ich sie Ihnen gerne abkaufen." „Wie? Icke und lesen. Nee, fragen Se mal die Kollegen." Sechsmal „Guten Tag". Beim Siebtenmal glimmt bei mir Hoffnung auf, der Fahrer greift hinter die Sonnenblende. Ich hätte es ahnen können, es ging zu aalglatt. Was soll ich mit dem „Fischerei-Boten" anfangen? Nächste Zwischenstation bei der Infobeschaffung: ein „Intershop". Nee, haben wir nicht". „Tja, haben Sie vielleicht eine im Büro für die Kaffeepause?" „Nee." Eines muß man allen Beteiligten lassen, trotz ihrer Verwunderung über so unseriöse Fragen nach Zeitungen waren sie höflich. Korrekt, selbst die Frau hinter dem Fahrkartenschalter an einer Straßenbahnhaltestelle. Auf meine Frage wo ich 'ne Zeitung kaufen könnte, wo der nächste Kiosk sei, erklärte sie mir 3 mal genau, wo ich ihn, links, rechts, links finde. Leider war der geschlossen. Als ich zurückgekehrt ihr das sage, meint sie höflich, „Bitte, Sie haben ja auch nicht gefragt, ob er auf hat."



Meine letzte Chance sehe ich im Welt-Niveau. Im „Interhotel" frage ich an der Reception nach Zeitungen. „Ja, dort hinten im Aufenthaltsraum." Tatsächlich. Clubsessel, Menschen nehme ich nur peripher wahr. Vor mir ein großer Zeitungsständer, Prawda, l'Humanité, . . . (keine UZ) und jede Menge DDR-Zeitungen. Endlich, aber ich will sie ja nicht nur lesen, sondern - man weiß ja, wo man herkommt - sie auch besitzen. Und hier in der DDR begreife ich endlich, was das Geheimnis des Besitzes ist. Ich nehme sie einfach, alle. Komme der Frage der Dame an der Reception zuvor, indem ich mit dem Bündel winke und mit der selbstgefälligen Sicherheit, die man als Besitzer wohl haben muß, hinfort schreite und die Schwingtüren hinter mir pendeln lasse. Welch ein Aufwand dafür, daß in 3 von den 6 ergatterten Zeitungen absolut gleichlautende, inhaltslose 18-Zeiler stehen. Ein Ost-Berliner Freund belächelt meine Basisaktivitäten. Wenn ich wirklich was über Informationspolitik mitkriegen will, muß ich „Oben" anfangen. da ich doch freier Journalist sei soll ich doch mal zum „Haus der Verlage" oder gleich an die Schaltstelle gehen, wo die Zensoren die Zeitungen schreiben, zu „ADN". Nächsten Morgen, 10 h bin ich in der Eingangshalle des „Haus der Verlage". Dem Pförtner erkläre ich mein Anliegen, ich wollte den Pressedienst über IWF/Weltbank-Berichterstattung der DDR-Zeitungen. Er gibt mir ein Telefon und die Nummer der Abteilung „Dokumentation und Archiv". Nun erkläre ich der Abteilungsleiterin mein Anliegen. Die Schwierigkeit besteht nun darin, daß Artikel erst nach 4 Tagen ausgewertet werden. Ihr Angebot, grundlegende, aber leider ältere Artikel zu IWF/WB zusammenzustellen, nehme ich gerne an. Doch jetzt kommt die Gretchenfrage, „Von welcher Redaktion aus rufen Sie an?" Nix Redaktion, Eingangshalle. „Für welche Zeitung arbeiten Sie denn?" Ich bin freier Journalist aus der BRD. „Ein Moment, ich verbinde Sie weiter." Leiterin der Abteilungsleitung, nachdem ich mein Anliegen und das Gespräch mit der Abteilungsleiterin wiederholt habe: „Es tut mir leid, es geht nicht. Versuchen Sie es doch bei ADN. Ich geb' Ihnen gerne aber auch die Tel.-Nummer des Direktors." Der ist nicht da; wann, ob, weiß dessen Sekretärin leider auch nicht.

Also, geh' ich mal allgemein zum Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst. Schon äußerlich wird hier was von Informationsfreiheit gehalten. Eintritt nur für . . „ Ausweise vorlegen, . . .

Der uniformierte Pförtner ist höflich. Ich brauche nur Namen und Begehr zu nennen. Nach telefonischer Voranmeldung kann ich selbst den Leiter von Dokumentation und Archiv anbimmeln. Um das Verfahren zu straffen, häng' ich an mein Anliegen gleich die Information „freier Journalist aus der BRD" an. Das bringt ihn dazu, nach einem „ein Moment bitte" die Hörermuschel zuzuhalten, aber wohl versehentlich nicht ganz. „Hier ist ein angeblicher freier Journalist aus Westdeutschland, der will einen Pressedienst über IWF." Stimme aus dem Hintergrund, „abwimmeln." „Ja, was soll ich denn sagen?" „Es geht nur, wenn er akkredidiert ist." Das wird mir nun mitgeteilt. Ich bin zwar nicht, aber ich würde gerne Akkreditierung beantragen, nehme ich den Ball auf. So'n Pech, der Antrag dauert „in der Regel" 2-4 Monate. Also aus! Mir fällt nur noch ein, bedauernd zu bemerken, daß ich den Artikel auf jeden Fall schreibe und der Vollständigkeithalber natürlich über die Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung berichten werde. Der Hörer wird zugehalten, diesmal schalldicht. Kurz danach, „tut mir außerordentlich leid, aber wir können Ihnen nicht weiterhelfen." Ich geb ihm noch den Tip, daß ich kein „angeblich" freier Journalist bin. Hörbar erschrokken legt er mit „. . . du meine Güte" auf. Besser hätte ich es auch nicht ausdrücken können.

Jü We

Der Ökologiekongreß in Berlin
— den Weltbankökologen auf den Leim gegangen

Auf ausdrücklichen Wunsch der Weltbank hatte der Deutsche Naturschutzring (DNR) schon Ende August, vor der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Berlin, den Leiter von deren neuer Umweltabteilung der Weltbank, den Neuseeländer Piddington, zu einem Tagesseminar nach Bonn eingeladen. Piddington sollte Gelegenheit haben, mit westdeutschen Umweltorganisationen über die Politik der Weltbank und des IWF im Umweltbereich zu diskutieren und ihre Kritik kennenzulernen. Außerdem konnte er in einer Pressekonferenz vorher die „umweltpolitischen Aktivitäten der Weltbank" darlegen.

Piddington ist seit einem halben Jahr Leiter der Umweltabteilung der Weltbank mit 50 Mitarbeitern (bei insgesamt 6.500 Weltbank-Beschäftigten). Die Abteilung wurde neu eingerichtet, um der zunehmenden Kritik an ökologischen Fehlentwicklungen von Weltbank-Projekten entgegenzuwirken und diese Kritik in eine neue Weltbank-Strategie einzubinden. Was er darlegte, war ein gefährliches Gemisch aus Slogans, Schlagwörtern und Halbwahrheiten. Schon in der Einleitung legten er sowie der Vorsitzende des Deutschen Naturschutzrings, Prof. Engelhardt, den Grundstein mit der Feststellung, angesichts der weltweiten Gefährdung des Ökosystems dürfe man nicht in die Vergangenheit schauen und nach Schuldigen suchen, sondern müsse in die Zukunft gerichtet die schwierigen Aufgaben anpacken. Die Erkenntnis, daß die Entwicklung der kapitalistischen Weltordnung und das Wirken von IWF und Weltbank in eben dieser diesen Zustand verursacht haben, sollte als erstes verschüttet werden, damit wir uns auf die „Aufgaben der Zukunft" stürzen können. Und zwar in Zusammenarbeit mit diesen Institutionen und möglichst im Rahmen dieser Weltordnung, ein bißchen ökologisch reformiert, wie sich im weiteren noch zeigen wird. Es sollte vergessen gemacht werden, daß eines der Hauptprojekte der Weltbank in der Vergangenheit die Durchsetzung der sog. „grünen Revolution" war. Sie bewirkte eine weltweite Umkrempelung der Besitzverhältnisse und Produktionsweisen in der Landwirtschaft mit dem Ziel, die Agrarproduktion der Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika auf die Bedürfnisse des Weltmarktes der kapitalistischen Länder auszurichten. Diese grüne Reaktion hat unzählige Bauernfamilien von ihrem Land enteignet und in die Slums der Städte getrieben, das Land den Plantagenkonzernen und Großgrundbesitzern geöffnet und im Gefolge von Hungerkatastrophen Millionen Tote hinterlassen, von den ökologischen Schäden in diesem Zusammenhang nicht zu reden. Vergangenheitsbewältigung — lassen wir die Toten ruhen.

Als nächstes Piddingtonsche Nebelbomben: „globale Krise des Ökosystems", „gegenwärtige Krise ist auch eine Krise der Industrialisierung und Entwicklung", „im System des freien Marktes sind umweltbezogene Interventionen notwendig", „gemeinsame Verantwortung für die gegenwärtige Situation, kein Staat ist frei von Schuld".

Viele Leute in den Umweltorganisationen fühlen sich durch solche Slogans angesprochen, denn sie gleichen den Ihren, die sie auch tagtäglich zur Charakterisierung der Situation benutzen. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Krise sind allerdings „global", nur sind die Verursacher ziemlich deutlich „regional" festzumachen. Die Ozonschicht wird durch den Gebrauch von FCKW in den industrialisierten nördlichen Ländern zerstört, in den Slums der drei Kontinente gibt es kaum Kühlschränke und Spraydosen. Die Aufheizung der Atmosphäre ist Ergebnis der ausschließlich für den kapitalistischen Weltmarkt betriebenen Energieproduktion, Kraftwerke und Autoverkehr mit dem entsprechenden Kohlendioxidausstoß befinden sich zu 75 % (s. Interview im SPIEGEL Nr. 45/88 mit Prof. Bach) wiederum in wenigen industrialisierten Ländern und sind nicht „global" vorhanden. Die Verursacher von Meeresverschmutzung, von Überfischung und Artensterben sind ebenfalls sehr deutlich festzumachen, der Fisch z.B. landet im wesentlichen nicht in den hungrigen Mägen der Menschen der drei Kontinente, sondern in den Hühnermastbetrieben und auf den Küchentischen des Nordens. Die Abholzung der tropischen Regenwälder geschieht in erster Linie, um das wertvolle Holz der Riesenbäume in die Paläste und Geschäftszentren der ersten Welt als Luxusartikel zu exportieren. Dieser Holzeinschlag für den Export öffnet in vielen Fällen erst die Waldgebiete für die dann folgende Brandrodung und Zerstörung durch landsuchende und von ihrem Besitz vertriebene Bauernfamilien. Auch die 3,5 Millionen Tonnen gefährlicher Giftmüll, die in den letzten Jahren in Ländern der Dritten Welt abgelagert worden sind, stammen aus der Produktion und dem Konsum der nördlichen Hemisphäre.

Das sind nur ein paar Beispiele einer Reihe, die sich endlos fortsetzen ließe. Die „Verantwortung für die globale Krise", wenn wir schon davon sprechen, läßt sich sehr gut festmachen: Es ist die Verantwortung für ein System, von dem nur sehr wenige Staaten und ihre Banken und Monopole profitieren. Eine Sprache und Analyse, die diese Entwicklung nur oberflächlich bezeichnen und untersuchen, wie bei vielen unserer Umweltorganisationen leider der Fall, und die die wirkenden Interessen nicht benennen, machen angreifbar für die Nebelbomben und offenen Lügen solcher Weltbankvertreter wie dem Neuseeländer Piddington, der, wie ausdrücklich betont wird, „aus der Umweltbewegung kommt". Ohne Widerspruch konnte er ausführen, daß die Weltbank nur auf die „von den Entwicklungsländern selbst empfundenen Bedürfnisse (ihr) Kreditprogramm" ausrichte. Ist es aber im Gegenteil nicht so, daß über zwei Drittel der Stimmrechte in den Weltbank-Instituten von den Industrieländern gehalten werden, und die Politik nach der Parole geschieht: „Wer zahlt, befiehlt"?

„Sustainable development" oder „ressourcenangepaßte Entwicklung" ist ein neues Schlagwort, was als Ziel in die langfristige Planung der Weltbank aufgenommen wurde. Auch einige Umweltorganisationen benutzen es kritiklos. Für die Kapitalstrategen ist alles „Ressource", die es auszubeuten gilt: Mensch, Natur, Rohstoffe. Der aufgeklärte ökologisch verbrämte Imperialismus, sozusagen die höchste Stufe des Kapitalismus, will jetzt dafür sorgen, daß eine gewisse Überausbeutung dieser

Ressourcen gestoppt wird und mehr in die Zukunft der Ausbeutung investiert wird. Und das soll für uns ein Grund sein, die Vergangenheit ruhen zu lassen und Seite an Seite mit dem IWF und der Weltbank „globale Probleme" anzupacken und „globale Lösungen" zu suchen?

Die Weltbank möchte Umweltstudien über alle Entwicklungsländer anfertigen und einige spezielle Probleme, wie „Erhaltung der Artenvielfalt, des Managements arider Zonen und der Abholzung von Tropenwäldern" (!) untersuchen. Der versammelte Sachverstand in den Nichtregierungs-Umweltorganisationen spekuliert teilweise darauf, in diese neuen Aufgabengebiete mit einbezogen zu werden. Auf der Strecke bleibt dabei eine grundsätzliche Kritik an dieser Planung: Nicht die Länder der Dritten Welt sind die Hauptverursacher der Umweltzerstörung, sondern, wie schon oben gesagt, die westlichen und (östlichen) Industrieländer. Die aber bleiben geschont. Über sie werden keine Expertisen erstellt, ihre Politik gegen die Natur soll erst gar nicht zur Sprache kommen. Hat man die NRO-Organisationen erst mal auf diesen Weg gebracht, hat die neu eingerichtete Umweltabteilung der Weltbank ihren Zweck schon erfüllt.

„Uns allen geht es um einen effektiven Dialog anläßlich des diesjährigen Jahrestreffens in Berlin im nächsten Monat", sagte Piddington im August. Im September hätte er fast die Ernte einfahren können.

Abschlußerklärung des Ökologie-Kongresses von Berlin hat einige Punkte der oben geschilderten Ideologie übernommen. Die Länderstudien der Weltbank werden gelobt, aber es wird eine stärkere Einbindung der Experten der Umweltorganisationen in diese Studien verlangt. Kein Wort wird über die ökologische Situation der Industrieländer und ihre „Verantwortung" verloren. „Die Umwandlung von Schulden in die Förderung von Naturschutzprojekten („debt to nature swaps") wird ausdrücklich unterstützt, ohne einen Gedanken auf die damit verbundene Verletzung nationaler Souveränität, die paternalistische Vorgehensweise oder die damit verbundene Anerkennung der Legitimität der Schulden zu verschwenden. Statt Großprojekte soll die Weltbank in Zukunft Kleinprojekte und angepaßte Technologie fördern; daß dazu grundlegend umgewälzte gesellschaftliche Verhältnisse (nicht nur in den Entwicklungsländern) gehören, wird nicht gesagt.

Ausdrücklich werden die Strukturanpassungs- und Sonderkreditprogramme des IWF genannt, die für „ökologische" Zwecke eingesetzt werden müßten. Könnte man/frau das alles noch als oberflächliche und halbherzige Analyse kennzeichnen, so wird es im weiteren Verlauf der Resolution direkt reaktionär.

Von der Weltbank wird die Beachtung der „Schlüsselrolle der Frau bei der Produktion von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und Dünger" sowie der „Familienplanung" verlangt. Genau das macht die Weltbank seit Jahrzehnten, und zwar mit tödlichen Konsequenzen für die betroffenen Frauen. Die Bevölkerungsprogramme zur Eindämmung der sog. „Überbevölkerung" der Dritten Welt sind Legion. So unbedacht, wie hier Weltbank-Programme übernommen werden, hören sich auch andere Sätze der Resolution zu diesem Punkt an, etwa wenn gesagt wird: „Frauen und Eingeborene sind in den südlichen Weltteilen besonders gefährdet."

Nicht nur hier treffen sich die Öko-Kongreß-Verantwortlichen mit Reaktionären z.B. der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), die in einem Kommentar am 19. Oktober ebenfalls mehr Bevölkerungsprogramme für die Länder der Dritten Welt fordern. „Zu viele Menschen sind der Erde Tod" ist dieser Kommentar überschrieben – zu viele Menschen im Süden ist natürlich gemeint. Auch die Forderungen des Ökokongresses nach „Anwendung der Methoden des integrierten Pflanzenschutzes und Minderung des Einsatzes von Mineraldüngern" findet sich in der FAZ und anderen Zeitungen, und zwar als Großanzeigen der westdeutschen Chemie- und Pflanzen„schutz"industire. „Integrierter Pflanzenschutz" ist ein Konzept der Chemiemonopole, nach dem der Einsatz von Pestiziden etc. „auf ein notwendiges Maß" eingeschränkt werden soll, ohne allerdings die Ziele landwirtschaftlicher Großproduktion irgendwie in Frage zu stellen. Es ist der Versuch einer Antwort auf die wachsende Kritik an der menschen- und umweltzerstörenden landwirtschaftlichen Produktionsweise, die für die Monopole möglichst folgenlos bleiben soll. Daß dieses Konzept von Umweltorganisationen kritiklos übernommen wird, kann die Chemiekonzerne nur freuen und so überrascht es nicht, daß die FAZ in einem Kommentar zu den verschiedenen Gegenveranstaltungen in Berlin hervorhebt, daß einzig auf dem Ökologiekongreß „positive Alternativen" aufgezeigt worden seien, die anderen Veranstaltungen hätten einen „überkommenen Vulgärmarxismus" gepflegt.



Am Rande des Öko-Kongresses wäre es fast zu einer gemeinsamen Erklärung der Weltbank-Ökologie-Abteilung sowie einiger Umweltorganisationen gekommen, unter ihnen das Regenwälder-Zentrum in Hamburg, in dem die Ökologie-Politik der Weltbank gelobt und gemeinsame weitere Schritte verabredet wurden. Diese Erklärung wurde aber in letzter Minute sowohl von der Weltbank wie von den Umweltorganisationen zurückgezogen, anscheinend wäre sonst doch eine Schamgrenze überschritten worden.

In der Ideologie, Analyse und Sprache sollten wir uns also deutlich von den IWF- und Weltbank-Strategen abgrenzen, um nicht in die Gefahr zu geraten, für ihre Politik einer ökologisch-technischen Modernisierung des Weltwirtschaftssystems koopiert zu werden oder als Zeugen dafür zu dienen. Begriffe wie die „entwurzelten Umsiedler, (die) nun Amazoneen überfluten" (Brasilien-Resolution des Öko-Kongresses) drücken aus, daß man sich um die sozialen Triebkräfte dieser Umsiedlung wenig schert, wenn man auch Bilder zuläßt, mit denen die Rechten in der BRD z.B. gegen die „Asylantenflut" agitieren.

Uns muß es weiterhin um eine effektive Verhinderung der Politik von IWF und Weltbank gehen, um ein Ende der Vernichtung von Menschen, Lebens- und Produktionsweisen und der damit einhergehenden ökologischen Zerstörung dieses Planeten. Wir arbeiten im Zentrum der Metropolen, von denen dieser Prozeß ausgeht, und wir wissen, daß es das Zentrum ist, das wir angreifen müssen, wenn wir diese Entwicklung stoppen wollen.

Thomas Siepelmeyer, Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK) Münster, Mitglied im Koordinierungsausschuß des Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Die „SECHS VON SHARPEVILLE" zu Tode begnadigt!

„Begnadigung", „Gnadenerlaß", „durch internationalen Druck gerettet" — das waren die Schlagzeilen in der Presse am 24. und 25. November. Drei Jahre — für die im Knast sitzenden fünf Männer und eine Frau, eine verdammt lange Zeit haben Menschenrechtsorganisationen, linke Gruppen, Parteien, Kirchen, sogar Regierungen in aller Welt um deren Leben gekämpft. Jetzt kann man sich wieder in den Sessel zurücklehnen und wohlgefällig Däumchen drehen. Der „internationale Druck" hat es ja doch gebracht. Manche der sich engagierenden Gruppierungen wußten es: Botha wird ein Einsehen haben. Die „Sechs" sind nicht hingerichtet. Botha hat sie „begnadigt" zu 18 bis 25 Jahren Knast. Das bedeutet in Südafrika Tod auf Raten und wenn die internationale Aufmerksamkeit nachläßt, den baldigen Tod — dann wird z.B. an „Lungenentzündung" gestorben — so wie das im Nazi-Deutschland üblich war.

Selbst bei der „Begnadigung" legte Botha zweierlei Baß an, wohl, in der Hoffnung, Rechte und Linke gleichzeitig zu Frieden stellen zu können. Waren da doch noch die 4 zum Tode verurteilten weißen Polizisten. Sie gaben die vorsätzliche Ermordung ihrer Opfer zu: Sie hatten Festgenommene erschlagen. Für ihre Begnadigung hatten sich rechtsradikale Gruppen in Südafrika stark gemacht.

Zum Todesurteil für die „Sechs" reichte dem Gericht eine unterstellte „gemeinsame Absicht". Keinem konnte eine direkte Beteiligung an dem Mord an einem schwarzen Stadtrat nachgewiesen werden. Er war von einer Menschenmenge gelyncht worden.

Die „Begnadigung" ist eine vorübergehende Überlebenssicherung. Leben können die „Sechs" — wie alle Menschen — nur in Freiheit. Der erste Schritt für sie dahin kann nur ihre Freilassung sein. Sind wir auch schon so „begnadigt", daß wir das vergessen haben? Sofortige Freilassung der „Sechs von Sharpeville"! JüWe

Japanische Bauern kaufen Filipinas

In unserer diesjährigen April-Ausgabe haben wir über deutsche Heiratsagenturen berichtet, die sich auf die Vermittlung von ausländischen Frauen spezialisiert haben. Aber Frauenhandel gibt es nicht nur in Europa, sondern auch in Japan. Auch japanische Agenturen annoncieren in Tageszeitungen, auch japanische Männer wünschen sich fleißige, anschmiegsame... Frauen, und die gekauften Bräute erdulden ein ähnliches Schicksal wie es uns aus deutsch-philippinischen Ehen bekannt ist. Und dennoch gibt es Unterschiede.

So sind es in Japan vor allem die Bauern, die sich eine Filipina kaufen, und einflußreiche Persönlichkeiten unterstützen mit publikumswirksamen Maßnahmen das Vermittlungsgeschäft. Verwaltungsbeamte und oberste Stadtherren arbeiten Hand in Hand; der philippinische Bürgermeister besorgt aus seiner Kleinstadt die Frauen, der japanische verleiht dem Geschäft eine gewisse Seriosität, indem er z.B. an Gemeinschaftshochzeiten von mehreren Paaren teilnimmt und dafür sorgt, daß die Presse über internationale Hochzeiten berichtet. Während die Presse mit äußerster Zurückhaltung auf die Eingewöhnungsschwierigkeiten der Filipinas hinweist, geben die Honoratioren bereitwillig und ohne Bedenken vor nachteiligen Folgen ihre Interviews. „Wenn eine Filipina in einem armen Land überlebt, dann überleben sie auch das japanische Landleben. Außerdem denke ich, daß sich Ehen unterschiedlicher Rassen eugenisch vorteilhaft auswirken werden", entgegnet ein hoher Verwaltungsbeamter einem Reporter.

Japanische Händler haben aus ihren bisherigen Vermittlungsgeschäften gelernt. Aus ihrer Sicht soll nicht jede Filipina die Möglichkeit haben, in einem reichen Land wie Japan leben zu dürfen. Seit neuestem wählen sie ihre Bräute nach bestimmten Kriterien aus. In einem Prospekt haben sie die wünschenswerten Eigenschaften aufgeführt, die eine heiratswillige Filipina mitbringen soll. Zunächst wird der Abschluß einer Oberschule vorausgesetzt. Denn gebildete Frauen können in der Regel Englisch sprechen und sind auch dazu befähigt, schnell Japanisch zu lernen, so die Argumentation der Händler. Abitur bedeutet aber auch, daß die Frauen eine mittelständische Sozialisation erfahren haben, was wiederum die Eingliederung in eine moderne Industriegesellschaft erleichtern soll. Die Fähigkeit sich in eine andere soziale Umgebung einzugewöhnen ist äußerst wichtig. Aber Auslandsaufenthalte und Erfahrungen mit Japanern sind unerwünscht. Genauso unerwünscht sind berufliche Erfahrungen in Manila, denn daraus schließen sie, daß die Frauen vielleicht einmal als Prostitutierte ihren Lebensunterhalt verdient haben. Philippinische Prostituierte sind für Japaner — und nicht nur für Japaner — sexuell verfügbare Objekte, minderwertige Wesen, die man in Japan nicht vorzeigen kann. Daran schließt sich eine weitere Forderung an: keine Geschlechtskrankheiten. Und um ganz sicher zu sein, untersucht ein den Heiratsagenturen bekannter Arzt die Frauen.

Der letzte Punkt zeigt deutlich, daß die Vermittlungspraxis in eine neue Phase getreten ist, die gekauften Bräute dürfen kein Geld mehr an ihre Familien schicken. Die Familien würden dann von solchen Geldsendungen erst gar nicht abhängig werden, so begründen die Händler diese Forderung. Gleichzeitig kommen sie den heiratswilligen Männern entgegen, denn die haben sich bisher darüber beklagt, daß Filipinas ständig Geld von ihnen verlangen würden, um ihre Familie finanziell unterstützen zu können.

Der internationale Heiratsmarkt soll Japans Probleme in der Landwirtschaft lösen, denn dort werden weibliche Arbeitskräfte dringend gesucht. Diese Strategie offenbart eine neue Variante japanischer Ökonomie.

Quelle: „Third World Network Features", 338/88

Ch. K.

Kinderpatenschaften — Beruhigungsmittel für das bürgerliche Gewissen?

„Geben Sie ihr eine Chance! Durch ihre Patenschaft helfen Sie diesem Mädchen", so lautet ein Werbespruch auf einem Plakat. Ein trauriges Mädchen blickt mit großen, dunklen Augen den Plakatbetrachter hoffnungsvoll an. Mitleiderregende Plakate sollen die Spendenbereitschaft der Bundesbürger erhöhen. Es entsteht der Eindruck, daß der Spender mit einer Patenschaft diesem Kind helfen könne. Denn die Hilfe für ein einzelnes Kind ist immer noch besser — so die weitverbreitete Meinung — als gar keine Hilfe. Die sozialen Verhältnisse, in denen das Mädchen lebt, werden ausgeblendet.

So umstritten das beschriebene Werbeplakat ist, so umstritten sind auch Kinderpatenschaften. Terre des hommes, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) und die Arbeitsgruppe Kinder in der Dritten Welt (AG KID) erklären in einem gemeinsam verfaßten Informationsblatt, warum sie keine Kinderpatenschaften vermitteln. Auf wenigen Seiten erinnern sie an die nach wie vor aktuelle Problematik dieses fragwürdigen Hilfsprogramms über das sich in den 70er Jahren eine heftige Diskussion entzündete. Angelika Farnung dokumentierte diesen Streit in ihrem Buch „Die verkauften Kinder". Seitdem ist es still geworden. Also höchste Zeit, um mal wieder über die fatalen Folgen von Kinderpatenschaften zu informieren.

Es gibt eine Reihe von Gründen, warum die oben genannten Hilfsorganisationen keine Kinderpatenschaften vermitteln: von den fragwürdigen Werbemethoden der Mitleid-Multis angefangen bis zum irrtümlichen Glauben, eine persönliche Hilfe leisten zu können. Das System der persönlichen Patenschaften macht es erforderlich, daß Patenkinder in einer kontrollierbaren Umgebung, d.h. in der Regel in einem Heim, leben. Auf den ersten Blick erscheint eine Heimerziehung sinnvoll, aber auch die Heimerziehung hat ihre Schattenseiten. Es wird oft vergessen, was es für ein Kind bedeutet, wenn es für eine Patenschaft ausgewählt und dadurch aus der intakten Dorf-

gemeinschaft herausgerissen wird. Kehrt das Kind nach mehreren Jahren in sein Heimatdorf zurück, dann ist eine soziale Integration nicht mehr möglich. Und an den Lebensbedingungen der Dorfbewohner hat sich inzwischen auch nichts verändert. Darin zeigt sich die ganze Problematik des Hilfsprogramms.

Fragwürdig sind auch die Motive der Paten. Der Spender möchte wissen, welches Kind mit seinem Geld unterstützt wird und welche Fortschritte durch seine persönliche Hilfe erzielt werden. „Diese emotional sehr befriedigenden Komponenten machen die Einzelpatenschaften zu einem enorm attraktiven Rezept der Hilfe für die Dritte Welt", folgern die Gegner der Kinderpatenschaften. Auf diese persönliche Betroffenheit setzen viele Organisationen, denn projektgebundene und politisch begründete Spendenaufrufe stoßen nur auf geringe Resonanz.

Ch. K.

Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei

„Unsere Aktion ist eine Bemühung, die Würde der Menschheit zu bewahren und eine Achtung vor dieser Würde zu schaffen. Wir sagen diejenigen, die sich daran beteiligen wollen, die Menschenwürde zu bewahren, sollen unseren Appell hören und ihre Stimme unserer Stimme hinzufügen. Das erwarten wir." Dies ist ein Appell der politischen Gefangenen aus Diyarbakir.

Nach dem Militärputsch vom 12.9.1980 in der Türkei verstärkte die türkische Regierung ihren Vernichtungsfeldzug gegen fortschrittliche und revolutionäre Kräfte im Land. Um den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan zu bekämpfen, stationierte die Regierung 2/3 ihrer Streitkräfte in Nordwest-Kurdistan. Hunderte von Menschen wurden erschossen oder festgenommen, inhaftiert und gefoltert. Obwohl die Türkei Vertragspartner der Konvention gegen Folter ist und sich als demokratisches System maskiert, sind Folter und unmenschliche Behandlung von Gefangenen an der Tagesordnung.

Die Unterdrückung des kurdischen Volkes durch die türkische Regierung hat eine neue Phase erreicht. Die im Februar 1988 durch einen Hungerstreik erkämpften Rechte wie Verteidigungsrecht vor Gericht in kurdischer Sprache, freier Besuch von Angehörigen sowie menschenwürdige Lebensverhältnisse in den Gefängnissen wurden durch einen Erlaß vom 1.8.1988 vom Justizministerium wieder zurückgenommen und die Gefangenen durch Verlegung in Spezialgefängnisse auseinandergerissen. Gegen die Verschärfung haben die Gefangenen Forderungen aufgestellt, die sie seit Mitte Oktober 1988 mit einem Hungerstreik durchzusetzen versuchen:

1. Kriegsgefangenenstatus für die politischen Gefangenen
2. Keine Zwangsverlegung der Gefangenen
3. Rücknahme des Erlasses vom 1.8.1988
4. Aufhebung der Disziplinarverfahren. Freilassung nach 2/3 der Haftzeit
5. Keine Wiedereinführung der Einheitskleidung
6. Schluß mit Folter und Unterdrückungspolitik, für bessere Haftbedingungen.

In den Gefängnissen von Eskisehir, Diyarbakir, Aydin, Ceyhan, Adana, Urfa und Bayrampaca befinden sich ca. 1500 Gefangene im Hungerstreik, in Eskisehir seit dem 8.11. im Todesfasten, d.h. sie verweigern jede Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme, zwei Gefangene liegen bereits im Koma. Fast alle Gefangenen sind seit acht Jahren im Gefängnis; es ist nicht auszuschließen, daß die Hungerstreikenden aufgrund ihres Gesundheitszustandes sterben werden (die Gefangenen haben keinen Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen, genauere Angaben können daher nur schwer ermittelt werden).

In der Türkei werden die Forderungen der Gefangenen durch vielfältige Aktionen unterstützt:

- Familienangehörige befinden sich in Diyarbakir seit dem 2.11.88 im unbefristeten Hungerstreik.
- Es gab Solidaritätsaktionen der Angehörigen vor den Gefängnissen in Eskisehir und Diyarbakir
- Am 1.11.1988 wurde das ANAP-Büro (ANAP ist die regierende Partei) in Ankara von ca. 150 Angehörigen besetzt, 30 wurden verhaftet.
- Ca. 100 kurdische StudentInnen führten in Diyarbakir eine nicht-genehmigte Demonstration zur Unterstützung der Gefangen durch.

Solidaritätsaktionen für die politischen Gefangenen gab und gibt es in verschiedenen Großstädten Westeuropas.

Seit dem 7.11.88 befinden sich auch in Freiburg 13 Kurden in einem Solidaritätshungerstreik. Sie unterstützen damit die obengenannten Forderungen der politischen Gefangenen und fordern zugleich die westdeutsche Öffentlichkeit, die Medien, Parteien und Organisationen auf, sich mit den Gefangenen zu solidarisieren und sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einzusetzen.

Mögliche Unterstützungsaktionen sind:

- das Verschicken von Protestbriefen an türkische Institutionen, z.B. die türkische Botschaft in Bonn, Bundesaußenminister Genscher;
- Spenden an die Hungerstreikenden sind ebenfalls notwendig;
- Delegationen, Besuche bei den Hungerstreikenden (über untenstehende Adresse) sind erwünscht.

Solidaritätskomitee mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen in türkischen Gefängissen, c/o GNN, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg
Protestschreiben können an folgende Adressen gerichtet werden:
1. Ministerpräsident Turgut Özal
Basbakanlik, Ankara-TÜRKEI
Telegramme: Ministerpräsident Özal Ankara-TÜRKEI
Telex: 060742 293 sfa tr
2. Justizminister Mehmet Topac
Adaletbakanligi, Ankara-TÜRKEI
Telegramme: Justizminister Topac Ankara-TÜRKEI
3. Kanzlei der Botschaft der Republik Türkei
Utestr. 47
5300 Bonn 2

Kurz belichtet

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
und Frau Kohl
geben sich die Ehre

Frau Edith Musterfrau

zu einem Empfang
in die Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland einzuladen.

Ein ganz gewöhnlicher Staatsbesuch: Kohl und sein Tross in Indonesien

Von nachmittags, Freitag den 30.9. bis mittags, Montag den 3.10. weilt der Kanzler schließlich zum Staatsbesuch in Indonesien. Ursprünglich sollte Kohl zu einem anderen Termin kommen. Da aber ein Dukun, ein traditioneller Heiler und mystischer Berater des Präsidenten Soeharto, die Hochzeit seiner Soeharto-Tochter auf den ursprünglich geplanten Termin gelegt hatte, mußte der Staatsbesuch sehr zur Verstimmung der deutschen Seite verschoben werden. Es ist ein Besuch in einem befreundeten Land. Die Beziehungen, vor allem die wirtschaftlichen, sind gut, die BRD exportiert, die „Hilfe" für Indonesien (und das Haus Siemens) fließt mischfinanziert. Freundlichkeiten werden ausgetauscht. Die Lage in Ost-Timor, in Irian Jaya oder die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen einer alltäglichen autoritären Dritte-Welt-Regierung werden nicht erwähnt. Für Helmut Kohl ist die Welt in Indonesien in Ordnung. Der Kanzler lobt den wirtschaftlichen Aufbau und versichert, ganz Fachmann, daß die Flugzeuge, die unter der Regie des MBB-erprobten Technologie-Ministers Habbibie gebaut werden, so gut seien, daß sie auf dem Weltmarkt bestehen könnten. Plaudern über den europäischen Markt beim Präsidenten, Staatsbankett, Tempelbesuche in Yogyakarta und Bali, dazwischen zehn Minuten Zeit für den Empfang bei der Deutschen Botschaft, zu dem die gesamte bundesdeutsche Auslandsgemeinde geladen ist. Hier eine dünne Rede im gefürchteten Kohlschen Stil: die schon auf die langen Buffettische schielende Community wird über die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft belehrt und kommt in den Genuß Kohlscher Geographie-Kenntnisse: Daß auch Dresden in Europa liegt, liegt dem Kanzler besonders am Herzen. Die leiblichen Genüsse auf dem Empfang sind dagegen um so gehaltvoller. Des Kanzlers Berater scheinen ihm geraten zu haben, seinen Namen mit Humor zu nehmen; Kohlrouladen werden gereicht. Auch die Birnen zum Nachtisch erfreuen sich der Beliebtheit der deutschen Auslandsgemeinde, wie etliche ausgebeulte Anzugtaschen verraten, in die schamhaft eine Kohlerinnerungsbirne gesteckt wurde.

Das Damenprogramm dient der höheren Ehre von Hannelore Kohl. Sie besichtigt eine Behindertenschule, die mit Hilfe der Gruppe deutschsprachiger Frauen in Indonesien finanziert wurde. Frau Kohl soll nur das saubere Jakarta sehen, so lassen die Behörden in der Nähe der Schule einen Müllsammelplatz, Existenzgrundlage zahlreicher Müllsammler, abräumen, kleine Hütten wilder Siedler werden zerstört und Kleinsthändler vertrieben. In der Schule dann ist Frau Kohl daran gelegen, sich vor einer von ihr gespendeten Kücheneinrichtung mit netten Schülerinnen lächelnd ins rechte Licht zu rücken.



Präsident Soeharto mit Ehefrau bei Kohls.

Das Lächeln von Hannelore Kohl wurde auf der Reise zumindest als wohltuender Kontrast zur muffigen Hemdsärmeligkeit ihres Gemahls empfunden, die im Umfeld der javanischen Kultur, in der die Wahrung harmonischer Beziehungen, disziplinierte Zurückhaltung und Respektsbezeugung geschätzte Verhaltensweisen sind, besonders unpassend wirkt. In Jogyakarta, dem kulturellen Zentrum Javas, hat sich zu Ehren des Kanzlers beim Empfang im Hotel ein Gamelanorchester versammelt, dessen für europäische Ohren fremdländische Klänge zum Schönsten gehören, was Indonesien zu bieten hat. Einzige Reaktion Kohls ist ein Rüffel an seine Begleiter: Kann man das nicht abstellen? Es wird abgestellt. Und auf der Pressekonferenz fährt dieser, unser Kanzler, bekannt für seine Eloquenz in zahlreichen Sprachen, einem Indonesier, der in gutem Deutsch eine Frage formuliert, dabei aber bei einem Wort hängen bleibt, barsch übers Maul: „Reden Sie doch in Ihrer eigenen Sprache." Solche Grobheiten lösen bei den Gastgebern nur Kopfschütteln aus.

Ein solcher Staatsbesuch hinterläßt nur den Eindruck: Außer Spesen nichts gewesen. Selbst der sonst sehr auf Harmonie bedachten indonesischen Presse ist aufgestoßen, daß das Besuchsprogramm des Kanzlers doch zu semitouristisch sei und die Zeit für ernsthafte Gespräche fehle, weil diese wohl als nicht dringlich erachtet würden.

Anna Gruenvoge

Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien (28.-30.10. in Frankfurt).

Als Reaktion auf die wachsende Kritik in der BRD lagert die Industrie ihre Forschung zur Gen- und Reproduktionstechnologie zunehmend in die USA aus. In Frankfurt trafen sich vom 28.10-30.10.88 fast 2.000 Frauen auf dem zweiten bundesweiten Kongreß zu diesem Thema, um ihren Widerstand auszudrükken. Es tagten über fünfzig Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen Bevölkerungspolitik, Naturwissenschaft und Technik, Selbstbestimmung und Legalisierung. Im Forum Bevölkerungspolitik sprachen unter anderem Frauen aus Namibia. El Salvador, Indien und Singapur. Sie betonten, daß es wichtig sei, Zusammenhänge in der weltweiten Bevölkerungspolitik zu erkennen, die für die Frauen der Ersten Welt eine Geburtensteigerung und für die Frauen der Dritten Welt einen Geburtenrückgang anstrebt. Das Selbstbestimmungsrecht europäischer Frauen wird eingeschränkt durch Abtreibungsparagraphen, Leihmutterschaft und künstliche Befruchtung, das von Frauen der Dritten Welt durch Zwangssterilisationen, massive Propaganda für Verhütungsmittel ohne Aufklärung über deren Nebenwirkungen oder eine Bevölkerungskontrolle, die es nur Oberschichtfrauen zugesteht, mehrere Kinder zu bekommen. Probleme der Armut, geringer Bildung und Arbeitslosigkeit sollen durch diese Auslese beseitigt werden.

Wie weit können/sollen sich Frauen in den HERRschenden Wissenschaftsbetrieb einmischen? Dies war die Frage, die sich vor allem im Forum 2 „Naturwissenschafts- und Technikkritik" stellte.

Während Gerda Freise, Chemikerin aus Göttingen, noch vor einiger Zeit darauf hoffte, „daß in nicht allzuferner Zukunft ein mittlerer feministischer Sturm durch die naturwissenschaftlichen Fachbereiche fegt, die bestehende Hierarchie durcheinanderwirbelt und eine ganz andere Orientierung der Naturwissenschaften durchsetzt," kommen ihr heute ob dieses Optimismus Zweifel. Denn Frauen sind eben nicht schon 'automatisch', qua Geschlecht die 'besseren' Forscherinnen. Vielmehr ist heute die Frage zu stellen, ob nicht der den Wissenschaften zugrundeliegende Natur- und Fortschrittsbegriff überprüft werden müsse.

Wissenschaft behandelt/e ihren Gegenstand reduktionistisch-deterministisch. Sie diente damit den bestehenden HERRschaftsinteressen, der Stabilisierung der Verhältnisse. Der Forscher ist dabei dem realen sozialen Kontext des Lebens völlig enthoben.

Der Kampf um eine andere Wissenschaft, andere Inhalte, Formen und Werte (etwa die der sozialen Gleichheit, Respektierung der menschlichen Würde, wirksamere Kontrolle der Forschung durch die Er-forschten) kann kein Einzelkampf einzelner Wissenschaftlerinnen sein, sondern muß ein gesellschaftlicher Kampf sein. Deshalb wurde nachdrücklich die Notwendigkeit der Zusammenschlüsse von Frauen betont.

In der auf dem Abschlußplenum verabschiedeten Resolution wurde ein sofortiger Stop der Forschung und eine Verwendung der Gelder für eine behindertengerechtere Umwelt oder die Errichtung von Frauengesundheitszentren gefordert. Schon während des Kongresses war immer wieder auf die Ursprünge und Kontinuität der eugenischen Auslese während des Nazi-Regimes hingewiesen worden. Die in jüngster Zeit wieder auflebende Tendenz zur Biologisierung verdeckt gesellschaftliche Notstände, die durch eine eugenische Auslese verhindert werden sollen. Erwünscht sind nur eiche, weiße und oft auch nur männliche Kinder. Einig waren sich die Frauen darin, daß Gentechnologie die Unterschiede zwischen Reich und Armt verschärfen wird. Je mehr die Genforschung vorangetrieben wird, desto geringer wird die Akzeptanz für Behinderungen und desto weniger werden auch soziale Ursachen und soziale Lösungen von Krankheiten beachtet werden. Wenn sogar Schizophrenie, ein Krankheitsbild unter das vollkommen verschiedene Formen eingereiht werden, als genetisch bedingt angesehen wird, muß einem die Gefährlichkeit der Forschung bewußt werden. Die enormen Gelder, die dafür ausgegeben werden, lassen aber auch auf die riesigen Gewinne schließen, die sich die Industrie erhofft. Durch den Kongreß wurde die Notwendigkeit zur Kritik und Gegenwehr deutlich.

Schade war jedoch zum einen daß die Pressearbeit recht mangelhaft war — sowohl was Vorankündigungen, als auch Nachlese betraf. Zum anderen, daß keine Aktionen geplant waren. Eine spontane Demonstration zum Knast, in dem die Gen-Forschungs-Kritikerin Ingrid Strobl noch einsitzt, fand ausgerechnet während des Plenums statt.

Es stellt sich die Frage, ob damit das Ziel des Kongresses, eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen, wirklich erreicht werden konnte.

L.K./V.M.

Rezension

„Vom schutzigsten Geschäft der Welt..."

berichtet der Journalist Heinz G. Schmidt in seinen Reportagen unter dem Titel „Kindermarkt", die im September 1988 im Lenos-Verlag in Basel erschienen sind. Sie sind das Ergebnis mehrerer Aufenthalte des Autors in Mittel- und Südamerika in den letzten Jahren. Die in sich abgeschlossenen Kapitel stellen exemplarisch das trostlose Schicksal vieler Millionen Kinder in Lateinamerika dar. In ihnen ist von Kinderprostitution, der Pornographie mit Kindern, dem internationalen Handel mit Adoptivkindern, der Ausbeutung von Kindern durch Kinderarbeit und als Handlanger in militärischen Auseinandersetzungen die Rede. Neben den bestürzenden Zeugnissen des Elends dieser Kinder in ihren Heimatländern finden sich auch Versuche des Autors, den Akteuren und ihren Helfershelfern, den kriminellen Hintermännern und Profiteuren dieser menschenverachtenden Geschäfte ebenso wie den Motiven ihrer Kundschaft in der sogenannten zivilisierten Welt Europas und Nordamerikas auf die Spur zu kommen. Daß dies nur begrenzt gelungen ist, kann dem Autor kaum angelastet werden, sondern ist Ausdruck blinder Ignoranz oder bewußter Verschleierung aus Gründen politischen Opportunismus bei uns.

Wer das Buch gelesen hat, wird verstehen, weshalb sich Schmidt manchesmal vor „Scham und Ekel" kaum noch in der Lage sah, weiter daran zu arbeiten. Der daraus resultierende moralisch-emphatische Duktus seiner Schilderung mag manchem Leser überzogen erscheinen. Aber jeder, der selbst einmal aus privaten oder beruflichen Gründen diesen Sumpf individuellen und gesellschaftlichen Unrats durchwatet hat, weiß, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt, dabei die eigene psychische Gesundheit zu bewahren: zu resignieren oder aber sich mit ganzer — auch emotionaler Kraft dagegen zu engagieren. Insbesondere in den ein- und ausleitenden Kapiteln des Buches finden sich zudem einige — wenn auch knappe — grundsätzliche Anmerkungen über soziale Ursachen und politische Zusammenhänge.

Ein Aspekt allerdings ist zu kurz gekommen, der redlicherweise größere Aufmerksamkeit verdient hätte. Die Rolle der Handelsagenten und Verkäufer der menschlichen Ware „Kind" in den Entwicklungs- und Schwellenländern der sog. Dritten Welt wird von Schmidt nur am Rande gestreift. Sie aber haben wesentlichen Anteil am Funktionieren der Geschäfte. Ihr Verhalten ist genauso skrupellos, von Profitgier und Menschenverachtung geprägt wie das ihrer „Geschäftspartner" bei uns. Nicht selten sind sie Teil der ökonomischen und politischen Elite in diesen Ländern oder sichern sich deren Wohlwollen und damit ihre Handlungsfreiheit durch die allfällige Korruption dort. Aber — und insoweit erscheint dieses Versäumnis erklärlich — fest steht, daß **ohne** die Abnehmer für diese Kinder oder der mit ihnen oder durch sie produzierten Waren all diese schmierigen, kleinen Transaktionen nicht möglich wären. Die zahlungskräftige Kundschaft rekrutiert sich ausschließlich aus Bürgern westlicher Industrienationen.

In einer Reportage aus Honduras schildert Schmidt die neueste und schmutzigste Variante der weltumspannenden Gewalt, die Kindern angetan wird: den Handel mit kindlichen Organen zu Transplantationszwecken über den Umweg von Scheinadoptionen. Die noch vorsichtige Einschätzung des Autors über die Glaubwürdigkeit solcher „Horrorgeschichten" ist mittlerweile auf grausige Weise in der Realität überholt worden. Inzwischen liegen ähnliche Berichte auch aus Nordafrika, Bangladesh und Paraguay vor, die eindeutig erkennen lassen, daß sich hier ein neuer Geschäftszweig etabliert hat.

In dem Buch von Heinz G. Schmidt ebenso wie in den wenigen anderen, die zu dieser Thematik bisher vorliegen, und in den sich regelmäßig wiederholenden Skandalberichten unserer Medien kommt allenfalls die Spitze des Eisbergs zum Vorschein. Vieles bleibt im Dunkeln. **Rolf P. Bach**

Reportagen vom schmutzigsten Geschäft der Welt
Heinz G. Schmidt, Lenos-Verlag, Basel, 1988, 178 Seiten, DM 26,-

Versammlungsfreiheit im Freistaat

Außer dem nebenstehend dokumentierten Hamburger Verfahren läuft derzeit auch in München ein Prozeß, der eine neue Qualität der Unterdrückung politischer Öffentlichkeit mit Hilfe des § 129 a bedeutet. Anlaß für diesen Prozeß war eine Veranstaltung 'Situation der politischen Gefangenen' am 4.11.86 in München, die von mehreren Hundertschaften Polizei gestürmt und verhindert wurde (über 300 Leute wurden dabei kontrolliert und photographiert). Gegen die Anmieterin des Saales, Janin S., und einen weiteren Mitveranstalter, Wolfgang K, erhob die Bundesanwaltschaft Anklage nach § 129 a wegen „Unterstützung der RAF" u.a. weil auf der Veranstaltung die Forderung nach Zusammenlegung erhoben wurde. „Mit einer bis dahin beispiellosen Aktion", so einer der Verteidiger, RA/ Moos, „haben die Strafverfolgungsbehörden, der Ermittlungsrichter beim BGH, der Freistaat Bayern und die Stadt München neue Maßstäbe für die Unterdrückung freier Meinungsäußerung und Diskussion im Rahmen einer öffentlich angekündigten und jedermann zugänglichen Veranstaltung ...gesetzt."

Wie weit diese Maßstäbe reichen, machen die Ereignisse seit Prozeßbeginn deutlich: — Bereits am ersten Prozeßtag wurde das „Café Normal", in dem sich ProzeßbesucherInnen mit Leuten getroffen hatten, die nicht mehr in den Saal gekommen waren, von über 100 Polizisten umstellt und dann — u.a. von USK-Leuten, brutal gestürmt. Bei den anschließenden Personenkontrollen der 150 Anwesenden kam es zu sieben Festnahmen, Verletzten und demoliertem Kneipenmobiliar.

— Als Reaktion auf diese Ereignisse formierte sich ein breites Bündnis, das sich u.a. aus dem Bayrischen Strafverteidiger e.V. und der GRÜNE/ALM-Stadtratsfraktion zusammensetzt. Eine für den 14.11. geplante Veranstaltung wurde jedoch mit derart knebelartigen Auflagen versehen, daß diese einem faktischen Verbot gleichkamen. Als am Veranstaltungsort auch noch ein riesenhaftes Polizeiaufgebot einschließlich eines Dokumentationstrupps zur Tonbandaufzeichnung bereitstand, wurde die Veranstaltung dann tatsächlich abgesagt. Gegen Auflagen und Vorgehen der Behörden wollen die Initiativen juristisch vorgehen.

Die Art, wie hier die Versammlungsfreiheit mit Füssen getreten wird, läßt sich nur als Versuch begreifen, die öffentliche Diskussion des Themas „Politische Gefangene" zu tabuisieren. Die uferlose Ausweitung der BGH-Rechtssprechung zum § 129 a läßt RA Moos von einem „Ermächtigungsgesetz" sprechen: „Mit dieser Rechtssprechung ist vollens klar, daß mit § 129 a StGB die Grundgesetz-Artikel 5 (Pressefreiheit) und 8 (Versammlungsfreiheit) vollständig ausgehebelt werden können. Die neuerliche Initiative des letzten Strafverteidigertages auf ersatzlose und vollständige Streichung des 129 a ist angesichts dieser aufgezeigten Entwicklung mehr als angebracht.

Dem können sich die 'blätter' nur anschließen!

Zu dem im Kasten dokumentierten Hamburger Prozeß wäre noch anzumerken, daß inzwischen auch gegen die Verteidigerin F. Storims ein Verfahren nach § 129 a eingeleitet wurde — auch dies ein seit der Zeit der „Terroristenhysterie" in den 70er Jahren nicht mehr dagewesener Vorgang.

U.W.

Dokument

Mit dem § 129a gegen die Pressefreiheit

Derzeit laufen in der Bundesrepublik rund 200 Ermittlungsverfahren aufgrund des § 129a StGB („Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"). Betroffen sind AtomkraftgegnerInnen, GentechnologiekritikerInnen, AnwältInnen oder JournalistInnen. Ab dem 28. November muß sich der Hamburger Dr. Fritz Storim vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht wegen eines angeblichen Verstoßes gegen den § 129a verantworten. Dem Pädagogen wird vorgeworfen, durch seine Mitarbeiter bei der Druckschrift „Sabot — Hamburger Info-Sammlung" für die Ziele der „Roten Armee Fraktion" geworben zu haben, indem er einen Redebeitrag einer öffentlichen Veranstaltung über die Situation der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik in „Sabot" dokumentiert haben soll.

Diese Anklage ist für uns — JournalistInnen und PublizistInnen — eine neue Qualität in der Anwendung des umstrittenen § 129 a StGB und hat Widerspruch und Empörung ausgelöst. Viele von uns kennen Fritz Storim aus dem Widerstand gegen das bundesdeutsche Atomprogramm als einen sachverständigen Berater und Gegner. Wie schon so oft, wird hier ein einzelner herausgegriffen, um andere einzuschüchtern.

Selbst wenn man unterstellt, daß der Teil der Anklage, wonach Fritz Storim bei der Zeitschrift „Sabot" mitgearbeitet haben soll, der Wahrheit entspricht, ist eine Strafverfolgung mit keinem Gesetzes-Paragraphen, geschweige denn mit einer politisch-demokratischen Begründung zu rechtfertigen. Hier haben die Staatsanwälte einen Testballon gestartet, der uns alle treffen soll, um jegliche staatskritische Berichterstattung über staatskritische Themen zu unterbinden. Es ist aber die Aufgabe der Presse und der Medien, über alle Themen uneingeschränkt zu berichten. Dazu gehört, daß wir die politischen Hintergründe eines Anschlages oder von „Straftaten" beleuchten. Dazu kann gehören, daß wir politische „Kommando-Erklärungen" oder „Bekennerschreiben" veröffentlichen. Dazu muß auch gehören, daß wir über Diskussionsprozesse oder Haftbedingungen von politischen Gefangenen berichten.

Wenn künftig JuristInnen entscheiden dürfen, worüber berichtet wird, ist unser Auftrag als BerichterstatterInnen nicht mehr zu erfüllen — die „Pressefreiheit" wäre praktisch aufgehoben. Heute sind es die Haftbedingungen der „Roten Armee Fraktion", über die nicht nicht mehr informiert werden darf und die mit einem staatlichen Tabu belegt werden; morgen sind es politische Aktionen und Demonstrationen, die unter die Sperrklausel der Justiz fallen; und übermorgen sind es die politischen Skandale („Celler Loch", Rüstungs-Deals, Verfassungsschutzoperationen, Polizeieinsätze etc.), die nicht mehr publiziert werden dürfen.

Wir werden uns einen solchen Angriff auf die Pressefreiheit nicht gefallen lassen und fordern alle KollegInnen auf, in ihren Medien über diesen Prozeß zu berichten.

Wir fordern das Hanseatische Oberlandesgericht auf, das Verfahren gegen Dr. Fritz Storim sofort einzustellen.

Leserbriefe

Betr.: blätter des iz3w Nr. 153

Vor der Kritik erst einmal ein dickes Lob: Ganz toll ist im Kulturheft der – wenn auch gekürzte – Artikel „Kaum 'O-Töne' im Radio", da er nicht nur über Erzählkultur schreibt, sondern selber erzählend ist. Genau solche Artikel, an die ich sonst nicht herankomme, sind Grund für mich, die blätter zulesen.

Gut heran dagegen kann man an informative (!) Artikel über Gifte im Haushalt kommen. Wohlgemerkt: ich finde es berechtigt, in einer Zeitschrift wie den blättern über Giftmüllexporte zu schreiben. Bei den Tips für den Verbraucher aber (das soll anscheinend der Kasten auf Seite 48 sein), greift Ihr entschieden zu kurz. Was sollen diese allgemeinen Plattheiten? „Alle schadstoffhaltigen Haushaltsprodukte" sollen da aufgeführt sein? Darf ich Euch vielleicht die Lektüre von Umweltzeitungen zu diesem Thema empfehlen! Vielleicht ist das Thema gar nicht so einfach abzuhandeln, wenn sich diese seiten- und nummernweise damit beschäftigen. Was soll auch eine Seite voll allgemeinster Informationen bewirken? (Jede Stadtverwaltung informiert inzwischen detaillierter.)

Also ich bitt' Euch: bleibt bei Euren Themen und laßt den anderen Zeitschriften ihre – die verstehen nämlich mehr davon. 'Ne Umweltzeitschrift wollt Ihr ja wohl nicht werden?

Gudrun Fackler

Betr.: blätter des iz3w Nr. 152
Beitrag: Afghanistan
– Der Krieg geht weiter

In den letzten Jahren zeichnete sich die Berichterstattung und Kommentierung zu Afghanistan in den „blättern" durch eine nicht ethnozentristische Blickrichtung aus. Dies kann man nun von eurer letzten Ausgabe nicht gerade sagen, und das finde ich höchst bedauerlich. Ich möchte deshalb meine kritischen Anmerkungen zu dem Artikel von Jochen Hippler nicht zurückhalten und hoffe, sie in Form eines Leserbriefes in den nächsten blättern wiederzufinden.

Ins entwicklungspolitische Mittelalter fühlt man sich zurückversetzt bei der Lektüre von Jochen Hipplers „Der Krieg geht weiter". In vorepplerschen Zeiten konnten wohl auch in entwicklungspolitischen Gruppen Meinungen mit ethnozentristischen und imperialistischen Thesen vertreten werden. Heute verwundert eine solche Argumentation bei Todenhöfers Parteigängern nicht – nur von diesen wollte sich Jochen Hippler eigentlich abheben.

Im Jahre 1978, als Entwicklungshelfer in Kabul, dachte auch ich, die Ziele der durch einen Putsch an die Macht gekommenen Regierung seien „für die zukünftige Entwicklung Afghanistans... sinnvoll und notwendig." Aus dem Blickwinkel der heute auch in entwicklungspolitischen Kreisen umstrittenen Modernisierungstheorien sollte man mit solcherart fortschrittlichen Zielen doch ein wenig kritischer umgehen.

Diese, von der afghanischen Regierung gesetzten Ziele jedoch als legitim zu bezeichnen, zeugt von einem ausgeprägten Maß an antidemokratischer Intoleranz. Die Regimes unter Taraki, Amin, Karmal, Najibullah hatten nie eine Legitimation für ihr Handeln. Wegen der fehlenden Basis im Volk versuchten sie ihr „fortschrittliches" Programm mit Polizeiterror und militärischen Aktionen von unvorstellbarer Brutalität durchzusetzen.

Wie kriegt es jemand fertig, in diesem Zusammenhang von legitimen Zielen zu sprechen, wenn die Umsetzung dieser Ziele Hunderttausenden das Leben kostet, fünf Millionen Menschen aus ihrem eigenen Land vertreibt und praktisch das gesamte Volk zum Widerstand provoziert.

Was ist das für ein Zynismus, wenn ein Europäer politische Ziele für Afghanistan wahrnimmt und diese für Land und Menschen dort als „legitim" definiert, nur weil ihm diese Ziele aus unserer Geschichte und seiner speziellen politischen Orientierung vertraut sind? Auf welcher Basis beruht diese Legitimation?

Erstaunlich ist auch, wie der Autor mit Verbaltricks den April-Putsch von 1978 in eine Revolution ummünzt. „Die Revolution" des April war keine Revolution im klassischen Sinne. Dies soll wohl bedeuten, es war eine ganz neue Art von Revolution. Da wird man doch fatal an den Ministerpräsidenten Amin erinnert, der meinte, wenn von den 15 Mill. Afghanen 1 Mill. übrig bliebe, dann könne er ja mit denen die Revolution durchziehen.

In Jochen Hipplers Beitrag ist zuerst die „April-Revolution" der Form nach selbstverständlich ein Putsch." (Inhaltlich eine Revolution?) Danach wird der „Revolution" des April nur noch der klassische Charakter abgesprochen, bis einige Zeilen weiter unten dem Leser ganz unverblümt eine Revolution untergeschoben wird.

Das wirklich ärgerliche an diesem Beitrag sind die Taschenspielertricks, mit denen ein Regime und eine Politik von unsäglicher Menschenverachtung in den Bereich von Seriosität gehoben werden soll. Ähnlich „geschickt" stellt der Autor auch die Rolle der Sowjetunion dar. Ihre Verantwortung für ihre Entscheidung zu so einem massiven Eingriff in die inneren Angelegenheiten Afghanistans und ihr Anteil am Krieg, der Brutalität und Zerstörung des Landes wird völlig ausgeklammert. Dagegen bleibt die Mitverantwortung der USA auf der anderen Seite nicht unerwähnt. Dies paßt halt in das gewohnte „Schwarz/Weiß-Bild", welches in der Auseinandersetzung mit Afghanistan sowohl von der rechten als auch von der linken politischen Szene benutzt wird. Es zeugt von einem Desinteresse an Afghanistan selbst, seinen Menschen, seiner Geschichte und seiner kulturellen und gesellschaftlichen Struktur. In der „freien entwicklungspolitischen Szene" dürfte man hier wohl ein bißchen mehr Differenzierung erwarten.

Unkenntnis der „afghanischen Verhältnisse" spricht auch aus der Einschätzung des Autors zum Thema Mudjahedin. Er requiriert die Mudjahedin nur auf das Verständnis der Exilparteien. Daß dies falsch ist, hätte er bei einer ernsthaften Beschäftigung mit der Thematik unweigerlich feststellen müssen.

In seiner Quintessenz zu „Linke und die Mudjahedin" wirft Jochen Hippler der (äußerst schmalen) Solidaritätsbewegung antikommunistische Sichtverengung dar. Ihm bleibt leider verborgen, daß die Widerstandsbewegung in Afghanistan eben nicht mit den Exilparteien identisch ist. Der Widerstand ist so facettenreich, daß für die Linke hier durchaus die Möglichkeit bestanden hätte, fortschrittliche Kräfte dort zu unterstützen. Das sie dies nicht getan hat, hat die fundamentalistischen Kräfte gestärkt und die Möglichkeiten für eine angepaßte und behutsame afghanische Entwicklung äußerst schwierig gemacht.

Gerade in den bevorstehenden Umbruchzeiten wird sich nochmal eine große Chance bieten, jene Kräfte zu stärken, die in mühseliger politischer Alltagsarbeit sich für eine gesellschaftliche Entwicklung Afghanistans einsetzen.

Was das Verständnis für Aghanistan und die dort lebenden Menschen einerseits so schwierig macht und andererseits aber Bewunderung und Achtung (in der Folge dann auch Solidarität) hervorruft, ist die Tatsache, daß die Afghanen ihren Weg gehen.

In diesem Jahrhundert haben sie schon die zweite technisch hoch überlegene Intervention besiegt. Wenn es nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und der Ablösung des Kabuler Regimes zu einem „islamisch-fundamentalistischen Zwischenspiel" kommen sollte, dann werden sie sich auch davon befreien.

Wichtig wäre jetzt, gemäßigte Kräfte zu unterstützen, die das Vertrauen der Basis haben. Von dort her wird es eine Entwicklung geben, die den Menschen und dem Land angepaßt ist.

Die Gefahr besteht allerdings, daß wieder Kräfte unterstützt werden, die diese Verwurzelung in den Völkerschaften nicht haben.

Winfried Stamm

P.S.: Der Artikel von Helga Baitenmann zeugt von wesentlich mehr Sensibilität und vor allem von der Bereitschaft, sich mit Afghanistan auseinanderzusetzen, ohne den eigenen Standpunkt völlig aufzugeben, ihn aber auch nicht zum Maßstab für alle zu machen.

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik 19/20/88 - 1492-1992 (500 Jahre Eroberung Amerikas durch die Spanier.
Analyse: Dokumentation der Gewalt * Vision der Sieger: Selbstdarstellung Spaniens, spanische Rüstungsexporte * Vision der Besiegten: Indianergemeinden, Bodenrecht, Centroamerica nuestra * Projekt „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1942-1992“
Dokumentation: Der Kampf um die Menschenrechte der Indios
Bezug: Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

---

ila Nr. 119, Okt. 88, Einzelpreis DM 3,50; Jahresabo: 35,- DM
Schwerpunktthema: „Dominikanische Republik“. Dazu: 8 Seiten Beilage der Infostellen zu Mittelamerika über das Wirken der Christdemokratie in dieser Region.
Und: Analysen zu Chile vor, während und nach dem „NO“. Zu Landkonflikten in Brasilien, zu brasilianischen Exportschlager „Sinhá Moça“, Berichte zu El Salvador und dem Waffenkonto sowie eine Rückschau auf die Anti-IWF/Weltbankkampagne. Total: 52 Seiten.
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

---

ila Nr. 120, Nov. 88, Einzelpreis 3,50 DM; Jahresabo: 35,- DM
Schwerpunktthema: Peru: Scheitern des Modell Garcia. Weitere Beiträge: ein Interview mit Miguel Saénz (FMLN), zur Militarisierung Puerto Ricos, zum Filmfestival in San Sebastian, zur Haltung der SPD zu Chile, zu einer neuen Initiative in der Kuba-Solidarität u.a.m.
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Inprekorr, Nr. 209, November 1988
UdSSR: Gorbatschows Coup, Debatte über Trotzki und Glasnost. **USA:** Bilanz von acht Jahren Reagan-Administration. Die Wahlkampagne von Jesse Jackson. **Belgien:** Nationale Frage und Staatsreform. **CSSR:** Verleumdungskampagne gegen Petr Uhl. **Die Internationale:** Fortsetzung der Debatte um Plan und Markt zwischen Alec Nove und Ernest Mandel. Das Bucharin-Symposium in Wuppertal.
Einzelpreis: 4,50 DM/Abo: 45,- DM
Bezug: Inprekorr, Zülpicher Str. 39, 5000 Köln

AIB, Dritte Welt 11/1988, November
Schwerpunkt: **IWF-Weltbank-Kampagne**
Einzelpreis 3,- DM/Abo 33,- DM
Bezug: DRITTE WELT-LeserInnen-Service, Postfach 510868, 5000 Köln 51

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 131, September 1988
Schwerpunkt: IWF/Weltbanktagung in West-Berlin
Bezug: Forum, Lingener Str. 9, 4400 Munster
Preis: DM 3.-

Informationsdienst Südliches Afrika 5/88
Schwerpunkte: Geht der Krieg zu Ende? Angola-Namibia-Verhandlungen, 10 Jahre Resolution 435 * Sanktionen
Informationsdienst Südliches Afrika 6/88
Schwerpunkt: Zimbabwe — Südafrikas Widerpart * Arbeitslosigkeit * Bildung
Bezug: issa, informationsstelle südliches afrika e.V., information centre on southern africa, Blücherstr. 14, D-5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/21 32 88

Tagungshinweise

Wie Hunger entsteht — und was wir dagegen tun können. Eine Einführung in die Arbeit für das Menschenrecht sich zu ernähren. Seminar vom 13.-15. Jan. 1989 in Freudenberg (bei Siegen). Inf. u. Anm.: FIAN-FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (Versand), Overwegstr. 31, 4690 Herne 1

Biotechnologische Verfügung und menschliche Integrität Tagung vom 13.-15. Jan. 1989 in Erlangen. Inf. u. Anm.: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

---

10. bis 12. Februar 1989
Landwirtschaftlicher Strukturwandel in den 90er Jahren. Entwicklungstendenzen, Wünsche und Gestaltungsspielräume. — Loccumer Landwirtschaftstagung 1989 —
Es ist das Ziel unserer Tagung, sich mit grundlegenden Veränderungstendenzen in der Landwirtschaft auseinanderzusetzen. Neben einer Zusammenstellung von Daten, Fakten und Trends aber soll die Veranstaltung darüber hinaus Raum geben, die aufgezeigten Entwicklungstendenzen zu kommentieren, zu bewerten und zu hinterfragen: Wieviel Wandel brauchen wir und wofür? Wieviel Wandel können wir verkraften und wie läßt er sich überhaupt steuern?
Information: Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766/81-0 (Zentrale)

Kinder im Feuer — Nicaragua — Kinder erzählen von ihren Kriegserfahrungen. Ein Video von Renate Osterrieder, Dicky van der Woude, Reene Steenbook. 1988, 23 Min., Farbe, Produktion Medien Operative. Verleih + Vertrieb Produktion, Potsdamer Str. 96, 1000 Berlin 30, Tel.: (030) 261 30 06

BAUBRIGADE AN DIE COSTA ATLANTICA, NICARAGUA
März '89, 2 Monate, Gesamtkosten ca. 2.500,-
1. Vorbereitungstreffen 17/18.12.88, Krefeld
Kontakt:
— Infobüro Wuppertal, 0202/4936305
— Emmaus Krefeld, 02151/477255
— Otker Bujard, Köln, 0221/410155

Neuerscheinungen

Menschenrechtsverletzungen in Peru
Die Peru-Koordinations-Gruppe von amnesty international hat ein externes Papier aus London zu Menschenrechtsverletzungen herausgegeben. (Originaltext: Peru Violations of Human Rights in the Emergency Zones" ai-Index AMR 46/25/88)
Bezug: (Gegen einen Unkostenbeitrag von DM 1,30 pro Exemplar)
Heike Spreen, Sandweg 8, 6000 Frankfurt 1

Frank Kürschner-Pelkmann, Frank: Sanktionen gegen die Apartheid. Ffm. 1988. ISBN 3-87476-254-8. 184 S., 18,- DM

Gruppe Neues Reisen (Hrsg.): Frauen auf Tour. Reisebriefe, Schriften zur Touristenkritik. BD. 21/22. Berlin 1988. 143 S., 9,80 DM. ISBN 3-926281-10-3. Zu beziehen bei: Redaktion Reisebriefe. Fidicinstr. 8 A, 1000 Berlin 61.

Gabriele, Zdunnek: Frauenarbeit im informellen Sektor von Ibadan (Nigeria). Afrika-Hefte Nr. 1, hrsg. v. Informationszentrum Afrika (Besselstr. 70, 2800 Bremen 1). 1988. ISBN 3-927429-00-7. 88 S., 8,- DM.

Walter Sülberg (Hrsg), Pädagogik: Dritte Welt? Demokratisierung und Partizipation im Entwicklungsprozeß. Jahrbuch 1987. 232 S., 32,- DM, Ffm. 1988. Verlag für interkulturelle Kommunikation

---

Peter E. Stüben (Hrsg.): Die neuen Wilden. Umweltschützer unterstützen Stammesvölker. Jahrbuch für Ökologie und bedrohte Kulturen 1988

Deutscher Bundestag. Referat für Öffentlichkeitsarbeit: Chancen und Risiken der Gentechnologie. Bericht der Enquete-Kommission. 1987

Ricardo E. Latcham: Die Kriegskunst der Auraucanos. Chiles Ureinwohner gegen die Conquista. Junius Verlag Hamburg 1988, 180 S.

AMILCAR-CABRAL-GESELLSCHAFT e.V. Broschürenreihe das neue Heft Nr. 15 „Guinea-Bissau. Auf der Suche nach einem neuen Weg", mit Beiträgen zu Geschichte, Wirtschaft, Familie, Erziehung, Projekten.
Die Broschüre (85 S.) kostet 6,- DM und ist beim LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2 in 1000 Berlin 61 erhältlich.

Uwe Rehling: Entwicklung und Technik – Entwicklung durch Technik? 1988. 302 S., 29,80 DM

Diego Garcia Sayan (ed.): Comisión Andina De Juristas: Estados de emergencia en la Region Andina. Lima. 1987. 322 S., 5,- US$

Colombia: El derecho a la justicia. Lima 1988. 200 S., 4,5 US$ Peru y Chile: poder judicial y derechos humanos. Lima. 1988 5 US$

Commisión Andina de Juristas: Peru y Chile. Poder Judicial y Derechos Humanos. Lima. Peru 1988
Bezug: Kai Ambos
Christoph-Probst-Str. 12/630,
8000 München 40

Projektwoche Dritte-Welt: Unterrichtseinheit für die Sek. Stufe I., hrsg. von Asit Datta. Beltz Verlag. Weinheim und Basel 1988. 200 S., 38,- DM

Menschenrechte in der DDR und Berlin (Ost). Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. 3. Aufl. 1988, 252 S. zu beziehen bei: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Kaiserstr. 72, 6000 Frankfurt/M.

Alexis Widerstein: Indonesien zwischen Ökozid und Völkermord. Albatros Verlag Frankfurt 60.

Josef Lang: Das baskische Labyrinth. Unterdrückung und Widerstand in Euskado. 2. aktuelle Auflage. 1988, isp Verlag. Ffm. 428 S., 39,- DM

570/ 1/154/56412
ARCHIV für Soz-Beweg ,
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

ISSN 0933-7733

Spendenaktion zur freien Verfügung der nicaraguanischen Regierung

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Stadtsparkasse Wuppertal
Kto.-Nr.: 97 67 38 BLZ 330 500 00
Stichwort: Hurrikan

Foto: El Nuevo Diario 24.10.88

nach 7 Jahren Krieg,
nach 3 Jahren Wirtschaftsblockade,
trifft der Hurrikan Nicaragua in einer ohnehin schwierigen Situation.

Der Hurrikan hinterläßt 300.000 Obdachlose.
Die Hafenstadt Bluefields, Rama, mehrere kleine Ortschaften und die Fischereiflotte der Atlantikküste sind fast völlig zerstört.
Der größte Teil der Reisernte und die Hälfte der Bananenplantagen ist vernichtet.
Straßen, Brücken, Strom- und Telefonleitungen sind zerstört oder schwer beschädigt.

Die USA verweigern jegliche Katastrophenhilfe und die BRD-Regierung hat gerade mal DM 3 Mio. zugesagt. Dieser Betrag ist weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Beim Erdbeben, 1972 bewilligte die Bundesregierung dem Diktator Somoza eine Soforthilfe in Höhe von DM 35 Mio., die Somoza zum Ausbau seiner Herrschaft benutzte.

Katastrophenhilfe wird als politisches Druckmittel benutzt. Was die Contra und die Wirtschaftsblockade nicht geschafft haben, das soll jetzt den Folgen des Hurrikans überlassen werden.

Spendet für das freie Nicaragua

